



Editorial	<i>Peter Schallenberg (Mönchengladbach)</i> Ethische Digitalisierung Zu diesem Heft	2
Schwerpunktthema	<i>Günter Wilhelms (Paderborn)</i> Wie die Digitalisierung das Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit verändert Versuch einer Kritik	3
	<i>Matthias Möhring-Hesse (Tübingen)</i> In Gesellschaft der Daten Demokratische Beteiligung und Digitalisierung	10
	<i>Michael Nagenborg (Twente)</i> Die Digitale Stadt Gerechter und besser zusammenleben?	18
	<i>Andreas Büsch (Mainz)</i> Non scholae sed vitae!? Digitale Bildung und Schule	24
	<i>Thorsten Busch (St. Gallen), Tobias Karcher (Bad Schönbrunn)</i> Digitalisierung menschlich gestalten Unternehmerische Verantwortung in Zeiten von Big Data	33
Vorgestellt	<i>Yoana Tuzharova (Köln)</i> Sozium Risodruck 2017	28
	<i>Susanna Endres (München)</i> Digitalisierung als sozialetisches Thema Das Zentrum für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft (zem::dg)	40
Buchbesprechungen	Digitaler Wandel und Journalismus	42
	Ethik an den Grenzen der Souveränität	43
	Identität katholischer Krankenhäuser	44
	Handbuch Friedensethik	45
Bericht	<i>Wilhelm Rauscher (Freiburg)</i> Neue Impulse für Europa? Jahrestagung der Französischen Sozialwochen	47
Positionen und Perspektiven	<i>Jörg Alt (Nürnberg)</i> Trump, Brexit und Populismus: Krise und Chance! Zur Vision einer europäischen Demokratie und Gemeinwohlorientierung	49
Der Überblick	Summaries	55
	Résumés	56
	Bisherige Schwerpunktthemen und Vorschau	U3
Impressum		U2

**Arts
& ethics**



Peter Schallenberg

Ohne Übertreibung kann von einer digitalen Revolution gesprochen werden, die unser alltägliches Leben und besonders unsere Arbeitswelt verändert. Schon heute produziert das größte Medienunternehmen der Welt (Facebook) keine eigenen Inhalte, der weltweit größte Anbieter von Unterkünften (Airbnb) besitzt keine eigenen Immobilien und ein weltweit großes Taxiunternehmen (Uber) hat keine eigenen Fahrzeuge. Diese Entwicklungen verdeutlichen, wie sehr sich die gewohnte Lebens- und Arbeitswelt schon gewandelt hat.

Die kommerzielle Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien wird häufig mit Phänomenen wie dem „Internet der Dinge“, der „Industrie 4.0“, der „Sharing Economy“ oder auch dem „Crowdworking“ in Verbindung gebracht. Damit wird eine Entwicklung in den Blick genommen, die dazu führt, dass Onlineplattformen und virtuelle Marktplätze zunehmend in den Arbeitsalltag und in Wertschöpfungsketten vordringen.

Die kommerzielle Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien wird häufig mit Phänomenen wie dem „Internet der Dinge“, der „Industrie 4.0“, der „Sharing Economy“ oder auch dem „Crowdworking“ in Verbindung gebracht. Damit wird eine Entwicklung in den Blick genommen, die dazu führt, dass Onlineplattformen und virtuelle Marktplätze zunehmend in den Arbeitsalltag und in Wertschöpfungsketten vordringen.

Digitalisierung bedeutet vor allem: Vernetzung. Sie schafft Transparenz, macht Informationen zugänglich und baut Wissensmonopole ab. Der Gedanke des „Sharing“ ist hier begründet und legitimiert. Digitalisierung dient der Schaffung neuer Handlungsoptionen durch Weiterentwicklung bestehender Kommunikationsformen mit innovativen Instrumenten. Wertschöpfungsketten in der digitalen Welt werden sich vollständig verändern. Künftig wird es nicht mehr der Produzent von Gütern sein, der den höchsten Wertbeitrag generiert, sondern das Unternehmen, das mit seinen Produkten und dem Service Daten gewinnt, die wiederum verwertet werden können.

Ethische Digitalisierung

Daraus entstehen grundsätzliche ethische Fragen: Wie gestalten wir Arbeitsbedingungen flexibel und zugleich verlässlich? Welche Berufsbilder werden unsere Gesellschaft in Zukunft prägen? Welche Kompetenzen sind in der digitalen Welt gefragt und wie werden sie effektiv aufgebaut? Was zeichnet Führungskräfte in einer vernetzten Welt aus?

Hinzu kommt ein weiteres: Die Trends der Digitalisierung und des demographischen Wandels interagieren miteinander und verstärken so den fortschreitenden Wandel von Produktionsfaktoren, Arbeitsplätzen und Erwerbsformen. Waren können in Zukunft schneller, sicherer, günstiger und qualitativ hochwertiger entwickelt werden; eine vollautomatisierte Produktion ist billiger und effektiver; zugleich dringt die digitalisierte Arbeitswelt auch in Bereiche personennaher Arbeit vor und verändert grundlegend den gesamten Bereich von Gesundheitsversorgung und Pflege. Das hohe Niveau der Gesundheitsversorgung wird langfristig nur durch Effizienzsteigerungen unter Einsatz digitaler Technologien erhalten werden können. Mit software-basiertem Wissensmanagement – also einer „software Assisted Medicine“ – kann ein guter Beitrag zur Verringerung der Probleme in Diagnose und Therapie geleistet werden. Neue Herausforderungen entstehen nicht zuletzt im Bereich der prädiktiven digitalisierten Medizin: Der selbstbestimmte Patient, gut informiert und zunehmend Partner des Arztes, wird sich stärker am Versorgungsprozess beteiligen, verbunden mit höherem Engagement in der Prävention und verbesserter Therapietreue. Es wird eine „Gesundheitsindustrie 4.0“ entstehen.

Um einen solchen umfassenden Prozess der Digitalisierung gerecht zu gestalten, müssen neue Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnet und zugleich eine Vernetzung von Ausbildung und Studium gefördert werden. Die Industrie 4.0 wird viele neue und lukrative Arbeitsplätze schaffen, zugleich aber werden Arbeitsplätze für geringer Qualifizierte mehr und mehr verschwinden.

Durch die Digitalisierung werden neue Arten von Geschäftsmodellen und Arbeitsverhältnisse entstehen, die bisher in den sozialen Sicherungssystemen nicht abgebildet sind, man denke nur an die Beschäftigten von Plattformen der „sharing economy“. Im Zuge der digitalen Veränderungen werden sich noch mehr Tätigkeiten in den Dienstleistungsbereich verlagern und flexible Lebensarbeitszeitmodelle gewinnen an Bedeutung. Für die Altersversorgung und das Rentensystem bedeutet dies: Eine gesetzliche Rente wird den Mindeststandard garantieren, die private und betriebliche Säule der Altersvorsorge muss gestärkt werden. Zugleich aber muss das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt und bessere Bedingungen für ein längeres Arbeiten geschaffen werden.

Nicht zuletzt stellt eine global verstandene Digitalisierung vor die Frage nach Gerechtigkeit: Wie kann erreicht werden, dass die von Konzernen erzielten Gewinne stärker zum Wohle aller abgeschöpft werden? Die Vorteile der Digitalisierung sollen allen zugutekommen: „Sharing economy“ führt zu „sharing benefit“! Wir stehen erst am Beginn des zweiten Maschinenzeitalters und seiner ethischen Herausforderungen!



Wie die Digitalisierung das Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit verändert

Versuch einer Kritik

Der Prozess der Digitalisierung setzt die Arbeitswelt unter Veränderungsdruck. Mit Hilfe zweier Kategorien soll das Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit sozial-ethisch analysiert und kritisiert werden: „Abstraktion“ und „Unmittelbarkeit“. Beide Kategorien erinnern an den Entfremdungsdiskurs und verdanken sich kulturanthropologischen Einsichten in das Wesen von Technik und Arbeit. Die Analyse orientiert sich an den Herausforderungen, wie sie sich zum Teil erst in Ansätzen in der Arbeitswelt abzuzeichnen beginnen. Das zentrale sozialetische Interesse richtet sich dabei auf das Schicksal des einzelnen Menschen und seine Möglichkeiten zur Selbstentfaltung, die durch die Digitalisierung ganz entgegen vielen Versprechungen zum Teil massiv unter Druck geraten.



Günter Wilhelms

Visionen und Bedrohungen

Es ist schon erstaunlich, welche Konjunktur die Begriffe „Industrie 4.0“, „Arbeiten 4.0“, „4. Revolution“, „Digitalisierung“ – die Reihe der Titel ist damit keineswegs abgeschlossen – innerhalb kurzer Zeit erfahren haben. Die Botschaft lautet: Maschinen, ob Computer oder Roboter, können immer mehr Dinge, zu denen bisher allein der Mensch fähig war. Wir befinden uns mitten in einer grundlegenden Transformation der Gesellschaft, vergleichbar nur den drei industriellen Revolutionen, die wir hinter uns haben: die der Dampfmaschine, der Massenfertigung und der Elektronik.

Dahinter steht eine Leistungssteigerung der Digitaltechnik hinsichtlich

Rechenleistung, Speicherkapazität und Bandbreite der Datenübertragung. Populäre Beispiele sind das selbstfahrende Auto, der 3-D-Drucker oder die sogenannte Wissensmaschine. Um das exponentielle Wachstum dieses Prozesses greifbarer zu machen, werden Beispiele oder Bilder benutzt wie dieses: In einem durchschnittlichen Neuwagen steckt heute mehr Rechenleistung, als die NASA im Jahre 1969 zur Verfügung hatte, um Astronauten auf den Mond zu befördern. (Floridi 2015, 26)¹

Angesichts der gesellschaftsweiten Bedeutung ist es kein Wunder, dass

¹Wobei man bedenken muss, dass sich Globalisierung, obwohl sie hier nicht eigens thematisiert wird, und Digitalisierung wechselseitig verstärken und der Entwicklung eine enorme Dynamik verleihen.

alle möglichen Interessengruppen im Spiel sind: Politik und Wirtschaft, Gewerkschaft und Wissenschaft; die Kirchen hinken noch etwas hinterher. Dabei sind die Interessen wiederum nach einem seit mindestens 50 Jahren gut eingespielten Muster in zwei Lager geteilt: Unternehmen, Management und Ingenieure auf der einen Seite und Soziologen und Gewerkschaften auf der anderen. Die einen sehen die Vorteile der Digitalisierung, ja ihre Notwendigkeit für Wohlstand und Fortschritt. Die anderen betonen die Gefahren, das Verschwinden der Arbeit und Dequalifizierungsprozesse.



Aber nicht nur bezogen auf die Bewertung dieses Prozesses herrscht in der Debatte große Uneinigkeit: Viele sehen eine Überschätzung am Werk und stellen die Revolution rundweg in Frage – durchaus mit guten Gründen. Zu komplex scheinen doch die Bedingungen, die diese vermeintliche oder tatsächliche Transformation tragen, zu undurchsichtig die beteiligten Interessen – eine seriöse Analyse und Prognose ist (jedenfalls zurzeit) kaum möglich. Aber diese Skepsis tut dem Eifer, der die Debatte trägt und den Erwartungen, die sich mittlerweile aufgebaut haben, offensichtlich keinen Abbruch.

Solche eigentümlichen Spannungen oder Widersprüche gehören zur Geschichte der Technik. Entsprechend

unterschiedlich fallen die Erwartungen aus: Die mit technologischen Innovationen einhergehenden Herausforderungen für die Arbeits- und Lebenswelt der Menschen können als schöpferisch, manchmal auch als „schöpferische Zerstörung“ (Joseph A. Schumpeter)² oder auch als bedrohlich und lähmend erfahren werden. Als regelrechte Bedrohung werden sie erlebt, wenn kein Handlungsspielraum mehr bleibt, wenn Handeln nurmehr als Reaktion und Anpassung an Bedingungen erfahren werden kann, die selbst unbeeinflussbar zu sein scheinen. Ein solches Deutungsschema prägt die aktuelle Debatte und ist aus Politik und Wirtschaft nur allzu bekannt (TINA-Prinzip³).

annehmen. Sie glaubt in der Digitalisierung eine Logik am Werke zu sehen, die auch für die Arbeitswelt problematisch ist, weil sie sich gleichsam in den Arbeitenden hinein verlagert, Selbstentfaltung und Selbstverantwortung zwar verkündet, aber de facto zu unterlaufen droht.

Zwei Kategorien sollen helfen, den roten Faden zu knüpfen:

- Der Begriff „Unmittelbarkeit“ steht für eine typisch neue Form der Entfremdung – die Distanz zwischen dem arbeitenden Subjekt und seiner Arbeit löst sich auf, die digitalisierte Arbeit rückt dem Menschen sprichwörtlich auf den Leib.
- Für die Umgestaltung der Welt im Sinne der neuen Technologien steht der Begriff „Abstraktion“, der eher an das „klassische“ Verständnis von Entfremdung anknüpfen will, der Abkoppelung des produzierenden Subjekts von seiner Arbeit.

Der rote Faden – das Interesse der Sozialethik

Gerade solche Szenarien sind es, die die Sozialethik herausfordern müssen. Tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, wie sie mit der Digitalisierung einhergehen, verlangen eine Auseinandersetzung mit der Frage: Was bedeutet diese gesellschaftliche Herausforderung für den Menschen und seine Selbstentfaltung? Diese Frage darf man nicht allein den Ökonomen und Technologen überlassen. Die Sozialethik mit ihrer besonderen Sensibilität für das, was die Gesellschaft für die Selbstentfaltung und Freiheit des Menschen bedeutet, ist unverzichtbar. Um diese Frage beantworten zu können, muss sie angesichts der Fülle an technischen Optionen, an Wechselwirkungen mit Wirtschaft und Politik, an beteiligten Akteuren, an möglichen Folgen für alle Lebensbereiche so etwas wie einen roten Faden knüpfen. Sie muss in all diesen Phänomenen und Herausforderungen das identifizieren, was mit dem Menschen als sittlichem Subjekt zu tun hat.

Die Sozialethik richtet ihre Aufmerksamkeit auf Prozesse, die manipulieren, die Druck auf das einzelne Subjekt ausüben. Die folgenden Über-

legungen gehen davon aus, dass der Einfluss der Digitalisierung in diesem Sinne kaum zu überschätzen ist – sie ist normativ imprägniert. Deshalb ist die sozialetische Perspektive notwendig durch Skepsis geprägt.⁴ Die Sozial-



Die Sozialethik richtet ihre Aufmerksamkeit auf Prozesse, die manipulieren und Druck ausüben auf das einzelne Subjekt

ethik geht Illusionen nach, die sich zwangsläufig bilden, wenn gesellschaftliche Veränderungen oder die Erwartung solcher Veränderungen um sich greifen oder gar Hype-Charakter

Die beiden Kategorien „Unmittelbarkeit“ und „Abstraktion“ finden ihr begründungstheoretisches „Widerlager“ in kulturanthropologischen Reflexionen über das „Wesen“ von Arbeit und Technik. Wenn es um solche Reflexionen geht, dann wird zunächst auf einen weiten Arbeitsbegriff abgehoben, noch nicht auf Lohn- oder Erwerbsarbeit.

Welche Bedeutung hat die Arbeit für den Menschen? In der Arbeit befriedigt der Mensch seine Lebensbedürfnisse. Aber Arbeit bedeutet spätestens mit der Neuzeit noch mehr: Sie wird zum Mittel der Weltgestaltung und der Selbstverwirklichung. Das heißt, die Freiheit

²Man wird den Eindruck nicht los, dass genau das intendiert war, als man im Jahre 2011 auf der Hannovermesse die „Industrie 4.0“ ausrief – offensichtlich ist es doch so, dass die siebte oder achte Version des iPhones keine großen Sprünge mehr zu bieten vermag. (Weißbuch 2017, 23)

³Das Schlagwort bezeichnet meist in polemischer Absicht einen Standpunkt, der davon ausgeht, dass es keine Alternative gibt (There is no alternative).

⁴Das heißt nicht, die vielen positiven Möglichkeiten zu leugnen, die die Digitalisierung bereithält. Es mag verwundern, dass in den nun folgenden Überlegungen das für die Ethik so wichtige Thema Umwelt nicht eigens aufgenommen wird. Aber die Kritik der Digitalisierung mit Rückgriff auf das Prinzip der Nachhaltigkeit verdiente eine ganz eigene Auseinandersetzung. Zu denken wäre an die Ausweitung des Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs, zu denken wäre aber auch an die möglichen Folgen der Entfremdung zwischen Menschen und Arbeit.

ist nicht als eine Eigenschaft des Menschen zu verstehen, sie ist ihm nicht von Natur aus mitgegeben. Der Mensch kommt gerade dadurch zu sich selbst, dass er sich transzendiert. Er kommt zu sich selbst, indem der seine Welt gestaltet. Unser Freiheitsvollzug bedarf gleichsam einer objektiven Gestalt. Aus der Perspektive der jüdisch-christlichen Tradition war Arbeit immer eine Grundgegebenheit und Grundstruktur menschlichen Lebens. Sie ist Teil-

habe am Schöpfungswerk Gottes, sie ist aber auch Mittel seiner Selbstbehauptung, Sünde. Man darf die Arbeit nicht vergötzen. Gerade in einer Zeit, in der die Erwerbsarbeit eine so große Bedeutung gewonnen hat, kann eine solche Sicht für die nötige Nüchternheit sorgen. Zwischen dem Menschen und seiner Arbeit waltet also offensichtlich eine Art von Spannungseinheit – wir sollen uns in unserer Arbeit wiederfinden, aber nicht in ihr aufgehen.

Unmittelbarkeit

Aber es gibt noch eine andere Bewegungsrichtung, die mit der Digitalisierung verbunden ist. Es hat den Anschein, als zöge sie den Menschen, der es mit ihr zu tun bekommt, in ihren Bann, als führte sie zu einer neuen, jetzt technisch hergestellten Unmittelbarkeit. Welche Phänomene lassen sich mit dieser Kategorie in Verbindung bringen?

Wenn man sich die Mensch-Maschine-Interaktion ansieht – wir wischen, berühren, beschwören, sprechen –, zeigt sich: Wir hauchen der Technik Leben ein. Aufwendiges Programmieren wird ersetzt durch einfache Klicks, die Benutzeroberfläche spricht und provoziert zur Projektion von Gefühlen. Die Maschine wird zum *alter ego* – möglichst „natürlich“ soll die Kommunikation mit den Geräten sein. Dazu passt auch die Tatsache, dass es in Zukunft eher ein kleiner Kreis von Eingeweihten sein wird, der, wenn überhaupt, noch Zugriff auf die Technologie hat und sie zu durchdringen vermag. Die meisten schauen gebannt zu. Die digitale Transformation verliert scheinbar ihre Abstraktheit, ihre komplexe technische Form und bietet sich schließlich als ideales Manipulationsinstrument an – vor allem in Verbindung mit und im Kontext von Wirtschaft und Politik (Werbung und Propaganda). Die Rede ist hier von einem umfassenden, alle gesellschaftlichen Funktionsbereiche erfassenden kulturellen Prozess, den einzelne Akteure, wenige Eingeweihte und Mächtige (Megakonzerne) für sich, sprich für ihre (Eigen-)Interessen zu nutzen wissen.

Formen der Entfremdung: Abstraktion und Unmittelbarkeit

Mit der Erfindung der Dampfmaschine und der industriellen Revolution hat die Technik nachhaltigen Einfluss auf die Arbeitswelt genommen. Und dieser Einfluss nimmt offensichtlich ständig weiter zu. Die Vision lautete und lautet bis heute: mit der Technik die Mühe der Arbeit zu überwinden und eine neue, bessere Welt zu schaffen.

Diese Vision ist ein Ausdruck für die anthropologische Einsicht, dass der Mensch, anders als das Tier, nicht mehr in einer Unmittelbarkeit lebt, in einer bloß physikalischen Welt. Die Technik ist eine der kulturellen Formen, die zwischen Mensch und Wirklichkeit vermittelt. Mit der Technik – vergleichbar der Wissenschaft, dem Recht oder der Religion – eröffnet sich eine eigene Beziehung zwischen Mensch und Welt. Sie stellt ein Instrumentarium zur Verfügung, mit dem der Mensch seine Wirklichkeit erst konstituiert, ihr Sinn verleiht. Durch diese Vermittlungsfunktion wird der Mensch aus der Lebensunmittelbarkeit gelöst – er gewinnt Distanz und dadurch Handlungsspielraum und Freiheit.

Diese Mediatisierung vollzieht sich in zwei Richtungen: Einmal nach außen, in der Gestaltung der Welt, aber auch nach innen – das Ich definiert sich durch seine Leistungen, erkennt sich selbst. Das heißt, das technische Wirken „nach außen“ stellt immer zugleich eine Selbstkonstruktion dar.

Abstraktion

In diesem durch die Technik vermittelten Freiheitsvollzug kann man nun eine eigenartige Spannung beobachten: Weil die Technik mit Wiederholbarkeit, Reproduzierbarkeit und Regelmäßigkeit verbunden ist, entfernt sie sich immer mehr vom Menschen und seinem Gestaltungswillen. Das, was seine Handlungsfähigkeit überhaupt erst ermöglicht, ist zugleich das, was sie bedroht. Die enorme Komplexität der von uns geschaffenen Welt ist ein Ausdruck dieses Prozesses.

Mit der Digitalisierung erreicht dieser Prozess nicht nur neue Ausmaße, sondern auch eine neue Qualität. Wenn man sich noch einmal die Vermittlungsfunktion der Technik anschaut, so hat es den Anschein als hätte es die neue Technik nurmehr mit sich selbst zu tun. Der Mensch wird aus der ursprünglichen Koordinationskette „Mensch-Technologie-Natur“ (Floridi 2015, 46) ausgeschlossen.⁵ Die Geräte koordinieren sich unsichtbar untereinander, Dinge tauschen sich aus (Internet der Dinge). Die Digitalisierung eröffnet Möglichkeiten, die die Technik immer weiter von der Verfügungsmacht des Menschen entfernen.

⁵ Schon Arnold Gehlen hat in seinen anthropologischen Überlegungen über die Technik davon gesprochen, dass der Mensch im Zuge zunehmender Technisierung schließlich entbehrlich werde. (Gehlen 1957, 19)

Herausforderungen der Arbeitswelt 4.0

Beide Formen, Abstraktion und Unmittelbarkeit, lassen sich in den besonderen Herausforderungen, denen die Arbeitswelt durch die Digitalisierung ausgesetzt ist, wiederfinden.⁶ Ich möchte nun einige der markantesten Phänomene und Folgeerscheinungen herausgreifen, die mit der Digitalisierung verbunden sind. Es geht nicht darum, Prognosen zu erstellen. Es geht nicht um Maschinenstürmerei oder Klassenkampf, aber auch nicht um Technik euphorie oder naive Fortschrittsgläubigkeit. Es geht um einen möglichst nüchternen Blick auf den Menschen und seine Welt, aus ethischem Interesse. Aber wie gesagt, dass dieser Blick tendenziell skeptisch gerät, liegt in der Natur der Sache: Ein Hype, wie er mit der Digitalisierung verbunden ist, bedeutet immer einen Anpassungsdruck eines Allgemeinen gegenüber dem Besonderen, also eine potentielle Gefährdung sittlicher Autonomie und Freiheit.

Mensch und Maschine

Durch die Digitalisierung ist es möglich geworden, dass Geräte sich unsichtbar untereinander koordinieren, ja „möglicherweise komplett ohne Interaktion von Menschen“ auskommen (Floridi 2015, 53). Deshalb werden in der Debatte immer wieder zwei Alternativszenarien aufgemacht, vor allem wenn es um den Einsatz von Computersystemen in der Produktion geht:

1. Die „technikzentrierte Perspektive“ – menschliches Arbeitsvermögen soll nachgeahmt und weitgehend ersetzt werden durch autonome, vernetzte Agenten, kombiniert mit Big-Data.
2. Die „praxistheoretische“ oder „menschenzentrierte“ Perspektive – die lebendige menschliche Arbeit soll so unterstützt werden, „dass die Entfaltung von Arbeitsvermögen [...] ermöglicht und gefördert wird“ (Brödner 2015, 247), die Rolle des Menschen im Arbeitsprozess würde dann „durch smarte Werkzeuge und

Assistenzsysteme“ (Weißbuch 72 f.) aufgewertet.

In dieser auch „Werkzeugszenario“ genannten zweiten Variante spielt der Facharbeiter eine wichtige Rolle; er hat die Kontrolle und wird durch intelligente Systeme unterstützt. Neue Mitgestaltungsmöglichkeiten tun sich auf, die Arbeit ist oder bleibt individualisiert. Beispiel wären etwa intelligente Assistenzsysteme in der Automobilindustrie.

Die technikzentrierte Perspektive, auch „Automatisierungsszenario“ genannt, bedeutet einen weitgehend selbst steuernden Produktionsablauf, der von wenigen Experten kontrolliert wird. Die Mehrzahl der Mitarbeiter übernimmt nur ausführende Tätigkeiten und hat sich dem Computer oder Roboter anzupassen. Ein extremes Beispiel ist der so genannte „Picker“ bei Amazon, der in den riesigen Lagerhallen die Ware aus den Regalen greift. Er ist mit einem Scanner ausgestattet, der jede seiner Bewegungen aufzeichnet und ihn auf seiner Tour durch die Lagerhallen leitet. Außerdem legt der Scanner eine bestimmte Zeit fest, die dazu ausreichen muss, den nächsten Artikel einzusammeln und setzt dem Arbeiter dieses Zeitlimit – der Mensch erscheint nur noch als der verlängerte Arm der Maschine, seine Arbeitsleistung wird überwacht und ausgewertet. Die Distanz zwischen Mensch und Maschine löst sich auf. Der Arbeitende wird selbst zum „Werkstück“ (Nassehi 2014, 151).

Entgrenzung der Arbeit

Eine der am häufigsten genannten Folgen der Digitalisierung ist die Flexibilisierung oder Entgrenzung der Arbeit.

Die „Spannungsfelder“ liegen auch hier zwischen der Chance auf selbstbestimmtes Arbeiten und diversen Belastungen. Aber auch hier gilt, dass die Digitalisierung einen Zug in Bewegung gesetzt hat, der kaum aufzuhalten sein wird und dieser Zug fährt offenbar in eine Richtung: Dass die Flexibilisierung zu Work-Life-Balance statt zu Arbeitsterror führen wird, scheint nicht sehr wahrscheinlich oder nur für Wenige eine Option. Die Gefahr wächst, dass sichtbare Kontrollinstrumente durch (unsichtbare) Selbstdisziplinierung ersetzt werden. Statt Freiheit und Selbstbestimmung Gewissensbisse.



In der Arbeitswelt der Gegenwart werden sichtbare Kontrollinstrumente zunehmend ersetzt durch (unsichtbare) Selbstdisziplinierung]

In dem Maße, in dem wir keine Distanz mehr zu unserer Arbeit aufbauen können, löst sich auch die Trennung von Arbeit und Freizeit auf. Die Grenze zwischen Spiel, Unterhaltung und Arbeit fällt.⁷ Die sonst mit der Erwerbstätigkeit verbundenen Spannungen sind stark reduziert. Für manche geht die Arbeit erst nach Feierabend richtig los. Der Charakter der Arbeit ändert sich – sie wird gar nicht mehr als „richtige Arbeit“ angesehen, sondern eher als Unterhaltung wie Fernsehen und Computerspiele. (Scholz 2015, 409) Ein Beispiel ist der sogenannte „Mechanical Turk“ von Amazon. Es handelt sich dabei um einen Online-Marktplatz für Gelegenheitsarbeiten, der menschliche Intelligenz erfordert und auf die „Schwarmintelligenz“ setzt (Erkennen von Objekten oder Personen in Fotos und Videos,

⁶ Beide Formen lassen sich nur analytisch trennen, nicht de facto.

⁷ Analoge „Privatheit“ steht für das normative Kriterium der Kritik an den Herausforderungen der Digitalisierung. Sie steht für die „Unverwechselbarkeit von Personen“, die „mit zunehmender Ferne abnimmt“. Sie wird als „der Raum eines unmittelbaren, ursprünglichen, wirklich an der konkreten Person erlebten Lebens erlebt.“ (Nassehi 2014, 32) Das heißt aber nicht, Privatheit könnte auf Vermittlungen verzichten.



Transkription von Audio-Aufnahmen, Plagiatsprüfung u. a.). Warum sollte für solche Arbeit überhaupt noch gezahlt werden? Eine Frage, die nicht selten mit „ja, warum eigentlich!“ beantwortet wird: Die Produktion von Inhalten für das Internet wird überwiegend in Form von unbezahlter Arbeit geleistet. (Flecker 2017, 216)

Eine Auflösung etablierter Strukturen wird auch mit Blick auf die Unternehmensorganisation prognostiziert.

- Werden wir in Zukunft noch so etwas wie ein Normalunternehmen kennen?
- Wird sich der mit den neuen Technologien verbundene Trend hin zu Netzwerk-Unternehmen verstärken?

Dass vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017 herausgegebene Weißbuch „Arbeiten 4.0“ benennt vor allem drei Richtungen, in denen sich die Veränderungen vollziehen könnten (86 f.):

1. in Richtung „externer Flexibilisierung“ oder „Offshoring“ – als Outsourcing gut bekannt –, in Richtung „externes Crowdsourcing“ beziehungsweise „Crowdworking“;
2. in Richtung „interner“ Flexibilisierung – in Form von befristeten Arbeitsverträgen oder Teilzeitarbeit;
3. in Richtung eines „agilen“ Unternehmens – mehr autonomes, ganzheitliches Arbeiten, mehr Arbeit in selbstverantwortlichen Teams, Homeoffice, Vertrauensarbeitszeit, mobiles Arbeiten. Die Arbeit wird orts- und zeitunabhängig.

Auch hier sind die Herausforderungen klar erkennbar: Die Grenzen zwischen Arbeits- und Lebenswelt, zwischen Erwerbsarbeit und freiwilliger Arbeit verwischen, Belegschaften fragmentieren, die Spannung zwischen Belegschaft und Selbständigen steigt, Flexibilitätsoptionen werden für Arbeitsverdichtung genutzt, Interessenvertretungen geraten unter Druck.

Das Stichwort *Crowdwork* hat in der Debatte eine besondere Prominenz gewonnen: Unternehmen lagern Aufgaben an eine Menge von Personen (*Crowd*) aus. „Das Mittel dazu ist ein Aufruf über das Internet, woraufhin registrierte Crowdworkerinnen und Crowdworker diese Aufgaben bearbeiten.“ (Weißbuch 2017, 58) Die Wertschöpfungskette, also die zusammenhängenden Unternehmensaktivitäten des betrieblichen Gütererstellungsprozesses, zerfällt. Wie auch hier immer wieder von Vor- und Nachteilen gesprochen und dabei auf hohe Selbstbestimmtheit auf der einen und hohe Beschäftigungs- und Einkommensunsicherheit auf der anderen Seite hingewiesen werden kann, bleibt unklar – Selbstbestimmtheit gerät eigentümlich abstrakt. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sieht eine bestimmte Logik am Werke und kommt zu dem Schluss: „Insgesamt kann daher im Vergleich zur abhängigen Beschäftigung von einer Risikoverlagerung in Richtung des selbständigen Anbieters auf einer Plattform gesprochen werden.“ (Weißbuch 2017, 61)

„Entgrenzung“ der Arbeit führt zu Distanzverlust. Nassehi hat diese Logik der digitalisierten Arbeit sehr treffend zusammengefasst: „Arbeit entfremdet sich nicht mehr durch eine Abkopplung der Arbeit vom produzierenden Subjekt, sondern eher dadurch, dass das produzierende, arbeitende Subjekt selbst keine Distanz mehr zu seiner Arbeit aufbauen kann.“ (Nassehi 2014, 150) Distanzverlust bedeutet Entpersönlichung, bedeutet Verlust von Spielraum und damit Verlust von Selbstentfaltung. Die Technik verliert ihre ureigene, „wesenhafte“ Funktion und wird inhuman.

Anonymisierung, Spezialisierung, Standardisierung

Stichworte wie Schwarmorganisation, Shared-Service-Center oder Modularisierung weisen auf eine Entwicklungstendenz hin, die mit weitgehender Spezialisierung, Standardisierung,

Routinisierung einhergeht. Die Arbeitswelt wird immer abstrakter, die Arbeit entkoppelt sich vom arbeitenden Subjekt. Digitalisierungsanforderungen treten als Sachzwänge dem Einzelnen gegenüber, wenige „Superstars“ haben das Sagen, Mensch und Arbeit fallen auseinander.

Diese Logik findet sich im schon erwähnten Automatisierungsszenario, das auf den menschlichen Arbeitseinsatz weitgehend verzichten kann (s. o.). Sie findet sich auch in der Verwaltungsarbeit in Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, die mit Hilfe der Digitalisierung sogenannte Shared-Service-Center eingerichtet haben – verschiedene Aufgaben werden in einer zentralen Einheit konzentriert. Voraussetzung für solche Organisationsformen ist die weitgehende Kodifizierung des Wissens oder die Digitalisierung von Informationen. „Die Arbeitsteilung wird verstärkt, die Spezialisierung der Arbeitskräfte erhöht, die Tätigkeiten werden einem elektronischen Workflow unterworfen, die Handlungsspielräume eingeeignet und die Überwachung der Arbeit wird ausgebaut“ (Flecker 2017, 209) – kein Wunder, dass in diesem Zusammenhang immer wieder von „Taylorisierung“ die Rede ist.



Kopfarbeit und Wissen werden so organisiert, dass sie nicht mehr vom Geschick des Einzelnen abhängen

Kopfarbeit und Wissen werden so organisiert, dass sie nicht mehr vom Geschick des Einzelnen abhängen (vgl. Flecker 2017, 209 f.) – sie werden abstrakt. Das entspricht der klassischen Form der Entfremdung, der Abkopplung der Arbeit vom produzierenden Subjekt. Das Verhältnis von Arbeit und Subjekt gerät eher zufällig oder fällt aus. Der Einzelne ist austauschbar. Nicht mehr Distanznahme, die Vereinnahmung verhindert, kennzeichnet



das Verhältnis von Subjekt und Arbeit sondern Abstraktion.

Dazu kann man auch das Phänomen einer Anonymisierung der Arbeit zählen. Adressaten werden ungreifbar, auf beiden Seiten, auf Seiten von Arbeitgebern und Vorgesetzten wie auch von Arbeitnehmern. Die besondere Form der Mediatisierung „durch die digitale Technik etwa bei Plattformen wie dem „Amazon Mechanical Turk“ sorgt dafür, dass Auftraggeber und Auftragnehmer oder Worker keinen Kontakt miteinander haben – Undurchsichtigkeit kennzeichnet hier nicht nur die Zahlungsmethoden.

Gewinner und Verlierer

Eine der immer wieder an erster Stelle genannten negativen Folgen der Digitalisierung der Arbeitswelt ist die Arbeitslosigkeit. Zurzeit ist „die These sehr präsent, dass zunehmend Tätigkeiten im mittleren Qualifikationsbereich, vor allem solche mit hohem Routineanteil, automatisiert werden können“ (Weißbuch 2017, 47). Ein regelrechtes Bedrohungsszenario findet sich in der Prognose von Frey und Osborne (2013): 47 Prozent der Jobs in den USA seien durch Automatisierung gefährdet (in Deutschland 42 Prozent). Allerdings zeichnet diese Vorhersage für viele Beobachter ein zu dramatisches Bild. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat selbst eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die per Saldo sogar von einem positiven Beschäftigungseffekt durch Digitalisierung ausgeht.⁸ (Weißbuch 2017, 48)

Dass die Hochqualifizierten zu den Gewinnern zählen werden, darin sind sich alle einig. Bei der „Mittelschicht“, den Facharbeitern, den Beratern sieht es schon anders aus. Manche sprechen sogar von einem Verlust der Mitte: Es könnte nämlich sein, dass den „Gärtnern, Empfangsdamen und Köchen“ ihre Arbeitsplätze „noch auf Jahrzehnte hinaus sicher“ sind und „Aktienanalysten und Petrochemie-Ingenieure und Mitglieder von Bewährungsausschüssen [...] Gefahr laufen, durch Maschi-

nen ersetzt zu werden“ (Brynjolfsson/McAfee 2015, 41). Das hat damit zu tun, dass Roboter einfache sensomotorische Fähigkeiten nur mit großer Mühe, d. h. enormer Rechenleistung, beherrschen können.

Was solche Entwicklungen einschließlich ihrer bloßen Erwartung für das Verhältnis des Menschen zu seiner Arbeit bedeuten, kann man sich vorstellen: Sie erhöhen den Druck enorm, indem sie Distanznahme entweder unmöglich machen oder verstärken. Die Aussicht, dass sich mit den Möglichkeiten der Digitalisierung die Arbeitsverhältnisse weiter in Richtung Leiharbeit, Werkverträge, Solo-Selbständigkeit verändern werden, verstärkt noch einmal diesen Effekt. Kein Wunder, dass mancher Beobachter an das 19. Jahrhundert denken muss, an die Proletarisierung der Arbeiterschaft und das „eherne Lohngesetz“ (Ferdinand Lassalle).

Diese Logik der Abstraktion findet ihre konsequente Fortsetzung in der durch die Digitalisierung verstärkten Differenz zwischen denen, die ganz viel verdienen, den „Superstars“, und dem Rest. (Brynjolfsson/McAfee 2015, 180 ff.) Durch weniger Arbeit wird



Digitalisierung verstärkt den Machtzuwachs der Konzerne und die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen

mehr Wohlstand geschaffen, mit enormen Auswirkungen auf die Verteilung von Einkommen. Auch hier spielen die ganz großen Player auf der Bühne wie Google, Facebook, Apple und Co. eine zentrale Rolle. Wenige Mitarbeiter erlauben es, enorme Gewinne zu erzielen. Dass diese Megakonzerne immer mächtiger werden, sei wenigstens noch angemerkt.

Spaltungstendenzen, inklusive zunehmender Einkommens- und Ver-

mögensspreizung, Solo-Selbständigkeit, Unmittelbarkeiten im Verhältnis von Mensch und Maschine – alle diese Phänomene drängen die Frage auf: Sind wir nicht tatsächlich auf dem besten Weg „zurück in die Zukunft“? Abwegig wäre eine solche Diagnose jedenfalls nicht.

Fazit

Wir gehen davon aus, dass es nicht die Technik selbst ist, die allein die Veränderungen in der Arbeitswelt verursacht. „Genau genommen wird die Informations- und Kommunikationstechnik erst im Prozess der Anwendung geformt.“ (Flecker 2017, 204) Dabei spielt eine Reihe von Faktoren eine Rolle. Deshalb ist es richtig, vor der durchaus verbreiteten Vorstellung zu warnen, dass man dem technischen Fortschritt freien Lauf lassen muss, dass sich die Gesellschaft und der Mensch nurmehr anpassen haben und dass alles getan werden muss, um das Potential des technischen Fortschritts tatsächlich auszuschöpfen. (Flecker 2017, 205)

- Um den Digitalisierungsprozess nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, sind sowohl sozialstaatliche als auch arbeitsrechtliche Maßnahmen unverzichtbar. Entsprechende Vorschläge zu erarbeiten ist die Aufgabe der Experten. Auch die Unternehmen sind und bleiben in der Pflicht. Und schließlich muss sich der Einzelne mit diesen Veränderungen und ihren möglichen Folgen auseinandersetzen – auch wenn er das schwächste Glied in der Kette ist und deshalb besonderer Unterstützung bedarf.
- Die Aufgabe der Sozialethik, so wie sie hier verstanden wird, besteht darin, auf die Logik in diesem gesellschaftsweit ablaufenden Prozess und auf die mit ihr verbundenen

⁸ Aktuelle Studien des McKinsey Global Institute (2017) befeuern die Debatte, indem sie ein hohes Automatisierungspotential prognostizieren. Bis zum Jahre 2030 könnte fast ein Viertel der Arbeitsstunden durch Automatisierung (Roboter) wegfallen, so der Tenor.

KURZBIOGRAPHIE

Günter Wilhelms (*1958), Dr. theol., ist Universitätsprofessor und Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Gesellschaftslehre an der Theologischen Fakultät Paderborn. Forschungsschwerpunkte: Kulturethik und Wirtschaftsethik. Aktuelle Veröffentlichungen: Zus. mit H. Wulsdorf: Verantwortung und Gemeinwohl: Wirtschaftsethik – eine neue Perspektive, Regensburg 2017; Art. Systemverantwortung, in: Handbuch Verantwortung, hrsg. von L. Heidbrink/C. Langbehn/J., Wiesbaden 2017, 501–524; Digitale Transformation. Sozialethische Überlegungen zu einem „Zeichen der Zeit“, in: ETHICA 25 (2017) 167–188.

Last befreit, unmittelbar durch uns selbst sein zu müssen. Das heißt, der Glaube schwächt „den Impuls zur Weltgestaltung nicht ab, aber er entideologisiert ihn“ (Pröpfer 1984, 402).

Erwartungen aufmerksam zu machen. Vor diesem Hintergrund wird es schwer, das individuelle Subjekt als Gewinner zu sehen. Je nachdrücklicher der zukünftige Arbeiter zum Einzelkämpfer, Mikrounternehmer, Do-it-yourself-Beschäftigten, zum selbstverantwortlich und kreativ Arbeitenden erklärt und Arbeit als eine Art von Lifestyle stilisiert wird, desto mehr Skepsis ist angesagt. Auch die übliche Gegenüberstellung von Chancen und Gefahren der Digitalisierung neigt eher zur Verharmlosung als zur realistischen Einschätzung der Herausforderungen und Risiken. Mag sein, dass die Digitalisierung einen riesigen Wohlstand hervorzubringen vermag. Dann muss er aber auch verteilt werden, statt zu spalten und „große Teile der Bevölkerung ärmer zu machen oder zu befremden“ (Max Tegmark).

- „Wer arbeitet braucht Spielräume [...], braucht Distanzierungsmöglichkeiten, braucht einen unorganisierten und unorganisierbaren Rest,

um wirklich selbst zu arbeiten und nicht im Arbeitsprozess selbst aufzugehen.“ (Nassehi 2014, 152) Ein solcher „Rest“ ist zwar nicht einfach herzustellen, aber er fällt auch nicht vom Himmel. Er entwickelt sich nicht von selbst. Er muss offen gehalten, bewahrt werden. Für einen solchen „Rest“ könnte die Differenz von Arbeit und Privatsphäre stehen, könnte das Werkzeugenszenario stehen, eine Technik, die Spielräume eröffnete – jedenfalls eine Technik, die sich weder von Einflussmöglichkeiten des Arbeitenden immer weiter entfernte noch den Arbeitenden vollständig in seinen Bann zöge und ihn selbst zum Werkstück ummodelte.

- Einen solchen „Rest“ will auch der christliche Glaube festhalten, indem er uns daran erinnert, dass wir mitwirken am Schöpfungswerk Gottes, dass Arbeit Ausdruck der von Gott verliehenen Würde ist. Aber er erinnert uns auch daran, dass die Würde des Menschen nicht auf der Arbeit beruht. Deshalb sind wir von der

LITERATUR

- Brödner, Peter (2015): Industrie 4.0 und Big Data – wirklich ein neuer Technologieschub? In: Hartmut Hirsch-Kreinsen/Peter Ittermann/Jonathan Niehaus (Hg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen. Baden-Baden, 231–250.
- Brynjolfsson, Erik/McAfee, Andrew (⁵2015): The Second Machine Age. Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird. Kulmbach.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.) (2017): Weißbuch. Arbeiten 4.0. Arbeit weiter denken. Berlin.
- Flecker, Jörg (2017): Arbeit und Beschäftigung. Eine soziologische Einführung. Wien.
- Floridi, Luciano (2015): Die 4. Revolution. Wie die Infosphäre unser Leben verändert. Berlin.
- Frey, Carl B./Osborne, Michael A. (2013): The future of employment: how susceptible are jobs to computerization? Oxford.
- Gehlen, Arnold (1957): Die Seele im technischen Zeitalter. Soziopsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft. Hamburg.
- Nassehi, Armin (2017): Die Zurichtung des Privaten. Gibt es analoge Privatheit in einer digitalen Welt?, in: Kursbuch 177/2014, 27–46.
- Nassehi, Armin (2014): Arbeit 4.0. Was tun mit dem nicht organisierten Rest? in: Kursbuch 179/2014, 135–154.
- Pröpfer, Thomas (1984): Art. Freiheit, in: Neues Handbuch theologischer Grundbegriffe, Bd. 1. München, 373–403.
- Tegmark, Max im Interview mit Alexander Armbruster: Die Menschheit kann erblühen wie nie zuvor, in: faz.net vom 27.11.2017.
- Scholz, Trebor (2015): Die Zukunft der Crowdworker. Wofür es sich zu kämpfen lohnt, in: Christiane Benner (Hg.): Crowdwork – zurück in die Zukunft? Perspektiven digitaler Arbeit. Frankfurt, 387–416.

In Gesellschaft der Daten

Demokratische Beteiligung und Digitalisierung



Beteiligungsgerechtigkeit liegt nicht in der „Natur“ des Internets; und sie kommt nicht automatisch und nicht mit „unsichtbarer Hand“. Vielmehr muss sie dem Internet und der „digitalen Welt“ politisch aufgedrängt werden – auch über staatliche Interventionen. Demokratische Beteiligung ist also nicht Folge der Digitalisierung, sondern politische Gestaltungsaufgabe für die „digitale Gesellschaft“.

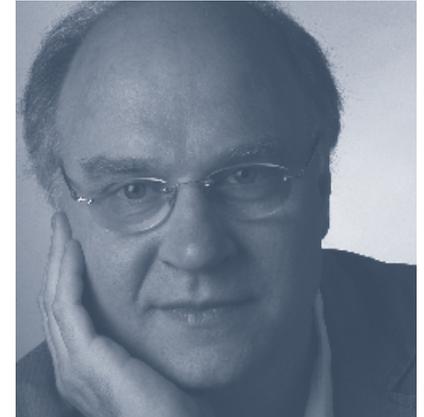
Mit ‚Digitalisierung‘ bezeichnen wir nicht etwas, auch nicht etwas Neues in der Gesellschaft, sondern einen tiefgreifenden Veränderungsprozess der Gesellschaft. Im Zuge der Digitalisierung wird, so ist zumindest die Erwartung, die Gesellschaft grundlegend anders und damit für die Menschen, die sie bevölkern, grundlegend neu. Deshalb sind Debatten über Digitalisierung – sofern es nicht nur um „Digital first. Bedenken second“ (Christian Lindner), also um die politische Inszenierung von Modernität und Zukunftskompetenz geht – Orte, an denen die Gesellschaft im Ganzen beobachtet und reflektiert wird, deren Veränderungen verarbeitet, problematisiert und beurteilt werden.

Zur Beurteilung von Gesellschaft hat sich in der theologischen Sozialethik, zumindest in ihrer katholischen Prägung, Beteiligungsgerechtigkeit als grundlegender Maßstab durchgesetzt: Die Ordnung der Gesellschaft bzw. der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche gilt dann und in dem Maße als gerecht, wenn bzw. als in Folge dieser Ordnung alle der jeweils beteiligten Menschen an den für sie und für sie gemeinsam wichtigen Angelegenheiten beteiligt werden. Konzeptionell ist dieser Maßstab um die politische Beteiligung von BürgerInnen in einer demokratischen Gesellschaft zentriert: Die Egalität der BürgerInnen und deren allgemeine politische Betei-

ligung sind in der Idee der Demokratie so stark begründet, dass sie auch jenseits der politischen Aushandlungsprozesse wirkmächtig werden und deshalb auch auf andere soziale Felder als die der demokratischen Politik ausstrahlen. Die Beteiligungsgerechtigkeit als grundlegender Maßstab steht und fällt mit diesem Zentrum, also der allgemeinen politischen Beteiligung von gleichen BürgerInnen in der Demokratie.

In diesem Aufsatz wird der „alte“ Bewertungsmaßstab zur Beurteilung gesellschaftlicher Ordnung, die Beteiligungsgerechtigkeit, an eine sich verändernde und in diesem Sinne „neue“ Gesellschaft herangetragen. Es wird nicht gefragt, ob Beteiligungsgerechtigkeit als Maßstab für eine sich digitalisierende Gesellschaft taugt. Gefragt wird, ob und in welchem Maße und in welcher Hinsicht die sich digitalisierende Gesellschaft dem Maßstab der Beteiligungsgerechtigkeit genügt bzw. genügen kann. Um die Bandbreite des Themas einzuengen, wird – der besonderen Aufmerksamkeit für die politische Beteiligung entsprechend – im Besonderen gefragt: Wie steht es um die demokratische Beteiligung in einer „digitalen Gesellschaft“?

Das große Versprechen auf ein „Mehr“ an demokratischer Partizipation hat das Internet bisher nicht einlösen können. Sofern in den Debatten über die Digitalisierung der frühe Netzoptimismus nicht in das genaue



Matthias Möhring-Hesse

Gegenteil, in einen „Netzpessimismus“ (vgl. Winkel 2015) umschlägt, geht es um eine politische Option: Ob im Zuge der Digitalisierung die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation und Vernetzung für die demokratische Beteiligung verwirklicht und deren Gefahren vermieden werden können, entscheidet sich durch die gesellschaftliche Ordnung der Digitalisierung.

Diese Vermutung soll im Folgenden bestätigt werden. Zwar ist Digitalisierung kein „Neuland“ (Angela Merkel); sie ist aber ein unabgeschlossener Prozess in Richtung einer veränderten und i. d. S. neuen und noch unbekanntenen Gesellschaft. Gerade wenn die politische Gestaltung der Digitalisierung für notwendig, aber auch für möglich gehalten wird, kann niemand die „digitale Gesellschaft“ exponentiell erheben. Trotzdem wird in diesem Beitrag versucht, die Konturen der „digitalen Gesellschaft“ zu zeichnen und die bisherigen Erfahrungen mit der politischen Teilhabe im Digitalen einzusammeln. Auf dieser Grundlage werden Gefahren der Digitalisierung für die politische Beteiligung ausgewiesen. In all dem



ist der Aufsatz eher explorativ unterwegs – und verspricht somit keine ge-

Digitalisierung

Die technische Seite der Digitalisierung sind vor allem elektronische Netzwerke, von denen das Internet besonders wahrgenommen wird. Seit den 1970er Jahren aus der Vernetzung von kleineren Rechnernetzen entstanden, bildet es inzwischen – ohne zentrale Hardware und ohne zentrale Verwaltung – ein weltweites Netzwerk, in dem über die Erde verstreute Komponenten untereinander eigenständig kommunizieren. Zunehmend mehr Daten, Texte, Sprachdateien und Bilder werden in einem immer größer werdenden Umfang darüber „ausgetauscht“, mehr noch: interaktiv bearbeitet. Damit bietet das Internet die Plattform für eine Vielzahl von Informationsangeboten, Kommunikationsformen und Interaktionen. Diese ergänzen vergleichbare Angebote in den „analogen Welten“, ersetzen sie aber auch zunehmend oder erweitern sie über deren Möglichkeiten hinaus. Eine Vielzahl von sozialen Funktionen, entsprechend auch eine Vielzahl von Praktiken, die zu deren Erfüllung notwendig sind, ist auf diese Plattform „umgezogen“, so dass Menschen überall in der Welt immer mehr Zeit auf dieser Plattform verbringen, ihre Informationen zunehmend darüber beziehen, über das Internet kommunizieren und darüber mit anderen kooperieren. Unterhalb der öffentlichen Wahrnehmung für das Internet liegt eine Vielzahl anderer elektronischer Netzwerke, mit oder ohne Anbindung an das Internet.

Parallel zur elektronischen Vernetzung verläuft die weitere Entwicklung der digitalen Technik. Deren Fortschritte liegen nicht allein in Umfang und Menge der Informationen, sondern auch darin, dass die Generierung, Verarbeitung, Speicherung und Übermittlung von Informationen zunehmend automatisch und damit ohne Inter-

sicherten, geschweige denn: abschließende Ergebnisse.

ventionen menschlicher Akteure geschieht. Schließlich wird von der Entwicklung künstlicher Intelligenz bis hin zum „Deep Learning“ erwartet, dass digitale Maschinen in naher Zukunft in Handlungsbereichen eingesetzt werden, die bislang Menschen aufgrund ihrer Lernfähigkeit, ihrer Reflexivität und Intelligenz vorbehalten sind.

In digitalen Netzwerken kommunizieren und interagieren

Die Vergesellschaftung der vielen einzelnen wie auch die Integration der von ihnen gemeinsam bevölkerten Gesellschaft geschehen maßgeblich über die Koordination ihrer sozialen Praxis und damit über Interaktion. Jürgen Habermas (1981) hat zwei typische Formen der Handlungskoordination ausgewiesen, die über wechselseitige Verständigung von Akteuren laufenden („kommunikatives Handeln“) und die an Effekten ihres Handelns ansetzenden Interaktionen („strategisches Handeln“). Auf dieser Grundlage hat er die Entwicklung der modernen Gesellschaft als die einer Entkoppelung von System und Lebenswelt, den beiden auf eine der beiden Interaktionsformen angewiesenen Bereichen, gefasst. Als Folge der Digitalisierung finden beide Interaktionsformen zunehmend in elektronischen Netzwerken statt, ohne dass dort entsprechende Bereiche auseinander treten. Über die Netze können Akteure sowohl untereinander kommunizieren als auch ihre Handlungen verknüpfen, ohne an die zeitlichen und räumlichen Grenzen ihrer „analogen Welten“ gebunden zu sein: Sie können in digital vermittelten und insofern „synthetischen“ (Wagner/Stempfhuber 2015, 77) Situationen miteinander immer und überall kommunizieren, so als ob sie beisammen und an einem Ort anwesend sind. Interaktionen können

an diese Kommunikationen anschließen, mehr noch: Kommunikation und Interaktion können miteinander verknüpft werden und beide Formen der Handlungskoordination können die jeweils andere integrieren. Interaktionen verlaufen über Algorithmen, so dass Handlungen entsprechend der dort einprogrammierten Ziele koordiniert werden. Auch dabei zerrinnt die Trennung zwischen Kommunikationen und Interaktionen, so dass auch Kommunikationen durch Algorithmen angebahnt und Verständigung auf diesem Wege „moderiert“ werden. Schließlich können wechselseitig integrierte Kommunikationen und Interaktionen in die „analogen“ Kommunikationen und Interaktionen einfließen. Dann werden die digital vermittelten Situationen in Situationen der „analogen“ Welten eingebaut, so dass deren Unbegrenztheiten und die sich daraus ergebenden Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten die Begrenzungen der „analogen Welten“ aufbrechen.

In unterschiedlichen Theorien, deshalb mit unterschiedlichen Begriffen wird für moderne Gesellschaften behauptet, dass sie nicht als ein einfaches, sondern als ein ausdifferenziertes Ganzes bestehen. Unterschiedliche Bereiche der Gesellschaft sind mit unterschiedlichen sozialen Funktionen „beschäftigt“; die zu ihrer Erbringung notwendigen Praxisformen und



Die Ordnung von Beziehungen im Netz weicht immer stärker ab von den üblichen Differenzierungen einer modernen Gesellschaft

Kommunikationen werden dort konzentriert („funktionale Differenzierung“). In den differenten Bereichen sind die Menschen nur partiell integriert, so dass jenseits dieser Bereiche sowohl die Möglichkeit, als auch die Notwendigkeit von Individualität besteht, indem Individuen ihre partiellen Integrationen in einer sie selbst ausma-



chenden Einheit vollziehen. Dadurch, dass Kommunikationen und Interaktionen zunehmend in digitale Netzwerke verlagert und dort wechselseitig ver-schränkt werden, werden dort die sinnhaften Grenzsetzungen zwischen den ausdifferenzierten Bereichen moder-ner Gesellschaften schleichend einge-zogen (vgl. Lindemann 2015, 62 f.). Da-durch entspricht die Ordnung von Be-ziehungen „im Netz“ immer weniger den Grenzsetzungen und Differenzie-rungen, wie sie in den „analogen Wel-ten“ etabliert sind.

Big Data – große Datenmengen nutzen und hinterlassen

Dadurch dass sie in digitaler Form ge-schaffen, gesammelt und gespeichert werden, hat nicht nur der Umfang der Daten in den elektronischen Netzen zu-genommen („big data“). Als Folge der digitalen Speicherung verändert sich die Zeitstruktur der in diesen Daten aufgehobenen Informationen. Werden diese in den „analogen“ Welten über die Zeitmodalitäten von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft strukturiert, erhalten digitale Daten einen Zeitstempel, werden damit einer Einheit eines beliebig teilbaren Kontinuums zuge-ordnet, darüber mit anderen Daten mit anderen Zeitstempeln gleichzeitig zu-gänglich und damit gleich gegenwärtig gemacht. Zugleich verschieben sich im „big data“ die „Nutzungsrechte“ für die digitalen Daten. Sie liegen immer we-niger bei deren Besitzer, sofern es sol-che überhaupt noch gibt. Genutzt wer-den digitale Daten von denen, die die technischen Möglichkeiten dazu besit-zen. In den elektronischen Netzwerken zu kommunizieren und zu interagie-ren, heißt nicht nur, mit Daten „zu le-ben“, sondern heißt mehr noch: selbst Daten zu erzeugen. Mit der Teilhabe an den digitalen Welten erzeugen die Akteure Spuren digitaler Daten. Da-bei wissen sie, dass jede ihrer Aktivi-täten in den elektronischen Netzwer-ken erfasst und in digitalen Daten ge-speichert wird, dass sie also durch die Netze beobachtet werden, in denen sie

sich bewegen. Genau mit diesem Ge-fühl werden sie von Kindesbeinen an sozialisiert – und auf ihre Teilhabe an „big data“ vorbereitet.

Indem sie in den Netzwerken Daten hinterlassen und diese mit anderen di-gitalen Daten verknüpft werden, er-halten die Akteure in der „digitalen“ Welt eine Zwillingsgestalt, eine Netz-existenz. Da sie davon wissen und da sie wissen, dass ihre Netzexistenz für andere oder öffentlich zugänglich ist, suchen sie ihre Netzexistenz im eigen-ten Interesse und nach gegenwärtigen Vorstellungen durch entsprechendes Verhalten in den elektronischen Netz-werken mit passenden Informationen zu „füttern“, unpassende Informatio-nen hingegen zu verhindern. Ihr Ein-fluss auf die eigene Netzexistenz ist



Wer sich im digitalen Netz bewegt, hat keinen privilegierten Zugriff auf die eigene Netzexistenz – im Gegenteil

allerdings begrenzt: Netzexistenzen entstehen als Knotenpunkte in kom-plexen, ohne die Interventionen der je-weiligen Akteure erzeugten Verhältnis-sen. Dadurch wird die Zwillingsgestalt der einzelnen zu etwas Eigenem – und dies ohne eigenes Zutun. Im Unter-schied zu ihrer Individualität in den „analogen Welten“ haben sie auf ihre Netzexistenz keinen privilegierten Zu-griff, im Gegenteil: Auf die Netzexis-tenzen wird privilegiert von denen zu-gegriffen, die die technischen Mög-lichkeiten dazu haben – und dies im jeweils eigenen Interesse. Schließlich bleiben die Netzexistenzen nicht in den Net-zen, sondern treten aus diesen heraus

Digitale Teilhabe – eine Bestandsaufnahme

Dass Politik und die sozialen Felder, auf denen diese Praxis „spielt“, zunehmend auch im Internet stattfinden, kann als ein Indikator für die Digitalisierung ge-

in die „analogen Welten“, mindestens immer dann, wenn die digital vermit-telten Situationen in Situationen die-ser Welt einbezogen werden. Dort be-stimmen Netzexistenzen die Erwartun-gen an Akteure und ihre Erwartungen an deren Erwartungen – und bestim-men so auch deren Individualität.

Das diskursiv erzeugte Neue

Die schleichende Veränderung in Rich-tung einer „digitalen Gesellschaft“ hat nicht nur mit den angesprochenen Ver-änderungen der Sozialstruktur, also mit der Integration in digitale Netz-werke und mit »big data« zu tun, son-dern auch mit dem gesellschaftlichen Diskurs über die Digitalisierung. Den Prozess der Digitalisierung steuere eine in Gang getretene und nun nicht mehr aufzuhaltende digitale Technik mit einer ihr eigenen Teleologie, so der Grundtenor. Dass sich die Sozi-alstruktur gegenüber der Digitalisie-rung als robust erweist bzw. als robust erweisen wird, lässt sich hingegen in der gängigen Semantik dieser Diskur-se nicht aussagen – und wird deshalb in den Diskursen über Digitalisierung auch nicht erwartet. Dass sich das se-mantisch festgeschriebene Neue der »digitalen Welt« auch einstellt, ist da-mit aber nicht gesagt: Die in den Dis-kursen über die Digitalisierung einge-schriebenen Semantiken können Neu-es vorbereiten, können darin aber auch an der Trägheit der Sozialstrukturen der „analogen Welten“ scheitern. Da-her darf das diskursiv erzeugte Neue nicht gleich schon für „bare Münze“, der Diskurs über Digitalisierung nicht schon für die „digitale Gesellschaft“ der Zukunft genommen werden.

nommen werden. Der Großteil der bun-desdeutschen Bevölkerung ist im Inter-net „unterwegs“ und viele von ihnen engagieren sich dort auch politisch.

Neue Beteiligungsformen

Politische Initiativen und Organisationen, aber auch staatliche Einrichtungen sowie die klassischen Massenmedien sind im Internet präsent, unterhalten dort eigene Angebote und bespielen die neuen Sozialen Medien. Nicht zuletzt deshalb sind politisch relevante Informationen in großer Fülle und z. T. von hoher Qualität online verfügbar. Staatliche Einrichtungen, z. B. Kommunen, haben Formen der BürgerInnenbeteiligung im Internet eingerichtet. Seitdem die NutzerInnen im Internet auch interaktiv tätig werden können, haben sie dort neue Formen des politischen Engagements, darunter komplexe (z. B. Blogs) und niederschwellige Formen (z. B. Liken von politischen Stellungnahmen oder Unterzeichnen von Online-Petitionen) entwickelt. In diesen neuen Beteiligungsformen wird die in den „analogen Welten“ übliche, die sozialen Felder der Politik wesentlich konstituierende Trennung des Öffentlichen vom Privaten durchbrochen. Öffentliche oder gruppenbezogene Kommunikationen werden mit persönlichen Nachrichten vermischt und aus persönlichen Kommunikationen heraus werden öffentliche Statements gegeben. Ob sich Politik mit all dem zunehmend in das Internet verlagert, ob also die mit ‚Politik‘ bezeichnete Praxis aus den „analogen Welten“ aus- und in die „digitale Welt“ einzieht, das bleibt bislang ungewiss. Gleichwohl spielt die im Internet ausgetragene Politik auch in den politischen Arenen der „analogen Welt“ eine zunehmende Rolle – und sind die im Digitalen und im Analogen betriebene Politik eng miteinander verknüpft.

Altbekannte Asymmetrien

Bislang haben sich die hohen Erwartungen an eine Digitalisierung der Politik nicht erfüllen können – weder die Erwartung, dass sich die demokratische Beteiligung ausweitet, noch die, dass sich die Qualität demokratischer Aushandlungsprozesse verbessert. Nicht nur „digital immigrants“ sind von den Möglichkeiten der im Internet reali-

sierbaren Kommunikationen und Interaktionen überfordert und nehmen dort kein politisches Engagement auf. Offenkundig sind dort jene gesellschaftlichen Gruppen überrepräsentiert, die auch auf den sozialen Feldern der Politik in den „analogen Welten“ das Sagen hatten bzw. haben. Dass sich über das Internet mehr Menschen politisch engagieren, dass Ungleichheiten bei der politischen Beteiligung überwunden, dass also die Bürgerinnen und Bürger umfassender an den demokratischen Aushandlungsprozessen teilhaben, lässt sich nicht feststellen. Stattdessen „spiegeln sich [...] in vielen Bereichen der Netzwelt altbekannte soziale Asymmetrien wider“ (Winkel 2015, 417).

Abgeschottete Nutzergruppen

Auch hinsichtlich der Qualität „digitaler Politik“ sind die bisherigen Erfahrungen eher ernüchternd: Die niederschweligen Formen politischer Partizipation gelten auf den politischen Arenen zumeist nicht als seriöses Engagement und bleiben daher in den politischen Aushandlungsprozessen ohne Wirkung (Wewer 2014, 118). Es hat den Anschein, dass sich Kommunikationen im Internet in Folge der durch Algorithmen geführten Zugriffe („Filter-Blasen“) sowie des Onlineverhaltens („Echo-Kammern“) zumindest bestimmter Nutzergruppen in abgeschotteten Kommunikationsgemeinschaften von Gleichgesinnten verfangen. Zwar ist die Meinung aller anderer im Internet leicht zugänglich; aber ebenso leicht ist es, der Meinung anderer aus dem Wege zu gehen und die diskursive Auseinandersetzung mit ihnen zu vermeiden. Informationen sind im Netz tatsächlich deutlich einfacher zugänglich – und diese auch von hoher Qualität. Im Gegenzug ist aber die Verarbeitung all der zugänglichen Informationen deutlich schwieriger geworden; zudem sind die politischen Kommunikationen im Internet für Lügen und Gerüchte anfälliger – und dadurch verletzbar.

Verrohung und Dialogverweigerung

Schließlich wird die Verrohung der politischen Kommunikation im Internet konstatiert: Menschenfeindliche und rassistische Äußerungen gegenüber religiösen und ethnischen Gruppen, aber auch gegen Andersdenkende haben sich in den Sozialen Medien dramatisch ausgebreitet. Auch mit diesem Sprachterror werden die Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit aufgebrochen, so er sich öffentlich auch gegen Privatpersonen richtet. „Vorurteile, die bislang gesellschaftlich halbwegs tabuisiert und allenfalls das Vorrecht der ‚Stammtische‘ gewesen sind, dringen nun in die breite Öffentlichkeit vor. Die Isolationsfurcht, sich mit rassistischen Äußerungen ins soziale Abseits zu begeben, weicht der beschleunigten Renaissance einer salonfähigen Fremdenfeindlichkeit.“ (ebd., 319)

Auch wenn einige Sachverhalte, etwa die politische Kommunikation in Blogs, dagegenstehen, sind all dies starke Hinweise darauf, dass die politische Kommunikation im Internet nicht an Qualität gewinnt, sondern im Gegenteil – Schaden nimmt. „Die im Internet präsentierten Kommunikate, sofern sie nicht auf die Arbeit von organisierten Sozialsystemen (Wissenschaft usw.) basieren, reproduzieren vielfach eher vorhandene Strukturen als sie innovativ zu erweitern. [...] Studien aus zahlreichen Ländern stimmen überein, dass Online-diskurse der Zivilgesellschaft oft Qualitätsdefizite aufweisen, sich auf eine geringe Anzahl von Themen konzentrieren und wenig dialog- und kompromissorientiert sind.“ (ebd., 325)

Rechtspopulismus

Zumal in Deutschland haben politische Akteure, die sich für eine Modernisierung der Demokratie über das Internet eingesetzt haben, allen voran die Partei „Die Piraten“, keinen nachhaltigen Gewinn aus der „digitalen Politik“ ziehen können. Stattdessen haben rechtspopulistische Akteure von den Möglichkeiten des Internets profi-

tiert. Dass der Rechtspopulismus deutlich erstarkt ist, ist wesentlich auf deren Präsenz in den Sozialen Medien, der darüber möglichen Mobilisierung und Formierung von kollektiver Identität zurückzuführen (Nam 2017). Offenbar taugt das Internet als Plattform für den den Rechtspopulismus ausmachenden Politik- und Kommunikationsstil besonders gut, insbesondere für

- die Alleinvertretung eines imaginierten Volkes samt Volkswillen und „gesunden Menschenverstand“,

- die Aktivierung dieses Volkes außerhalb der formalen Verfahren der Demokratie,
- die Einübung von Tabubrüchen sowie der aggressiven Abwehr aller anderen politischen Akteure.

Damit verhalf das Internet den politischen Einstellungen und Überzeugungen des sich im Rechtspopulismus ausdrückenden Teils der Bevölkerung zu einem unverhältnismäßig starken Ausdruck – und darüber auch in den „analogen Welten“, nicht zuletzt in den Parlamenten.

Gefahren für die gleichberechtigte demokratische Beteiligung

Zumindest bislang ist es im Zuge der Digitalisierung nicht zu einer „Demokratie“ im Internet und darüber zu einer Verallgemeinerung der politischen Beteiligung gekommen. In der Sozialethik wird man unter dem Fokus der Beteiligungsgerechtigkeit genau darauf die besondere Aufmerksamkeit lenken – und die mit ‚Digitalisierung‘ angesprochenen Veränderungen maßgeblich von den Möglichkeiten gleichberechtigter Beteiligung an den politischen Aushandlungsprozessen her beurteilen. Unter diesem Fokus und angesichts der eingesammelten Erfahrungen sollen im Folgenden zwei Gefahren für eine gleichberechtigte politische Beteiligung in Folge der Digitalisierung hervorgehoben und systematisiert werden, *erstens* die Vermachtung von politischen Aushandlungsprozessen und *zweitens* die Beschädigungen der Öffentlichkeit.

Vermachtung politischer Aushandlungsprozesse

Politische Auseinandersetzungen finden auf unterschiedlichen sozialen Feldern statt – im Staat und in anderen gesellschaftlichen Bereichen, aber auch außerhalb all dieser Bereiche und damit seltsam ortlos, was man mit dem Begriff ‚Öffentlichkeit‘ einzufangen sucht. Zu den damit bezeichneten Aus-

handlungsprozessen haben – den dort herrschenden Spielregeln gemäß – prinzipiell alle BürgerInnen gleichermaßen Zugang, entweder als TeilnehmerInnen an den Aushandlungsprozessen auf der „Arena“ oder als deren BeobachterInnen auf der „Tribüne“. Zwar ist die prinzipielle Offenheit nicht nur ein Ideal entsprechender sozialen Felder, sondern eine „reale“ Regel, nach der die jeweils beteiligten Akteure ihre Öffentlichkeit „herstellen“. Gleichwohl ist sie deswegen nicht schon Realität; im Gegenteil: Tatsächlich werden Akteure aus entsprechenden sozialen Feldern vielfach ausgeschlossen – dies u. a. auch dadurch, dass sie dort von anderen advokatorisch vertreten oder aber systematisch diskriminiert werden. In seiner Studie „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ hatte Jürgen Habermas zudem vermachtete Akteure ausgemacht, die ihre Teilnahme an öffentlichen Aushandlungsprozessen strategisch nutzen, um etwa für die Akzeptanz administrativer Entscheidungen zu sorgen. Mit ihren strategischen Interessen unterminieren sie die Aushandlungsprozesse in der Öffentlichkeit. Destruktiv wirken auch die Massenmedien, indem sie „das Publikum als Hörende und Sehende in ihren Bann“ (Habermas 1990, 261) ziehen, sie auf die Rolle als Publikum festle-

gen und ihnen die „die Distanz der ‚Mündigkeit‘, die Chance nämlich, sprechen und widersprechen zu können“ (ebd.), nehmen. Gegenüber der vermachteten „Realität“ der politischen Öffentlichkeit besteht, zumindest unter der Maßgabe der Beteiligungsgerechtigkeit, ein großer Bedarf nach Verallgemeinerung und Vertiefung der politischen Beteiligung. Eine solche Demokratisierung der politischen Öffentlichkeit ist aber kaum davon zu erwarten, dass politische Aushandlungsprozesse in elektronischen Netzwerken stattfinden – trotz der dort möglichen Interaktivität und der damit verbundenen Aktivierung des Publikums. (vgl. Windhorst 2010, 246 ff.)

Fallen im Internet auch die hohen ökonomischen Kosten weg, die mit den Massenmedien verbunden sind, und werden die technischen Möglichkeiten der politischen Beteiligung egalitär verteilt, so setzen diese Möglichkeiten doch kulturelle Fertigkeiten und Qualifikationen voraus, die nicht egalitär ver-



Die für die politische Beteiligung im Internet erforderlichen Fertigkeiten stehen keineswegs allen BürgerInnen zur Verfügung

teilt sind. Um im Netz nicht unterzugehen und dort mit eigenen Informationen und Meinungen gegenüber einer Unzahl von Informationen und Meinungen aufzufallen, müssen große Datenmengen bewältigt und verarbeitet, müssen zugleich die Spielregeln des Internets kompetent angewandt werden. Bringt man entsprechende Fertigkeiten und Qualifikationen nicht auf, kann man die Dienste professioneller Internetagenturen, Media-Dienstleister und Kampagnen-Manager in Anspruch nehmen. Die für die politische Beteiligung im Internet geforderten Fertigkeiten und Qualifikationen sind voraussetzungsvoll – und stehen keineswegs allen BürgerInnen, nicht einmal allen NutzerInnen gleichermaßen zur Verfügung. Unter dem



Stichwort der „digital divide“ bzw. „digital inequality“ (vgl. Zillien/Hauf-Brusberg 2014) wird nicht nur festgestellt, dass diese Fertigkeiten und Qualifikationen ungleich verteilt sind. Zugleich wird sichtbar gemacht, dass deren Erwerb – u. a. über den familiären Kontext – mit den klassischen Ressourcen sozialer Privilegierung, allen voran Geld und Bildung, deutlich wahrscheinlicher wird als ohne sie oder mit weniger davon (Jacob/Thomas 2014, 37 f.). Auch die Möglichkeiten, ersatzweise auf professionelle Dienste zurückgreifen zu können, sind an klassische Ressourcen der sozialen Ungleichheit, vor allem an Geld und Beziehungen, gebunden und ebenso wie diese ungleich verteilt. Insgesamt bestehen im Internet Ungleichheiten der Beteiligung – und damit auch Eliten privilegierter NutzerInnen. Diese digitalen Eliten werden nicht einfach mit den Eliten der politischen Öffentlichkeit in den „analogen Welten“ identisch sein; aber sie werden häufig aus diesen hervorgehen oder von diesen abstammen. Als Folge der Ungleichheiten ist die Allgemeinheit der politischen Beteiligung und die prinzipielle Offenheit politischer Aushandlungsprozesse im Internet mindestens ebenso eingeschränkt wie die in der Öffentlichkeit der „analogen Welten“.

Aus den digitalen Eliten heraus wird ein strategischer Gebrauch von politischen Aushandlungsprozessen im Internet genommen. Da Kommunikation und Interaktion dort engstens verflochten sind, wird dieser strategische Gebrauch weniger auffällig werden – und er wird weiter ausgreifen können. Dies gilt zumal dann, wenn entsprechend agierende Akteure die technischen Möglichkeiten besitzen, die Netzexistenzen von NutzerInnen abzugreifen und diese in personalisierten Kommunikationsangeboten gezielt anzusprechen.

Überhaupt ist die Macht im Internet vor allem davon abhängig, welche technischen Ressourcen Akteure mobilisieren können, um digitale Daten zu erzeugen, zu erfassen, zu speichern

und zu verarbeiten, um Algorithmen zu programmieren, durchzusetzen und damit die Internetnutzung anderer zu beeinflussen sowie staatliche Restriktionen für die Erfassung, Speicherung und Nutzung von digitalen Daten zu umgehen. Offenbar konzentrieren sich diese Ressourcen bei den Staaten und genauer bei deren eher geheimdienstlich und polizeilich tätigen Institutionen sowie bei einigen wenigen Internet-Konzernen. Im Unterschied zu den Massenmedien nehmen diese (zumeist und vielleicht noch) nicht unmittelbar an den politischen Aushandlungsprozessen teil; auch versetzen sie die NutzerInnen nicht in die passive Rolle des hörenden oder sehenden Publikums. Sie gewinnen gleichwohl eine unvergleichbar stärkere Macht über ihre NutzerInnen, gerade indem sie diese aktivieren, ihr politisches Engagement mit Informationen und Meinungen begleiten und sie in ihrer Weltsicht „unterstützen“. Diese Macht speist sich nicht zuletzt aus dem Zugriff auf die Netzexistenzen der NutzerInnen.

Beschädigungen der Öffentlichkeit

Ob das Internet ein Ort ist, an dem deliberative Zusammenhänge des Informations- und Meinungs-austausches bestehen, die man mit dem Begriff ‚Öffentlichkeit‘ bezeichnet, bzw. ob und in welchem Maße Informations- und Meinungs-austausch im Internet zu Öffentlichkeiten beitragen, kann an dieser Stelle nicht entschieden werden. Zumindest fehlt den politischen Auseinandersetzungen im Internet bislang eine wesentliche Eigenschaft, die man von Öffentlichkeiten erwartet. Dort sollen Informationen und Meinungen in synthetisierender Weise zugespitzt und in ihrer Zuspitzung an Institutionen in den jeweils relevanten gesellschaftlichen Bereichen adressiert werden, damit diese die „öffentlichen Meinungen“ in ihren jeweiligen Bereichen umsetzen können bzw. müssen. Erst so erzielen „öffentliche Meinungen“ die intendierten politischen Wirkungen (vgl. Habermas 2008, 161 ff.). Bislang erfah-

ren politische Aushandlungsprozesse im Internet erst dadurch eine solche Zuspitzung, dass sie in den „analogen Welten“ in politisch relevanten Ereignissen oder Sachverhalten gebündelt oder von den Massenmedien journalistisch aufgegriffen und zusammengefasst werden. Möglicherweise gibt es also im Internet (noch) keine Öffentlichkeit; möglicherweise wird der Beitrag des Internets für öffentliche Aushandlungsprozesse dramatisch überschätzt. Aber selbst dann hat es auf die Öffentlichkeit und die dort geführten politischen Aushandlungsprozesse destruktive Wirkungen.

Dass man sich im Internet in Folge von „Filter-Blasen“ oder „Echo-Kammern“ in abgeschotteten Kommunikationsräumen bewegt, gilt vermutlich nicht für alle NutzerInnen gleichermaßen. Vermutlich bewegen sich gerade NutzerInnen mit extrem rechten Positionen, mit rassistischen Einstellungen oder anderen Einstellungen der „grup-



Im Internet nehmen fragmentierte Gesinnungsgemeinschaften sich selbst als maßgebliche Öffentlichkeit wahr

penbezogenen Menschenfeindlichkeit“ sowie mit Verschwörungstheorien in einem abgeschlossenen Umfeld mit Gleichgesinnten, bestätigen sich dort wechselseitig in Informationen, Meinungen und grundlegenden Überzeugungen – und gewinnen dort und dadurch den Eindruck, die geteilten Informationen seien wahr und die geteilten Meinungen und Überzeugungen würden von einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung geteilt. So werden die fragmentierten Gesinnungsgemeinschaften im Internet von ihren NutzerInnen als ihre Öffentlichkeit wahrgenommen. „Das Internet“ wird ihnen zum Beleg für die Wahrheit von Informationen und für die politischen Rationalität von Meinungen – und dies dann auch für die Öffentlichkeiten in den „analogen Welten“. Indem sie dort



entsprechend auftreten, „das Internet“ anführen und es zugleich der diskursiven Überprüfung entziehen, werden die Öffentlichkeiten in der Autorisierung von Argumenten und in der Pflege politischer Legitimität beeinträchtigt.

Während in den abgeschotteten Gesinnungsgemeinschaften des Internets Nonkonformität eingeübt, „political correctness“ hintertrieben und eine unzivilisierte Wut gepflegt wird, besteht in dem im Internet geführten Informations- und Meinungsaustausch ansonsten ein hoher Normalisierungsdruck. Indem und in dem Maße sie in elektronischen Netzwerken auftauchen, stehen die einzelnen unter dauernder Beobachtung – und dies mit nachhaltiger Wirkung. Die Ergebnisse der dauernden Beobachtung werden in digitalen Daten gespeichert, über die unterschiedlichen Bereiche des Internets

zusammengeführt und in Personen bezogenen Profilen gespeichert, auf die man auch in Zukunft wie auf Gegenwärtiges zugreifen kann. Die einzelnen stellen sich auf diese Art der Dauerbeobachtung ein und sind in der Folge gerne bereit, aktuelle Normalitätserwartungen und gültige Rollanforderungen zu bedienen und so die eigene Netzexistenz positiv zu beeinflussen (Lindemann 2015, 57–62). Sie entsprechen Normalitätserwartungen – und dies über die unterschiedlichen Bereiche ihrer Internetpräsenz hinweg; und sie entsprechen diesen gleichermaßen. Sie ähneln sich in ihrem Informations- und Meinungsäußerungen und „machen“ sich, soweit es in ihren Möglichkeiten liegt, ähnlich bis gleich. Hingegen „verheimlicht“ man dem Netz die eigenen Unangepasstheiten, die Abweichungen und das Wider-

ständige. In Folge dieser Normalisierung versiegen im Internet genau jene Quellen der an den einzelnen hängenden Kreativität, die in politischen Aushandlungsprozessen angezapft, deren Ausflüsse in gemeinsamen Beratungen rationalisiert und in politische Innovationen überführt werden können.

Öffentlichkeiten bestehen immer nur im Plural, insofern sich Informations- und Meinungsäußerungen zu spezifischen Problemstellungen aufeinander beziehen und sich so in einem Netz aufeinander bezogener Kommunikationen bündeln. Als Netz von Kommunikationen sind sie nicht an bestimmte Orte in der Gesellschaft gebunden und sind eben deshalb ortlos. Deswegen müssen die themenbezogenen Differenzierungen der Öffentlichkeit den funktionalen Differenzierungen moderner Gesellschaften nicht entsprechen –

LITERATUR

- Bieber, Christoph (2015): Daten vs. Netz. Bausteine und Perspektiven eines unfertigen Politikfeldes, in: Süßenguth, Florian (Hg.): Die Gesellschaft der Daten. Über die digitale Transformation der sozialen Ordnung, Bielefeld: transcript-Verlag, S. 173–198.
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. (Bd. 1: Handlungsrationality und gesellschaftliche Rationalisierung; Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft), Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2008): Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie, in: ders.: Ach, Europa. Kleine politische Schriften XI, Frankfurt am Main. Suhrkamp, 138–191.
- Jacob, Daniel/Thomas, Manuel (2014): Das Internet als Heilsbringer der Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 22–23/2014, 35–39.
- Lindemann, Gesa (2015): Die Verschränkung von Leib und Netzexistenz, in: Süßenguth, Florian (Hg.): Die Gesellschaft der Daten. Über die digitale Transformation der sozialen Ordnung, Bielefeld: transcript-Verlag, S. 41–66.
- Luhmann, Niklas (1980): Gesellschaftliche Struktur und semantische Tradition, in: ders.: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Bd. 1, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 9–71.
- Nam, Sang-Hui (2017): Spontane Mobilisierung und der Wandel kollektiver Formationen im Internet. Eine Fallstudie zur PEGIDA-Bewegung, in: Forum Qualitative Sozialforschung, Bd. 18, Heft 1, Art. 3, online: http://www.gedenkstaettenforum.de/fileadmin/forum/Offenes_Forum/2016/Spontane_Mobilisierung_und_der_Wandel_kollektiver_Formationen_im_Internet_Eine_Fallstudie_zur_PEGIDA-Bewegung.pdf.
- Wagner, Elke/Stempfhuber, Martin (2015): Praktiken des Digitalen. Über die digitale Transformation soziologischer Unterscheidungen, in: Süßenguth, Florian (Hg.): Die Gesellschaft der Daten. Über die digitale Transformation der sozialen Ordnung, Bielefeld: transcript-Verlag, S. 67–92.
- Wewer, Götrik (2014): Open Government, Staat und Demokratie. Aufsätze zu Transparenz, Partizipation und Kollaboration, Berlin: edition sigma.
- Windhorst, Ariane (2010): Die politische Rolle der Öffentlichkeit unter besonderer Berücksichtigung des Web 2.0. München: Universitätsbibliothek München, online verfügbar: <http://edoc.ub.uni-muenchen.de/12006>.
- Winkel, Olaf (2015): Demokratie und Digitalisierung. Eine Betrachtung ausgewählter Aspekte der demokratischen Willensbildung in der Informationsgesellschaft über den Zeitraum von zwei Jahrzehnten, in: der moderne staat (dms) Jg. 8, Nr. 2, S. 409–434.
- Zillien, Nicole/Hauf-Brusberg, Maren (2014): Wissensklüft und Digital Divide (Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft Bd. 12), Baden-Baden: Nomos.

und können gerade so Zusammenhänge „herstellen“, die in den funktional spezifizierten Bereichen nicht gesehen werden können. Allerdings synthetisieren Öffentlichkeiten ihre Ergebnisse auf funktional ausdifferenzierte Bereiche – und können nur so dafür Sorge tragen, dass die Ergebnisse politischer Aushandlungsprozesse in Entscheidungen innerhalb der ausdifferenzierten Bereiche münden. Diese aus den „analogen Welten“ gewohnten Differenzierungen werden im Internet allerdings aufgehoben – und damit die NutzerInnen, zumindest was ihre Netzexistenz angeht, in einer totalen Weise vergesellschaftet. Werden Informations- und Meinungsäußerungen zu einem Thema mit Äu-

ßerungen zu allen anderen Themen und zudem mit Interaktionen im weiten Universum des Internets verknüpft („NutzerInnen mit dieser Meinung kauften jenes Buch“ oder „KäuferInnen dieses Buches haben auch diese Meinung“), mag ein komplexer Informations- und Meinungsaustausch entstehen und im Netz auch dauerhaft präsent gehalten werden. Für Entscheidungen in den unterschiedlichen Bereichen ausdifferenzierter Gesellschaften bleiben sie aber zumeist unverständlich – und haben folglich keine politische Wirkung. Die im Internet total vergesellschafteten NutzerInnen scheitern mit ihren politischen Beratungen im Digitalen an den Differenzierungen ihrer „analogen Welten“.

Fazit: Regulierung des Internets

Die Utopie des Internets, die Idee einer unmittelbaren Demokratie, die die Asymmetrien der „unregulierten“ Märkte nicht kennt, und die deshalb gesellschaftliche Vorgaben und Auflagen, vor allem staatliche Interventionen nicht braucht, ist nach all dem, was bislang zusammengetragen wurde, wenig vertrauenswürdig. Damit die sich im Zuge der Digitalisierung einstellende „digitale Demokratie“ unter der Maßgabe allgemeiner und gleichberechtigter politischer Beteiligung goutiert werden kann, müssen die politischen Aushandlungsprozesse im Internet durch Regulierung sowohl hinsichtlich ihrer „Quantität“, also ihrer prinzipiellen Offenheit, als auch hinsichtlich ihrer „Qualität“ beteiligungsgerecht gemacht werden. Beteiligungsgerechtigkeit der „digitalen Demokratie“ ist mithin nicht die schöne Folge der Digitalisierung, sondern deren politische Vorgabe.

Die politische Regulierung des Netzes durch „Netzpolitik“ beginnt bereits frühzeitig, schon in der Frühphase des Internets (vgl. Biber 2015). Konzentrierte man sich zunächst auf den Schutz digitaler Daten, stehen inzwischen auch andere Gestaltungsproble-

me der Digitalisierung, z. B. die Abwehr von „offensichtlich rechtswidrigen Inhalten“ (Netzwerkdurchsetzungsgesetz, NetzDG), auf der politischen Agenda. Was die Super-Konzerne des Internets angeht, scheint es um die Interventions- und Regulationsmöglichkeiten staatlichen Rechts nicht einmal sonderlich schlecht gestellt zu sein, wenn man denn – wie in Europa – willens ist, diese Möglichkeiten zu nutzen. Politisch geht es jedenfalls nicht darum, „den Staat zum digitalen Vorreiter zu machen, – und [...] uns und unsere Kinder mit bester Bildung und Weiterbildung auf den digitalen Fortschritt vorzubereiten“ (Angela Merkel, Neujahresansprache 2017). Vielmehr steht an,

- gesellschaftliche Vorgaben für den Zugang und die Nutzung des Internets durchzusetzen,
- das Machtgefälle im Internet zu begrenzen und insbesondere
- das Handeln der wenigen Internet-Konzerne zu regeln und deren Daten-Ökonomie zu begrenzen; es geht darum,
- belastbare Grenzen im Internet durchzusetzen,
- „Big Data“ die Vergangenheitsform und das Vergessen beizubringen,

KURZBIOGRAPHIE

Matthias Möhring-Hesse (*1961) Dr. theol., Dipl.-Soz., Professor für Theologische Ethik/Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen; Forschungsschwerpunkte: Grundlagen theologischer Gesellschaftsethik, Sozial- und Arbeitspolitik, Demokratie, Rechtspopulismus. Weiteres zur Person und zu den Veröffentlichungen unter: www.sozialethik.uni-tuebingen.de.

- die NutzerInnen vom Normalisierungsdruck zu befreien,
- Menschen vor Verfolgung im Internet zu schützen und so zivile Kommunikationen im Internet zu ermöglichen und politische Aushandlungsprozesse bei möglichst allgemeiner Beteiligung zu gewährleisten.

Eine solche Netzpolitik wird die mit ‚Digitalisierung‘ angesprochenen Veränderungsprozesse abbremsen und verlangsamen, ähnlich wie in der jüngeren Vergangenheit die Industriepolitik den Wandel hin zu einer „Wissensgesellschaft“ abgebremst und die industrielle Ökonomie gehalten hat. Analog zu diesem Fall ist es klug, die politischen Aushandlungsprozesse weitgehend in den uns bekannten „analogen“ Bahnen zu halten – und von dort aus die sich ausbildenden Formen der „digitalen Demokratie“ zu regulieren. Der Zukunftseuphorie und der Ungeduld des gegenwärtigen Digitalisierungsdiskurses wird eine Netzpolitik und die sie begleitende Sozialethik deshalb widerstehen müssen – und auch der Panik, in Deutschland in Sachen Digitalisierung von anderen Ländern abgehängt zu werden. In Sachen demokratischer Beteiligung ist der Fortschritt vermutlich auf die Schnelle nicht zu haben – und nur dort ein Fortschritt, wo man sich mit seinem Eintreffen große Mühen macht.

Die Digitale Stadt

Gerechter und besser zusammenleben?



Michael Nagenborg

Die Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt stehen aufgrund des gemeinschaftlich genutzten städtischen Raums in einem besonderen Verhältnis zueinander: Lokale Entscheidungen haben Auswirkungen auf alle, die in der Stadt leben und den städtischen Raum nutzen. Gelingende urbane Koexistenz setzt ein Mindestmaß an Solidarität voraus. Dabei gilt es, die konstitutive Rolle von Technik zu berücksichtigen. Sozio-technische Systeme prägen den städtischen Alltag. (Digitale) Technik kann deshalb dazu dienen, das Zusammenleben in der Stadt gerechter zu gestalten, sie kann aber auch Ungleichheit produzieren. Die gegenwärtige Debatte um die „Digitale Stadt“ setzt bei der Verbesserung von Teilaspekten an. Dies birgt das Risiko, dass die fundamentale Frage nach der guten Stadt unbeantwortet bleibt. In diesem Beitrag wird dafür plädiert, im Dialog mit BewohnerInnen und anderen NutzerInnen des städtischen Raums (digitale) Technik als Instrument zur Beseitigung oder Abmilderung von Ungleichheit zu beurteilen.

Stadt als Gemeinschaft

Der Mensch ist ein soziales Wesen und als solches auf Gemeinschaft angewiesen. Nicht nur, weil wir auf die Kooperation mit anderen Menschen angewiesen sind, sondern auch weil die Menschen mit denen wir zusammenleben, uns zu dem machen, wer wir sind.

Die Stadt ist eine besondere Form der Gemeinschaft, weil die BewohnerInnen einer Stadt in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis stehen. Dadurch, dass sie einen begrenzten Raum gemeinsam nutzen, haben lokale Entscheidungen für die BewohnerInnen zum Teil unmittelbare Auswirkungen als Entscheidungen, welche auf nationaler oder internationaler Ebene getroffen werden (Weinstock, 2011). Dabei gilt es zu beachten, dass stadtplanerische Entscheidungen immer für einige vorteilhafter sind als für andere – und dementsprechend immer als politische Entscheidungen zu begreifen sind (Hoeckveld & Needham, 2012). Städte sind insofern immanent politische Orte.

Gleichzeitig sind Städte eine gutes Beispiel für das, was Michael Walzer als unfreiwillige Assoziationen bezeichnet hat. Wir können uns nämlich nur in sehr begrenztem Maße aussuchen, mit wem wir den städtischen Raum teilen. Dieser Umstand tritt besonders deutlich hervor, wenn wir nicht nur die BewohnerInnen einer Stadt, sondern die vielfältigen NutzerInnen einer Stadt in den Blick nehmen: Die BesucherInnen, die Menschen, die in einer Stadt arbeiten, aber nicht wohnen, die Menschen, die keine Bleibe haben und auf öffentliche Orte angewiesen sind, usw. Iris Marion Young (1990) hat das Leben in der Stadt deshalb als ein „Zusammensein von Fremden“ beschrieben. Damit ist nicht gemeint, dass alle Menschen in einer Stadt einander fremd sind, sondern dass es in der Stadt immer die „Anderen“ gibt und die zufällige Begegnung mit diesen. Das macht den Wert einer städtischen Existenz ausmacht. Mehr noch: Das produktive Zusammentref-

fen von unterschiedlichen Lebenswelten lässt sich als Wesensmerkmal des Städtischen ausmachen. (Sassen, 2010)



Den Wert des Städtischen zu realisieren heißt, das Zusammensein mit Fremden zu ermöglichen

Die Kernthese dieses Beitrags lautet deshalb, dass (digitale) Technik dazu beitragen sollte, den Wert des „Städtischen“ zu realisieren, d. h., ein produktives Zusammensein mit Fremden zu ermöglichen. Dabei gilt es zugleich, dem besonderen Abhängigkeitsverhältnis der vielfältigen NutzerInnen des städtischen Raums Rechnung zu tragen.



Stadt und (digitale) Technik

Stadt ist ohne Technik nicht denkbar. Städte werden mit technischen Mitteln geplant, gebaut, gewartet, verwaltet und zerstört. Die Verwaltung der Stadt ist ebenso auf Technik angewiesen wie ihre NutzerInnen. Technologien wie z. B. das Auto prägen die Stadt in ihrer Struktur, denn sie müssen ihren Platz in der Stadt finden. Wie anders würden unsere Städte z. B. ohne Straßenbeleuchtung und Kanalisation aussehen! Und eigentlich sollte es überflüssig sein, auf die Auswirkungen der Industrialisierung – und das heißt: von Großtechnologien – auf die Stadtentwicklung hinzuweisen. Dennoch wird Technik in den einschlägigen Beiträgen zur Philosophie der Stadt oftmals entweder komplett ausgeblendet oder als Fremdkörper im städtischen Raum, ja, Bedrohung der städtischen Koexistenz dargestellt.

Dabei gibt es eine bemerkenswerte Ausnahme: Der Einsatz von digitaler Technik im Rahmen von „Smart Cities“ oder „Digitalen Städten“. Digitale Technik wird dabei u. a. als Voraussetzung

Technik, Stadt, Gerechtigkeit

Ich wohne in Münster und arbeite an der Universität Twente in den Niederlanden. Die Campusuniversität liegt zwischen den Städten Enschede und Hengelo. Über meinen Arbeitsweg kann ich mich nicht beklagen: Wenn es das Wetter zulässt, fahre ich mit dem Fahrrad zum Bahnhof und nehme dann den Nahverkehrszug nach Enschede. Die Anfahrtszeit beträgt 10 Minuten – und wenn das Wetter dann doch mal zu schlecht ist, dann nehme ich eben den Bus. Die nächste Bushaltestelle ist in 5 Minuten zu Fuß zu erreichen und ich warte selten länger als zehn Minuten auf den nächsten Bus. Im Zug beginnt dann dank Laptop mein Arbeitstag. Dank dem inzwischen gut ausgebauten Mobilfunknetz kann ich fast

zur Erreichung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen angesehen. So verpflichten sich beispielsweise die UnterzeichnerInnen der „Neuen Urbanen Agenda“ auf ein „Konzept der ‚intelligenten Stadt‘, mit dem die aus der Digitalisierung, sauberer Energie und Technologien sowie innovativen Verkehrstechnologien erwachsenden Chancen genutzt werden, um den Bewohnern und Bewohnerinnen umweltfreundlichere Alternativen und Möglichkeiten zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zu bieten und Städte dazu zu befähigen, ihre Bereitstellung von Dienstleistungen zu verbessern.“ (Neue Urbane Agenda, Absatz 66)

Im Folgenden soll nicht in Frage gestellt werden, dass Digitalisierung neue Möglichkeiten eröffnet. Digitalisierung darf jedoch nicht zum Selbstzweck werden. Mein Vorschlag lautet deshalb, Technik als konstitutiven Bestandteil von Stadt anzuerkennen und digitalen Technologien keinen Sonderstatus einzuräumen.

während der gesamten Fahrt auf das Internet zugreifen.

Unterschiedliche Technologien spielen also eine bedeutende Rolle in meinem Alltag: Das Fahrrad und die Fahrradwege, der öffentliche Personennahverkehr (Busse und Bahn), das Mobilfunknetz, etc. Im Leben anderer Menschen mögen andere Technologien eine vergleichbare Rolle spielen. All diese Technologien kommen uns allerdings nur selten zu Bewusstsein. Sie bilden, phänomenologisch gesprochen, den Hintergrund meiner Alltagserfahrung und treten nur dann deutlich hervor, wenn eine Störung vorliegt und sie nicht vorhanden sind. Ansonsten nehmen wir sie als gegeben hin. Gerade deswegen werden wir uns aber nur selten ihrer Bedeutung bewusst.

Insofern ist es instruktiv, einen Blick auf andere Orte zu werfen. Zum Beispiel ist der öffentliche Nahverkehr in den USA keine Selbstverständlichkeit und die Folgen der Abwesenheit treten deshalb deutlich hervor. Diese betreffen nicht zuletzt ohnehin schon benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Zum einen erschwert die Abwesenheit von öffentlichen Verkehrsmitteln den Zugang zum Arbeitsplatz, zu Bildungseinrichtungen und zum Gesundheitswesen. Zum anderen sind gerade diese Bevölkerungsgruppen im besonderen Maße der Luftverschmutzung durch Autos ausgesetzt, wenn sie in der Nähe von Autobahnausfahrten und Umgehungsstraßen wohnen (Epting, 2016).

Das Beispiel verdeutlicht, dass technische Systeme in der Stadt (wie der öffentliche Personennahverkehr) immer als sozio-technische Systeme zu denken sind, welchen den Alltag der



Die technischen Systeme in der Stadt entscheiden mit über die Verteilung von Wohlstand, von Vorteilen und Risiken

BewohnerInnen prägen. Wie beispielsweise Fran Tonkiss (2013) aufgezeigt hat, spiegeln insbesondere Infrastrukturen dabei oftmals die Ungleichverteilung von Wohlstand in einer Stadt wieder. Es sind also gerade die weniger privilegierten BewohnerInnen, die vieles nicht als gegeben voraussetzen können.

Nun ist die räumliche Ungleichverteilung von Vorteilen und Risiken unvermeidlich. In der Nähe einer Feuerwache zu wohnen, erhöht beispielsweise die Aussicht auf schnelle Hilfe. Jedoch ist es nicht sinnvoll, in jeder Straße eine Feuerwache zu errichten. Dementsprechend kann auch nicht die Ungleichverteilung an sich zur Debatte stehen. Die Frage muss also lauten, wo Ungleichheit in Ungerechtigkeit umschlägt.

Eine Möglichkeit sich dieser Herausforderung zu stellen, kann darin



bestehen dafür Sorge zu tragen, dass Entscheidungen bezüglich technischer Systeme in der Stadt auch stets im Hinblick auf die bislang Benachteiligten getroffen werden und akkumulative Bevorzugungen und Benachteiligungen vermieden werden. Wenn es beispielsweise darum geht, den öffentlichen Nahverkehr in Münster zu verbessern, dann sollte es eben nicht in erster Linie darum gehen, die Lebensumstände von Menschen wie mir noch

angenehmer zu machen. Eine gerechte Stadtentwicklung setzt vielmehr Solidarität mit den anderen NutzerInnen des geteilten städtischen Raums voraus.

Man beachte: Die Frage nach der gerechten Gestaltung des städtischen Zusammenlebens ist zunächst einmal unabhängig von der Frage der Digitalisierung. Gleichwohl scheint es geboten, die Rolle von (digitaler) Technik in der Stadt nicht zu ignorieren.

als Public-Private-Partnership angelegt und zielt darauf ab, dass Städte durch digitale Technologien dazu befähigt werden, vielfältige und spezifische Herausforderungen zu bewältigen und das Zusammenleben der BewohnerInnen zu erleichtern. Während in der Vergangenheit versucht wurde, eine neue Stadt, eine neue Form der Gemeinschaft zu erschaffen, wird in der Gegenwart darauf abgezielt, bestehende Städte zu verbessern.

Es ist anzumerken, dass der Begriff „Digitale Stadt“ (oder „digital city“) nicht immer einheitlich verwendet wird und die Abgrenzung zu „Smart City“ nicht leicht fällt. In Anschluss an Annalisa Cocchia (2014) lässt sich jedoch feststellen, dass der Fokus in der Debatte um die „Digitale Stadt“ auf die Verbesserung von städtischen Dienstleistungen und Informationsangeboten gerichtet ist, während der Begriff der „Smart City“ ein weiteres Spektrum abdeckt. Somit kann die Verwendung des Begriffs im Rahmen des oben beschriebenen Wettbewerbes als typisch angesehen werden. Dementsprechend wird in diesem Beitrag der Schwerpunkt auf die zu erwartenden Folgen der zunehmenden Digitalisierung von städtischen Aufgabenbereichen (etwa Sicherheit, Bildung, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung) gesetzt.

Die digitale Stadt

Die Bedeutung des Begriffs „Digitale Stadt“ hat sich seit den 1990er Jahren stark gewandelt. 1995 bestimmte Gert Lovink den Begriff wie folgt: „Digitale Städte oder ‚Freenets‘ sind frei zugängliche, kostenlose Informationssysteme innerhalb des Internets. Es handelt sich dabei um eine lokale Sammlung ‚virtueller Gemeinschaften‘ (Rheingold), wobei das gemeinsame Interesse die geografische Lage und die Muttersprache ist.“ Gegenstand seiner Ausführungen ist die „Digitale Stadt Amsterdam“, die 1994 gestartet wurde: „Das Ziel war anfänglich, ein Experiment durchzuführen, welches das Verhältnis zwischen den Bürgern und dem Bereich der Politik im elektronischen Zeitalter untersucht.“ 1995 hatte die Stadt 20.000 ‚BewohnerInnen‘ – eine Zahl, welche die technische Implementierung damals an seine Grenze brachte. Dem Selbstverständnis nach war die Digitale Stadt ein öffentlicher Raum und „kein in sich geschlossenes Einkaufszentrum oder Ladenpassage.“ Die Digitale Stadt Amsterdam hatte bis 2001 Bestand und endete im Ausverkauf: Der Versuch, die Stadt im Rahmen des Internet-Hypes zu privatisieren scheiterte (van den Besselaar/Beckers, 2005).

Dem 2016 ausgeschriebenem Wettbewerb „Digitale Stadt“ lag hingegen folgende Idee zugrunde: „Lange Wartezeiten auf dem Amt oder beim Arzt, Staus oder Verkehrsunfälle, Lärm und

Abgase oder die Sorge vor Kriminalität erleben die Bewohner größerer Städte jeden Tag. Digitale Technologien können dazu beitragen, die Herausforderungen wachsender Städte zu bewältigen. Beispiele sind eine intelligente Verkehrslenkung, digitale Bürgerämter oder die Online-Vergabe von Facharztterminen, die bereits in Städten wie Stockholm, Wien, London oder Santander zum Einsatz kommen.“ (www.bitkom.org/Themen/Digitale-Transformation/Branchen/Artikel/Digitale-Stadt.html)

War die „Digitale Stadt Amsterdam“ noch ein Versuch, eine alternative Form von Öffentlichkeit herzustellen, so ist die „Digitale Stadt“ der Gegenwart

In welcher Stadt wollen wir leben?

Die „Digitale Stadt“ der Gegenwart erhebt nicht den Anspruch, die Stadt neu zu erfinden. Vielmehr sollen – ganz pragmatisch – einzelne Aspekte verbessert werden und Technik der Stadt bei der Bewältigung ihrer Aufgaben helfen. Gegen eine bessere Verkehrslenkung oder kürzere Warte- und Bearbeitungszeiten auf dem Amt ist zunächst einmal nichts einzuwenden. Der Fokus auf die Verbesserung einzelner Bereiche lässt sich in der Praxis auch damit erklären, dass die Digitalisierung der Stadt oftmals kein Großprojekt ist, sondern von unterschiedlichen

Initiativen und Projekten vorangetrieben wird. Der Stadtverwaltung kommt dabei – wenn überhaupt – eine Koordinationsfunktion zu.

Diese Entwicklung lässt sich auch als Reaktion auf die Versuche von Großunternehmen verstehen, Städten vorgefertigte „Smart City“ Komplettpakete anzubieten. Hierdurch wurde die Frage aufgeworfen, ob es denn überhaupt sinnvoll möglich sei, mit einem einzigen System den Bedürfnissen der unterschiedlichen Städte gerecht zu werden. (Galdon-Clavell, 2013)

Ein Nachteil der Aufsplitterung der Digitalisierungsbemühungen ist jedoch, dass das große Ganze aus den Augen verloren wird. Wer nur auf konkrete Fragen schaut, wie sich dieser oder jener Aspekt des städtischen Zusammenlebens mittels digitaler Technik verbessern lässt (z. B., wie sich Verkehr besser lenken oder wie sich die Wasserversorgung bedarfsgerecht planen lässt), läuft Gefahr, die grundlegende Frage aus den Augen zu verlieren, nämlich: In welcher Stadt wollen wir leben? Was macht eine *gute* Stadt aus? (Kichin, 2016) Die Beantwortung dieser fundamentalen Frage ist jedoch notwendig, um sinnvolle Antworten auf die Fragen zu geben, welche durch die Digitalisierung von Teilbereichen aufgeworfen werden:

- (1) Wie sollen Prioritäten bezüglich der zu verbessernden Bereiche gesetzt werden?
- (2) Was sind die lokal- und bereichsspezifischen Herausforderungen, welche adressiert werden sollen?

Zugespielt hat Saskia Sassen (2015) die Entscheidungsprozesse im Hinblick auf

Digitalisierung – wozu und für wen?

Die Digitalisierung von Teilbereichen wie beispielsweise des öffentlichen Personennahverkehrs verspricht, das bestehende System effizienter und effektiver zu gestalten. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn denn die mangelnde Effizienz des öffentlichen Nahverkehrs das dringlichste Problem ist.

Die erste Herausforderung besteht somit darin, festzustellen, wo Handlungsbedarf besteht. Dies ist keine triviale Aufgabe, weil nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden kann, dass Einigkeit zwischen den BürgerInnen einer Stadt besteht und auch die Interessen der anderen NutzerInnen des städtischen Raums zu beachten sind. Wenn Iris Marion Young (1990) das Leben in der Stadt als ein „Zusammensein von Fremden“ bestimmt, dann tut sie

neue Technologie wie folgt charakterisiert: Zumeist sind es die TechnikerInnen, die technisch wenig versierten VertreterInnen der Stadt erklären, wie sich spezifische Probleme mittels Technik in den Griff bekommen lassen. Dabei sollten es eigentlich die Städte sein, die die Probleme und Ziele benennen und die Technik-AnbieterInnen und -EntwicklerInnen um Lösungsvorschläge bitten.

Die Krux besteht darin, dass es keinerlei Garantie dafür gibt, dass bereits bestehende technische Lösungen oder Lösungsansätze genau die Herausforderungen adressieren, welche aus der lokalen Perspektive die höchste Priorität haben sollten. Um diese Prioritäten zu setzen, muss die Stadtverwaltung jedoch wissen, welche Herausforderungen als besonders dringlich anzusehen sind. Die Frage, ob es z. B. wichtiger ist, die Verkehrslenkung zu optimieren oder allen EinwohnerInnen einen verbesserten Internetzugang zur Verfügung zu stellen, sollte nicht allein im Hinblick auf die Verfügbarkeit technischer Mittel entschieden werden.

dies gerade vor dem Hintergrund, dass die Idee einer bereits gegebenen und weitest gehend homogenen Gemeinschaft irreführend ist. Es ist zwar verlockend, Stadt als eine mittlere Ebene zu denken, welche sich zwischen Individuum und Gesellschaft verorten lässt.



Die Stadt ist weder als homogene Gemeinschaft noch als Ansammlung homogener Gemeinschaften zu denken

Die Idee der bereits gegebenen „Gemeinschaft“ führt jedoch dazu, dass impliziert wird, dass sich zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern klar unterscheiden lässt. Hierdurch werden die gleichen Ein- und Ausschlussmecha-

nismen aktiviert, welche auf der Ebene des Staates als problematisch erachtet werden. Young schlägt deshalb vor, die Stadt weder als an sich homogene Gemeinschaft zu denken, noch als eine Ansammlung von homogenen Gemeinschaften. Die Nachbarschaft – und nicht die Stadt – gilt Young dabei als Keimzelle der Demokratie, weil hier die VertreterInnen von verschiedenen Gruppen (ArbeitnehmerInnen und AnwohnerInnen, Vereinen und Kirchen) ebenso wie Einzelpersonen zusammenkommen können, um lokale Probleme und ihre mögliche Lösung zu erörtern. Die Aufgabe der Stadt besteht dann darin, diese lokalen Öffentlichkeiten zu ermöglichen und ihnen Mitspracherecht einzuräumen.

Es ist im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich, Youngs Vorschlag im Detail zu diskutieren. Gleichwohl lassen sich auf Grundlage des bisher Gesagten, bereits einige Empfehlungen ableiten.

(1) Nehmen wir Youngs Warnung vor der Annahme einer homogenen Gemeinschaft ernst, dann ist Vorsicht geboten, wo gemeinhin von BewohnerInnen oder BürgerInnen gesprochen wird. Beide Begriffe implizieren bereits eine Unterscheidung zwischen Personen, die als BürgerInnen zu gelten haben und solche, die es nicht sind. Um noch einmal auf meine eigene Erfahrung als Beispiel zurückzugreifen: Auch in Enschede bin ich auf Radwege und öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Ich bin deutscher Staatsbürger und auch kein Bewohner der Stadt; und dennoch werden mich Entscheidungen über die Ausgestaltung und Wartung von Radwegen oder Änderungen im Busverkehr betreffen. Ich empfinde das Beispiel als undramatisch. Aber es mag uns daran erinnern, dass es Menschen gibt, die in einer Stadt leben, ohne BürgerIn oder BewohnerIn zu sein (beispielsweise Obdachlose oder Asylsuchende). Deswegen schlage ich vor, allgemeiner von NutzerInnen des städtischen Raums zu sprechen.



(2) Eine Aufgabe der Stadtverwaltung kann darin bestehen, Öffentlichkeiten zu ermöglichen, d. h. auch Sorge dafür zu tragen, dass die „Anderen“ und „Fremden“ eine Stimme bekommen. Gerade durch die Begegnung mit den „Anderen“ kann es dazu kommen, dass Menschen von ihren Partikularinteressen abstrahieren und Zukunft gemeinsam gestalten. Leitend sollte hierbei der Gedanke sein, dass die NutzerInnen des städtischen Raums zwar keine homogene Gemeinschaft bilden, wohl aber in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen, das eben auf der gemeinsamen Raumnutzung fußt.

(3) Wie wir am Beispiel der „Digitalen Stadt Amsterdam“ gesehen haben, können digitale Plattformen neue Formen von politischer Öffentlichkeit

ermöglichen. Jedoch muss man sich bewusst sein, dass digitale Formen der Teilhabe immer das Risiko des Ausschlusses in sich bergen. Digitale Medienöffentlichkeit sollte deshalb als Ergänzung und nicht als Ersatz von urbaner Öffentlichkeit angesehen werden.

(4) In der gegenwärtigen Diskussion um die „Digitale Stadt“ steht hingegen nicht so sehr die Schaffung neuer Formen von Öffentlichkeit im Mittelpunkt, sondern die Verbesserung der Kommunikation zwischen Stadt und BürgerIn. Eine App, deren Nutzung z. B. meine Wartezeit auf dem Amt verkürzt, ist jedoch nicht nur hinsichtlich der potentiellen Ausgrenzung von NichtnutzerInnen ein zweischneidiges Schwert: Denn auch wenn sich die Abläufe auf dem Amt so effizienter gestalten lassen, konstituiert diese Schnittstelle die

NutzerInnen als Individuum und die Stadt als Dienstleisterin. Dieses Verständnis wird jedoch der Stadt als politischem Ort nicht gerecht. (Nida-Rümelin, 2007)



Die Gefahr besteht darin, dass die digitale Stadt eher ein Ort der Vermessung und Überwachung ist als ein politischer Ort des Dialogs

(5) Es scheint angesichts der vielbeklagten Politikmüdigkeit sehr verlockend, die Vermessung der NutzerInnen an Stelle des Dialoges mit den NutzerInnen zu setzen. Es ist eine Eigenart von digitalen Technologien, dass sie nicht nur die gezielte Erhebung von Daten ermöglichen, sondern

LITERATUR

- Besselaar, Peter van den, Dennis Beckers (2005): The Life and Death of the Great Amsterdam Digital City. In: Besselaar, Peter van den, Koizumi S. (Hrsg.): Digital Cities III. Information Technologies for Social Capital: Cross-cultural Perspectives. Berlin/Heidelberg 2005, S. 66–99. (= Lecture Notes in Computer Science, Bd. 3081) – https://doi.org/10.1007/11407546_4
- Cocchia, Annalisa (2014): Smart and Digital City. In: Renata Paola Dameri und Camille Rosenthal-Sabroux (Hrsg.): Smart City: How to Create Public and Economic Value with High Technology in Urban Space. Heidelberg 2014, S. 13–43. – DOI: 10.1007/978-3-319-06160
- Digitale Stadt: www.bitkom.org/Themen/Digitale-Transformation-Branchen/Artikel/Digitale-Stadt.htm
- Epting, Shane (2016): A Different Trolley Problem: The Limits of Environmental Justice and the Promise of Complex Moral Assessments for Transportation Infrastructure. *Science and Engineering Ethics*, 22(6), S. 1781–95. – DOI 10.1007/s11948-015-9732-3
- Galdon-Clavell, Gemma (2013): (Not So) Smart Cities? The drivers, impact and risks of surveillance-enabled smart environments. *Science and Public Policy*, 40(6), S. 717–23. – <https://doi.org/10.1093/scipol/sct070>
- Hoekveld, Gerard, und Barrie Needham (2012): Planning Practice between Ethics and Power Game: Making and Applying an Ethical Code for Planning Agencies. *International Journal of Urban and Regional Research*, 37(7), S. 1638–53.
- Kichin, Rob (2016): Reframing, reimagining and remaking smart cities. The Programmable City Working Paper 20, Online: <http://progcity.maynoothuniversity.ie/>
- Lovink, Geert (1995): Über den Aufbau einer virtuellen Öffentlichkeit. Die Digitale Stadt Amsterdam. Online: <http://thing.desk.nl/bilwet/Geert/Aufsaeetze/dds.txt> (letzter Zugriff: 15.12.2017)
- Neue Urbane Agenda, siehe: www.bmz.de/20161020-2
- Nida-Rümelin, Julian (2007). Zukunft Stadt. In: Stadt Bielefeld (Hg.): Demographischer Wandel in Bielefeld. Heft 4. Bielefeld, S. 8–16.
- Sassen, Saskia (2010). Cityness. Roaming thoughts about making and experiencing cityness. *ex æquo*, Nr. 22, S. 13–18. Online: www.scielo.mec.pt/pdf/aeq/n22/n22a03.pdf (letzter Zugriff: 15.12.2017)
- Piramal Raje, Aparna (2016): Redefining notions of urban intelligence. Interview mit Saskia Sassen. *livemint*. Online: <http://www.livemint.com/Specials/m21w1rzMM8KpbE9KO1iFVK/Redefining-notions-of-urban-intelligence.html> (letzter Zugriff: 15.12.2017)
- Tonkiss, Fran (2013): Cities by Design: The Social Life of Urban Form. Cambridge (UK) und Malden, MA (USA)
- Young, Iris Marion (1990): Justice and the politics of difference. Princeton, New Jersey
- Weinstock, Daniel (2011): Self-determination for (some) cities? In: Axel Gosseries und Philippe Vanderborght (Hrsg.): Arguing about justice: Essays for Philippe Van Parijs. Louvain, S. 377–85. Online: <http://books.openedition.org/pucl/1845> (letzter Zugriff: 15.12.2017)

dass bei ihrer Nutzung bereits Daten entstehen. Diese Daten können für die Stadtverwaltung und -planung durchaus von Interesse sein, um beispielsweise ein besseres Verständnis von der faktischen Raumnutzung zu bekommen oder um den öffentlichen Personennahverkehr an das Verhalten der NutzerInnen anzupassen. Es besteht jedoch das Risiko, dass „digitale Städte“ und „Smart Cities“ zu Orten vollständiger

Überwachung werden. (Galdon Clavell 2013) Dies ist nicht nur hinsichtlich des Schutzes der Privatsphäre bedenklich, sondern auch hinsichtlich der geforderten Offenheit für die „Fremden“. Digitale Überwachungsprozesse basieren ja gerade darauf, dass Menschen aufgrund der erfassten Daten klassifiziert und Unterschiede zwischen Individuen nivelliert werden. Da bleibt wenig Raum für das „Fremde“.

Fazit

- Die gerechte Gestaltung der Digitalen Stadt ist eine komplexe Herausforderung. Da Digitalisierung kein Selbstzweck ist, müssen Städte in der Lage sein, darüber zu entscheiden, wo Digitalisierung dazu beitragen kann, die Vision einer guten Stadt zu realisieren. Dies setzt voraus, dass es eine solche Vision überhaupt gibt. Der Pragmatismus in der gegenwärtigen Diskussion um die Digitale Stadt mit seinem Fokus auf der Verbesserung von Teilbereichen und Dienstleistungen läuft ansonsten Gefahr, sich in Details zu verlieren.
- Wie immer auch diese Vision aussehen mag, sie wird dem besonderen Charakter städtischen Zusammenlebens Rechnung tragen müssen, nämlich dass einerseits die vielfältigen NutzerInnen des städtischen Raums in einem Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen, andererseits Stadtleben aber das Zusammensein mit Fremden bedeutet.

Da keine homogene Gemeinschaft der BewohnerInnen und sonstiger NutzerInnen vorausgesetzt werden kann, muss die Stadt Formen der lokalen Öffentlichkeit ermöglichen, um Handlungsbedarf festzustellen und Lösungsansätze abzuwägen. Die Vermessung der NutzerInnen ist keine Alternative zum Dialog.

- (Digitale) Technik sollte dazu dienen, lokale Probleme zu lösen. Die Formulierung der Problemstellung ist Aufgabe der Stadt, nicht der AnbieterInnen und EntwicklerInnen von technischen Lösungen. Diese müssen umgekehrt bereit sein, den Städten mit ihrer Expertise bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen.
- Allgemein, auch in Hinblick auf die BewohnerInnen, scheint es geboten, dass Bewusstsein für die konstitutive Rolle von Technik für das Leben in der Stadt zu schärfen. Technik ist kein Fremdkörper in der Stadt. Technik kann sowohl dazu beitra-

KURZBIOGRAPHIE

Michael Nagenborg (*1968), Dr. phil., Ass. Professor für Technikphilosophie und philosophische Anthropologie an der Universität Twente (NL). Forschungsschwerpunkte: Technik- und Stadtphilosophie, Anwendungsorientierte Ethik (Überwachung, Privatheit, Roboter und KI). Vorstandsmitglied der „Philosophy of the City Research Group“. Aktuelle Veröffentlichungen: *Hidden in plain sight*. In: Tjerk Timan, Bryce C. Newell und Bert-Jaap Koops (Hg.): *Privacy in Public Space*. Cheltenham 2017, S. 47–63. In Vorbereitung: *Technology and the City: Towards a Philosophy of Urban Technologies*. (Sammelband in der Reihe: *Philosophy of Engineering and Technology*, Springer).

gen, Missstände zu beseitigen, als auch Teil des Problems sein. Digitale Technologien bilden hierbei keine Ausnahme.

- Schließlich ist die gerechte Gestaltung der Stadt auch Aufgabe der BürgerInnen und der NutzerInnen. Von ihnen ist zu erwarten, dass sie bereit sind, sich mit den Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Öffentlichkeit auseinanderzusetzen. Vor allem aber müssen wir als Stadtmenschen bereit sein, Solidarität mit den anderen BewohnerInnen und NutzerInnen zu zeigen, auch mit den „Fremden“ mit denen wir die Stadt teilen.



Non scholae sed vitae!?

Digitale Bildung und Schule



Wenn Schule ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag gerecht werden will, kann sie nicht als Parallel- oder Gegenwelt zur umgebenden Gesellschaft fungieren. Vielmehr muss sie Schülerinnen und Schüler (SuS) zur gelingenden Partizipation qualifizieren. Dazu muss sie die Herausforderungen der Digitalisierung auf mehreren Ebenen und unter dem Primat der Pädagogik bewältigen. Letztlich stehen auch Schule und die Bildungspolitik vor der Entscheidung, welche Kultur des Lernens mit veränderten, „digitalisierten“ Lebens- und Arbeitsbedingungen vereinbar ist: Geht es um ein ökonomisch dominiertes Denken, in dem die walled gardens großer Datenkonzerne auch die schulische Bildung bestimmen? Oder ist das Ziel ein Austausch, der Wissen teilt und vernetzt, um dadurch Exklusion so weit wie möglich abzubauen und Partizipation zu ermöglichen?



Andreas Büsch

Gestaltungsfragen der Digitalität

Wir befinden uns im Jahre 46 nach Erfindung der E-Mail. Die ganze Gesellschaft befindet sich in einem revolutionären Umbruch, der unter der Chiffre Digitalisierung verhandelt wird ... die ganze Gesellschaft? Nein! Ein großer, uns allen wohlbekannter Bildungsbereich wehrt sich mehr oder minder bewusst und mehr oder minder erfolgreich gegen diese Umwälzungen. Und das Leben ist nicht leicht für die jungen Menschen, die einen großen Teil ihrer Zeit in diesem Bereich namens „Schule“ verbringen ...

So oder ähnlich könnte ein Comic zum Thema Digitalität und Schule beginnen; ganz so unterhaltsam und lustig wie die berühmte Vorlage wäre er sicherlich nicht. Denn „Bildung ist das Laberfach jeder Regierung.“ (Spiwak 2017) Jeder äußert sich dazu, ohne ernsthafte Konsequenzen gewärtigen oder tatsächlich ziehen zu müssen. Zugleich ist die zentrale Bildungseinrichtung Schule im Kontext der Digitalisierung gefragt und umstritten wie lange nicht. Wie passt das zusammen?

Die Fragen sind ebenso vielfältig wie drängend: Wie soll die Schule künftig aussehen? Wie soll sie ausgestattet sein? Welche Rolle sollen digitale Medien beim Lernen unserer Kinder spielen und welche Kompetenzen und Haltungen brauchen Lehrkräfte für einen kompetenten Einsatz digitaler Geräte und Plattformen in didaktischen Zusammenhängen?

Der vorliegende Beitrag fragt entlang des klassischen Dreischritts von

Es ändert sich ... alles!

Vernetzte Geräte, Algorithmen, die Auswertung großer Datenmengen und Systeme zur „intelligenten“ Lösung alltäglicher Aufgaben erhalten immer mehr Raum in allen Feldern unseres Lebens: Dass der Megatrend Digitalisierung unausweichlich und unumkehrbar ist – was ihn gerade als Megatrend qualifiziert – und dass er mittlerweile sämtliche Lebensbereiche von Individuen und Gesellschaft verändert,

Sehen, Urteilen und Handeln (Cardijn) nach einer Vision für die Schule von morgen angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung und nach Kriterien zu deren Beurteilung. Sodann skizziert er Lösungs-Ansätze für die drängendsten Fragen zu Rahmenbedingungen, Inhalten und Handlungsanforderungen mit Blick auf Schule in einer zunehmend digitalen Gesellschaft.

ist wohl unumstritten. Eine Verweigerung scheint trotz hier und da zu beobachtender „analoger Nostalgien“ (vgl. Schrey 2017) sowie unübersehbarer Herausforderungen durch Digitalisierung ausgeschlossen.

Das gilt auch für die Bildungs- und Sozialisationsinstanz Schule. Denn der grundsätzliche Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule wird zwar in Landesverfassungen und länderspezi-



fischen Schulgesetzen unterschiedlich gefasst; im Kern geht es aber immer um die Umsetzung des Rechtes von Kindern und Jugendlichen auf Bildung, wie es in der UN-Kinderrechtskonvention grundgelegt ist. Entsprechend formuliert die deutsche Kultusministerkonferenz in einem Beitrag zur Demokratieerziehung: „Eines der obersten Ziele schulischer Bildung überhaupt ist es, junge Menschen zu befähigen, sich in der modernen Gesellschaft zu orientieren und politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen.“ (KMK o. J.) Dies gilt also ausdrücklich auch für jeweils neue gesellschaftliche Herausforderungen und erst recht für „Bildung in der digitalen Welt“ (so der Titel der KMK-Strategie vom Dezember 2016; KMK 2016).

Herausforderungen auf drei Ebenen

Die veränderten Anforderungen an Schule lassen sich – wie auch für andere Institutionen im Bildungssektor – auf drei Ebenen zusammenfassen, die chronologisch in dieser Reihenfolge Gegenstand der Diskussion waren bzw. sind (vgl. Büsch 2017b):

Organisatorische Ebene

Ein erster Schritt in der Digitalisierung bedeutet einen Wandel von Arbeitsabläufen und Ausstattung: Stundenplanung und Personalverwaltung erfolgen auch an Schulen längst digitalisiert, Informationen für Schülerinnen und Schüler (SuS) werden auf Monitoren angezeigt und nicht mehr in Schaukästen ausgehängt. Und die interne wie externe Kommunikation läuft über ein Schulmanagementsystem, E-Mail und soziale Netze – wofür es jeweils gute Gründe pro und contra gibt. Letztlich wird Digitalisierung im Kontext von Schule zunächst und vor allem durch Geräte – mithin: Ausstattung – greifbar. Dieser erste ist aber keinesfalls der wichtigste Schritt. Im Gegenteil: Debatten über Ausstattung verstellen häufig

Darin werden sechs Handlungsfelder beschrieben, die „funktional miteinander zu verknüpfen sind:

- Bildungspläne und Unterrichtsentwicklung, curriculare Entwicklungen,
- Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erziehenden und Lehrenden,
- Infrastruktur und Ausstattung,
- Bildungsmedien, Content,
- E-Government, Schulverwaltungsprogramme, Bildungs- und Campusmanagementsysteme,
- rechtliche und funktionale Rahmenbedingungen“ (KMK 2016, S. 9).

Mit anderen Worten: *Alles* was mit Schule zu tun hat, befindet sich im Umbruch!

den Blick auf die pädagogischen und inhaltlichen Herausforderungen.

Didaktische Ebene

Die meist zuerst gestellten Fragen lauten, ob SuS nun durch entsprechende Ausstattung seitens der Schule mit Tablets oder Notebooks oder nach dem BYOD-Prinzip (Bring your own device; d. h. private Geräte werden im Unterricht und darüber hinaus eingesetzt) digital arbeiten können, ob jede Klasse nach dem Beamer nun auch ein Smartboard erhält und ob das schulinterne WLAN hinreichend dimensioniert ist. Diese Fragen sind natürlich hoch relevant, aber ein „Primat der Pädagogik“ (KMK 2016, S. 9) verlangt, dass zunächst die Frage nach der pädagogischen Idee von Digitalisierung bzw. dem didaktischen Mehrwert durch Digitalisierung beantwortet werden muss. Erst dann ist es möglich, die tatsächlich tiefgreifende Veränderung der Didaktik positiv zu nutzen und die Lernpotenziale digitaler Medien wie stärkere Individualisierung, vernetztes Erarbeiten anhand tagesaktueller Medien, sank-

tionsfreie Rückmeldungen etc. zu realisieren.

In diesen Kontext des Lernens mit bzw. durch Medien gehört auch die Frage nach Form und Herkunft der eingesetzten Bildungsmedien: Neben den Materialien etablierter kommerzieller Anbieter (die KMK spricht von „professionellen Produzenten“; KMK 2016, S. 30) gibt es zunehmend mehr *Open Educational Resources* (OER), die die Linearität bisheriger didaktischer Medien aufbrechen und durch entsprechende Lizenzen einen freien Zugang, freie Nutzung und Bearbeitung, Verteilung und Vernetzung von Inhalten ermöglichen.

Allerdings wird der didaktische Mehrwert von OER und digitalen Medien nicht aus sich heraus erzielt, sondern nur durch geschickte didaktische Planung von Unterrichtsmethoden, Inhalten und Medien (vgl. Döbeli Honneger 2016, S. 68) zu erreichen sein. Ansonsten besteht die Gefahr, dass digitale Medien nur ein formaler Ersatz für tradierte analoge Medien bleiben, so dass lange Texte ohne weitere Aufbereitung online gestellt werden oder Smartboards als schlichter Ersatz für Tafelanschriften genutzt werden. Ein erster Schritt ist dagegen digital „angereicherter“ Unterricht, in dem digitale Endgeräte von SuS genutzt werden können; die letzte Konsequenz ist ein veränderter Unterricht, der ein verändertes Bildungsverständnis umsetzt (vgl. Döbeli Honneger 2016, S. 38).

Dafür sind motivierte und digital medienkompetente Lehrerinnen und Lehrer die zentrale Voraussetzung, was wiederum eine kritisch-konstruktive Haltung zu Digitalisierung sowie eine inhaltliche Auseinandersetzung mit deren Chancen und unverkennbaren Herausforderungen erfordert.

Thematische Ebene

Die dritte Ebene, das Lernen über Medien, erhält in Bezug auf Digitalisierung erst in den letzten Jahren breitere gesellschaftliche Relevanz. Eigentlich muss sie aber am Beginn der Überle-



gungen stehen, da sie die inhaltliche Auseinandersetzung mit Digitalisierung und ihren Implikationen umfasst, d. h. eine Reflexion auf Phänomene und Kontexte der Digitalisierung.

Thematischer Kontext ist

- einerseits die Bildung, verstanden als Reflexion auf ein Selbst- und Weltverhältnis,
- zum anderen das Spektrum der Bezugswissenschaften Medienpädagogik und Informatik, die seit einiger Zeit um die Deutungshoheit und fachlichen Einfluss auf die schulische Beschäftigung mit Digitalisierung ringen.

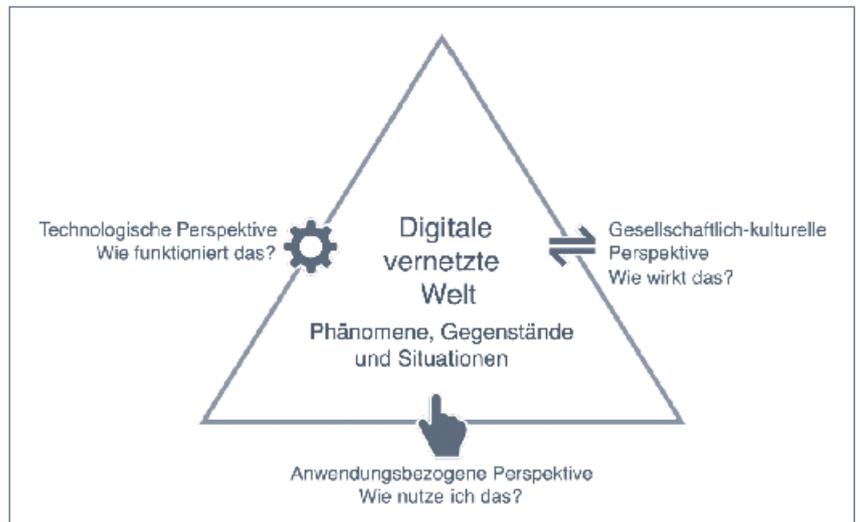
Erst im vergangenen Jahr wurde mit dem „Dagstuhl-Dreieck“ einen Kompromiss-Vorschlag erarbeitet (vgl. zu den Veränderungen in der Informatik auch Döbeli Honneger 2016, S. 90).

Dieses Modell zeigt deutlich die notwendigen Kompetenzen auf, die eine schulische Beschäftigung mit Digitalisierung und digitalen Medien unverzichtbar macht: Von der informatischen Wissens-Ebene über die individuelle Anwendungsebene hin zur sozialen Dimensionen, die auch Fragen der Ethik impliziert, werden Phänomene der Digitalisierung multi-perspektivisch betrachtet.

Auch wenn das Dagstuhl-Dreieck noch weiterer Diskussion bedarf und von den Beteiligten ausdrücklich als *work in progress* gekennzeichnet wird, ist es doch anschlussfähig einerseits an medienpädagogische Konzepte wie Medienkompetenz und Medienbildung wie auch an bildungspolitische Vorgaben wie den Konzeptrahmen der KMK. (s. KMK 2016, S. 15–18)

Prüfet alles ...

Trotz der aufgezeigten Notwendigkeit, sich in Schule und als Schule mit Digitalisierung zu beschäftigen, existiert nach wie vor eine Reihe von mehr oder minder leicht falsifizierbaren Argumenten gegen Digitalisierung in der



Dagstuhl-Dreieck (Gesellschaft für Informatik 2016, S. 3)

Schule (vgl. Döbeli Honneger 2016, 176–186). Sofern es sich dabei nicht um Extrempositionen handelt, die z. B. die Lebenswelt von SuS vollständig aus dem Handlungsfeld Schule heraushalten wollen, weisen sie zumindest in Teilen auf relevante Probleme hin, die es ernst zu nehmen gilt.

Das implizite Kriterium zur Beurteilung aller Aktivitäten ist bereits klar genannt: Inwiefern gelingt es, SuS auf eine tatsächliche, d. h. subjektiv sinnvolle und sozial verantwortliche Partizipation in einer modernen Gesellschaft vorzubereiten. Damit wäre die Position „Null Digitalisierung, weil Schule einen Schutz- und Freiraum gewähren soll“ von vornherein erledigt. Tatsächlich gibt es die Haltung,

Wozu sind wir Menschen gut?

Kann die Digitalisierung nicht auch helfen, den in mehrfacher Hinsicht defizitären Menschen zu „optimieren“, wie es die Transhumanisten anstreben? Vertreter der Singularitätstheorie wie Ray Kurzweil prognostizieren das Ende der Überlegenheit des Menschen für die Zeit zwischen 2030 und 2040, „da in dieser Zeit die reine Rechenkapazität eines Computers diejenige eines menschlichen Gehirns übertreffen wird, wenn das mooresche

Schule unabhängig von gesellschaftlichen Herausforderungen zu definieren zu wollen, noch bei einigen Akteuren Sie entspricht jedoch weder der Realität noch den bildungspolitischen Vorgaben und erst Recht nicht dem laufenden politischen wie wissenschaftlichen Diskurs.

Wenn also Partizipation das Leitkriterium für die Beurteilung der Leistung von Schule ist, stellt sich zunächst inhaltlich die Frage, worin die kritischen Punkte bei der Veränderung von Schule bestehen, die ggf. Partizipation verhindern. Sodann ist zu fragen, was eigentlich Treiber der Veränderungen ist – und inwiefern dies Partizipation fördert oder verhindert.

Gesetz ... bis dahin weiter gültig bleibt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wird es nicht mehr darum gehen, die Bildung von Menschen zu optimieren, sondern das Zusammenleben von Menschen mit intelligenten Robotern zu organisieren und in letzter Konsequenz der künstlichen Intelligenz zu erklären, warum die menschliche Intelligenz überhaupt noch nützlich sein.“ (Döbeli Honneger 2016, 40–41).

Zweifelsfrei sind uns Computer weit überlegen, wenn es um schnelle Rechenoperationen, Datenerfassung, -speicherung und -auswertung geht. Denn alles, was im Bereich der Mustererkennung liegt, wenn es also gilt, mit Algorithmen in großen Datenmengen Regelmäßigkeiten oder gar Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, sind Maschinen dem Menschen überlegen. Die aktuelle Entwicklung geht dabei bis zur korrekten Erkennung der Emotionen eines menschlichen Gegenübers aus seiner Sprache und seiner Mimik.

Wenn es aber um die angemessene soziale Reaktion darauf geht, wenn Empathie, Kreativität im engeren Sinne oder echte Intelligenz, die mehr ist als schnelle Datenverarbeitung und Mustererkennung, gefordert sind – dann wird der Mensch auf absehbare Zeit im Vorteil sein.¹

Jenseits von Grundlagenforschung, die auch ohne die ständige Rechtfertigung praktischer Verwertbarkeit möglich sein muss, ist eine technische Entwicklung nicht schon per se oder deshalb gut, weil sie möglich ist. Vielmehr geht es gerade „aus christlicher Perspektive ... um eine kritische Begleitung der Digitalisierung, die die Menschendienlichkeit dieser Entwicklung gewahrt wissen will“ (DBK 2016, S. 8). Damit kommen die Prinzipien der Katholischen Soziallehre in den Blick, die in Spannung zu einander Personalität und Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität auch mit Blick auf die Digitalisierung einfordert.

Vermeidung oder Verschärfung sozialer Ungleichheiten?

Die Idee einer Partizipation aller bzw. das Ziel, SuS dafür zu qualifizieren, darf natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nicht die eine Nutzung von digitalen Medien, Angeboten und Diensten gibt, sondern dass es durchaus verschiedene Nutzertypen gibt, die mit Milieus korrelieren. Der Begriff der digitalen Spaltung (digital



Technische Entwicklungen sind nicht in jedem Fall und aus sich heraus gut, es muss ihre Menschendienlichkeit gewahrt bleiben

Die Publizistische Kommission der Deutschen Bischofskonferenz formuliert das in einem netzpolitischen Papier so: „Die Gestaltung der Möglichkeiten der Digitalisierung muss sich daran messen lassen, ob sie den Menschen als Subjekt behandelt und nicht als bloßes quantifizierbares Objekt. Auch im Zeitalter von Big Data muss die Würde des Einzelnen und nicht ein bloß zweckrationales oder ökonomisches Nutzenkalkül handlungsleitend sein.“ (DBK 2016, S. 8) Diese Aussagen lassen sich unmittelbar auf Schule übertragen: Geht es wirklich um die Bedürfnisse von SuS sowie LehrerInnen? Oder geht es um wie auch immer motivierte ökonomische Überlegungen? Sind die Daten der handelnden Personen hinreichend geschützt? Gibt es eine entsprechende Datenschutzsensibilität auch in der Verwaltung, die die Interessen gerade von SuS wahrt und Kommunikation, Datenverarbeitung und -speicherung entsprechend sicher organisiert? Die Einführung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) 2018 stärkt die Belange der Betroffenen nochmals deutlich und trägt damit dazu bei, auch SuS zu Subjekten in der Digitalisierung zu machen.

divide) ist insofern irreführend, als es sich tatsächlich um eine soziale Spaltung handelt, die entlang der soziodemographischen Faktoren Alter, Geschlecht, formaler Bildungsabschluss (meist korrelierend mit Haushaltsein-

kommen) und Berufstätigkeit verläuft: Wer älter, weiblich, mit einem formal niedrigeren Bildungsabschluss und entsprechend niedrigem Einkommen oder ohne Berufstätigkeit in ländlichen Regionen lebt, ist gesellschaftlich eher abgekoppelt (vgl. D21 2016, 59). Diese Abkoppelung wird durch die fortschreitende Digitalisierung tendenziell verschärft: „Menschen, die sich die digitale Welt nicht erschließen (können), sind zunehmend von entscheidenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen ausgegrenzt.“ (ebd., S. 7)

Für SuS ist dies vor allem ein Ausstattung-Problem: Wenn 97% aller Jugendlichen ein Smartphone besitzen (vgl. mpfs 2017, S. 8), fallen die Nicht-Besitzer massiv auf und geraten unter sozialen Druck – wobei die Frage der „richtigen“ Marke bzw. des jeweils angesagten Geräts der Binnendifferenzierung dient und gleichzeitig den sozialen Druck noch verschärft. Das hat unmittelbare, unerwünschte Konsequenzen, wenn eine Schule BYOD als Konzept einführt; es kann je nach sozialer Lage der SuS ein Argument für eine komplementäre oder vollständige Ausstattung mit Tablets oder Notebooks durch die Schule sein. Ein möglicher Mittelweg wäre „Get your own device (GYOD)“, bei dem Schulträger die Anforderungen definieren und einheitlich Geräte anschaffen, die dann den Eltern auf Leasing-Basis oder über einen Solidarfonds finanziert zur Verfügung gestellt werden (vgl. Breiter u. a. 2017, S. 6).

Hinzu kommt ein bildungsbezogenes Problem, dass mit der milieuspezifischen Erziehungshaltung in Bezug auf Medien korreliert: Während die verantwortungsbedachten Etablierten (das traditionelle Milieu der oberen sozialen Schicht) sehr klar auf Regeln, Grenzen und Kontrolle bzw. Begleitung der Mediennutzung ihrer Kinder setzen, vertrauen „unbekümmerte Hedonisten [...] relativ sorglos darauf, dass

¹Auf die zwingenden Konsequenzen für den Ausbau ästhetischer bzw. musisch-kultureller Bildung auch in der Schule kann hier nur verwiesen werden.

Arts & ethics

SOZIUM

„Sozium“ bezeichnet im allgemeinen Sinne eine Gemeinschaft, an der mehrere Mitglieder teilhaben. Für Yoana Tuzharova findet sich dieses Bild des Soziums in Strukturen der Natur wieder, wie hier bei der stilisierten Darstellung eines Pflanzenblatts, bei dem der Stiel und die Blattadern ein miteinander vernetztes Geflecht ausbilden. Die Künstlerin will mit der Geometrisierung der Blattform zu einem Rechteck gleichzeitig auch auf die aktuelle kulturelle Komponente des Soziums verweisen, dessen digitale Netzstrukturen ähnliche Verläufe aufweisen. Sie macht darauf aufmerksam, dass Natur und Technik in Vielem übereinstimmen, Natur jedoch nie ganz von der Technik beherrschbar sein wird.

(Stefanie Lieb)



Yoana Tuzharova

wurde 1986 in Russe, Bulgarien, geboren. Sie studierte Bildhauerei an der Kunstakademie Münster und Wandmalerei an der Universität Veliko Tynovo (Bulgarien). Heute lebt und arbeitet sie in Köln und Münster. 2017 wurde sie von der Katholischen Akademie Schwerte mit einem Artist in Residence-Stipendium ausgezeichnet. Seit 2009 ist sie mit ihren Werken bei Ausstellungen in verschiedenen deutschen und bulgarischen Städten beteiligt, zuletzt in einer Einzelausstellung unter dem Titel „passenger“ in Schwerte; aktuell ist sie mit der Einzelausstellung „Outsideinseideout“ im Wewerka Pavillon Münster vertreten. Weiteres unter www.yoanart.com.



SOZIUM

Risodruck, Auflage 10, 2017, 29,7 × 42 cm

ihren Kindern im Netz nichts passiert und sie nur kindgerechte Seiten besuchen. [...] Charakteristisch für die Eltern aus diesem Milieu ist es, 'aus dem Bauch heraus' zu handeln und weniger an mögliche Konsequenzen des eigenen Handelns oder das der eigenen Kinder zu denken. Informationen oder



Bildung und sozialer Status der Eltern sind prägend für den Umgang der Kinder mit digitalen Medien

unterstützende Maßnahmen, um für mehr Sicherheit ihrer Kinder im Umgang mit digitalen Medien zu sorgen, empfinden sie im Vergleich zu den Eltern aus den anderen Internet-Milieus überdurchschnittlich oft als uninteressant.“ (DIVSI 2015, 36)

Die Konsequenz ist analog der Wissenskluft-Hypothese eine Art Knowledge Gap 1.0, denn die Kenntnisse der Eltern und Kinder bezüglich digitaler Medien korrelieren entlang der formalen Bildung: Wenn Eltern souverän mit dem Internet umgehen, vermitteln sie das offensichtlich auch ihren Kindern. Umgekehrt gilt dies aber leider auch: Sorglosigkeit produziert wenig Reflexivität.

Die derzeitige Situation ungleicher Startchancen führt in Verbindung mit dem elterlichen Laissez-faire in unteren Milieus zu einem Knowledge Gap 2.0: Kinder von Eltern mit einer höheren formalen Bildung nutzen das Internet deutlich umfangreicher bzw. inhaltlich breiter aufgestellt und mit einem deutlichen Informationsfokus. Das gilt sogar für die Nutzung von Spielen, die in Lern- und Unterhaltungsspielen differenziert werden können (vgl. DIVSI 2015, 66). „Wie Kinder mit digitalen Medien konkret umgehen und was sie im Internet machen, unterscheidet sich vor allem entlang der formalen Bildungsgrade der Eltern.

- Kinder von Eltern mit geringer formaler Bildung haben im Kontext Spiele einen stärkeren Unterhal-

tungsfokus und nutzen das Internet deutlich seltener für Informationssuche und Lernzwecke als Kinder von Eltern mit formal höherer Bildung.

- Je geringer die formale Bildung der Eltern, desto weniger engagiert sind sie, ihre Kinder in die digitale Welt aktiv zu begleiten; sie sind vielmehr der Meinung, man bräuchte Kinder beim Erlernen des Umgangs mit digitalen Medien nicht anzuleiten, da sie dies von allein lernen würden.“ (DIVSI 2015, 17 – Gliederung im Original)

Pädagogik vs. Ökonomie

Nicht nur in der Ausstattungs-Frage spielen Finanzen eine Rolle. Insgesamt ist eine Ökonomisierung auch des Bildungssektors zu beobachten: Anbieter drängen mit Macht in den Markt und wollen ihre Produkte bzw. Systeme etablieren. Sowohl die großen Betriebssystem-Hersteller Apple und Windows umwerben den Bildungssektor als auch Hardware-Hersteller – und eine Reihe von Initiativen und Verbänden versucht zwischen Herstellern und Schulen als Kunden zu vermitteln. Deutlich wird dies auch bei Bildungsveranstaltungen, deren Ausrichtung von pädagogischen Akteuren nicht zu leisten wäre, so dass eine Finanzierung nur über entsprechend solvente Aussteller zu sichern ist.

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zur IT-Ausstattung an Schulen beziffert den Investitionsbedarf mit 2,8 Mrd. Euro jährlich für einen Zeitraum von fünf Jahren (Breiter u. a. 2017, S. 3). Das übersteigt die vom Bundesbildungsministerium für den gleichen Zeitraum verheißenen 5 Mrd. Euro in etwa um den Faktor Drei. Ungeachtet der auch von den Autoren der Studie eingeräumten Unschärfe der Zahl ist die Größenordnung plausibel. Damit erhält die Frage, wer die Digitalisierung von Schule letztlich bezahlen soll, eine hohe Dringlichkeit.

Das föderale Kooperationsverbot muss dringend überprüft werden, wenn die (kommunalen oder freien) Schulträger nicht völlig überfordert werden sollen. Es ist jedenfalls nicht hinnehmbar, dass die Kosten für die Sicherstellung gesellschaftlicher Partizipation künftiger SuS-Generationen letztlich „privatisiert“ und auf die Eltern abgewälzt werden.

Bildung der Bildenden

Wenn die finanziellen und pädagogischen Aufgaben mit Blick auf SuS (vgl. dazu u. a. KMK 2016) skizziert sind, ist allerdings noch nicht alles getan. Vor allem die je eigene Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer, die bislang nicht hinreichend für den Umgang mit digitalen Angeboten und Geräten qualifiziert sind, muss entwickelt werden. Kurzfristig muss dies in Weiterbildungen erfolgen; mittel- und langfristig muss die gesamte Lehrerbildung so verändert werden, dass Medienbildung mit Blick auf die Herausforderungen der Digitalisierung ein durchgängiger Bestandteil wird.

Dazu bedarf es zunächst der Entwicklung einer kritisch-konstruktiven Haltung zur Digitalisierung. Denn Schule kann und darf kein medienfreier Raum als Ausgleich für die alltägliche Mediennutzung sein – und ist es auch spätestens seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, als die Alltagsmedien in die Schule einzogen, nicht mehr.

Sodann gilt es, den didaktischen Mehrwert digitaler Geräte, Plattformen und Apps kennen und einschätzen zu lernen – „digital“ ist nicht per se besser, solange es nur einen funktionalen Ersatz für analoge Technik darstellt. Wenn das Smartboard nicht anders als die Tafel genutzt wird, lohnt sich die kostspielige Anschaffung nicht.

Diese Handlungsfrage ist allerdings nicht eindimensional, denn die „Innovatoren von gestern sind oft die Skeptiker von heute“ (Döbeli Honne-



ger 2016, S. 111). Wer die jeweils aktuelle IT-Ausstattung hinterfragt, riskiert leider auch, dass sich weiterhin nichts ändert an Netzanbindung, End-

geräten und Zugriff auf cloudbasierte Inhalte. Insofern bedarf es auch einer Klugheit und Bereitschaft zur differenzierten Auseinandersetzung.

Medienhandeln auf Werte und Normen hin zu überprüfen. Denn es ist mittlerweile unstrittig, „dass Medien weder im Positiven noch im Negativen eine

Medienbildung ist Wertebildung

Lehrer und Eltern verbindet eigentlich das Gefühl von Unterlegenheit gegenüber Kindern und Jugendlichen, die fitter sind in Handhabung und Kenntnissen in Bezug auf Geräte, Apps und digitale Inhalte. Was die Natives jedoch von den Immigrants ler-

nen können ist die reflektierte Sicht auf Digitalisierung, die Grundlage auch sozial-ethischer Bewertung ist.

Insofern Medien immer Werte auswählen und präsentieren, gilt es diese Werte reflexiv bewusst zu machen, zur Diskussion zu stellen und das eigene

 Angesichts von Cybermobbing und Hate Speech muss Medienbildung stets auch Wertebildung sein

inhaltliche Qualität hinsichtlich der Wertevermittlung an sich haben, sondern dass die Kommunikation von Werten in digitalen Medien wesentlich

LITERATUR

- Breiter, Andreas; Zeising, Anja; Stolpmann, Björn Eric (2017): IT-Ausstattung an Schulen: Kommunen brauchen Unterstützung für milliardenschwere Daueraufgabe. (Studie der Bertelsmann Stiftung). URL: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/it-ausstattung-an-schulen-kommunen-brauchen-unterstuetzung-fuer-milliardenschwere-daueraufgabe/>
- Büsch, Andreas (2017a): Digital Natives and Digital Immigrants. Medienwelten und Medienkompetenz heutiger Schüler-, Lehrer- und Elterngenerationen. In: Fischer, Christian (Hrsg.), Pädagogischer Mehrwert? Digitale Medien in Schule und Unterricht (Münstersche Gespräche zur Pädagogik, Bd. 33), Münster, 59–84.
- Ders. (2017b): Der Teufel steckt im Detail – und wo ist Gott? Versuch einer theologischen Sicht auf Algorithmen. In: futur2. Zeitschrift für Strategie & Entwicklung in Gesellschaft und Kirche, 2/2017. URL: <http://www.futur2.org/article/der-teufel-steckt-im-detail-und-wo-ist-gott/>
- Ders.; Schreiber, Björn (2016): Let's talk about Werte. Ethische Herausforderungen für die Medienpädagogik in der digitalisierten Netzwerkgesellschaft. In: Brüggemann, Marion; Knaus, Thomas; Meister, Dorothee (Hrsg.) (2016): Kommunikationskulturen in digitalen Welten. Konzepte und Strategien der Medienpädagogik und Medienbildung. München, 55–81.
- D21 2016 = Initiative D21 e.V. (Hrsg.) (2016): D21-Digital-Index 2016. Jährliches Lagebild zur digitalen Gesellschaft. Berlin: D21. URL: <http://initiatived21.de/app/uploads/2017/01/studie-d21-digital-index-2016.pdf>
- DBK 2016 = Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) (2016): Medienbildung und Teilhabegerechtigkeit. Impulse der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz zu den Herausforderungen der Digitalisierung (Arbeitshilfen, Nr. 288). Bonn 2016. URL: <http://www.dbk-shop.de/de/deutsche-bischofskonferenz/arbeitshilfen/medienbildung-teilhabe-gerechtigkeit.html>
- DIVI (2015): U9-Studie. Kinder in der digitalen Welt. Hamburg: Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet. URL: <https://www.divi.de/wp-content/uploads/2015/06/U9-Studie-DIVI-web.pdf>
- Döbeli Honegger, Beat (2016): Mehr als 0 und 1. Schule in einer digitalisierten Welt, Bern.
- Gesellschaft für Informatik (Hrsg.) (2016): Dagstuhl-Erklärung „Bildung in der digitalen vernetzten Welt“. Berlin: GI. URL: https://gi.de/fileadmin/GI/Hauptseite/Themen/Dagstuhl-Erklärung_2016-03-23.pdf
- KMK 2016 = Sekretariat der Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2016): Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“. Berlin: KMK. URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2016/Bildung_digitale_Welt_Webversion.pdf
- KMK (o.J.) = Kultusministerkonferenz (o.J.): Demokratieerziehung. URL: <https://www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/weitere-unterrichtsinhalte/demokratieerziehung.html>
- mpfs – Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.) (2017): JIM-Studie 2017. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart: mpfs. URL: https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2017/JIM_2017.pdf
- Schrey, Dominik (2017): Analoge Nostalgie in der digitalen Medienkultur. Berlin: Kulturverlag Kadmos.
- Spiewak, Martin (2017): Wieso darf der Bund nicht über die Bildung bestimmen? In: Die Zeit 36/2017. URL: <http://www.zeit.de/2017/36/bildungspolitik-bund-laender-rechte>
- Stalder, Felix (2016): Kultur der Digitalität (Edition Suhrkamp, 2679). Berlin: Suhrkamp.



von der Wert- und Medienkompetenz der Nutzerinnen und Nutzer abhängt.“ (Büsch & Schreiber 2016, 65) Insofern ist Medienbildung immer auch – angesichts von Cybermobbing, Hate Speech etc. dringend notwendige – Wertebildung! Und diese ist wiederum eine notwendige Grundlage, um der drohenden gesellschaftlichen Spaltung durch die Digitalisierung entgegenzuwirken.

Diese Aufgabe ist allen Akteuren rund um das Handlungsfeld Schule aufgegeben, also SuS und Lehrern, Eltern und Schulverwaltung, Schulträgern und Bildungspolitikern und nicht zuletzt den Bildungsforschern. Es wäre sehr zu wünschen, wenn den mittlerweile durchaus vorhandenen Konzeptionen und Überlegungen zur künftigen Ausgestaltung von Schule angesichts der Digitalisierung mehr und nachhaltige Umsetzungen folgen würden.

Fazit

- Die schulische Beschäftigung mit Digitalisierung ist einerseits aus Sicht der Informatik, andererseits aus Sicht der Medienbildung voranzutreiben. Denn es geht vor allem darum, eine kritisch-konstruktive Haltung zum Umgang mit Phänomenen der Digitalisierung im Allgemeinen und digitalen Medien im Besonderen auszubilden – als eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung einer digitalen Souveränität.

KURZBIOGRAPHIE

Andreas Büsch (*1963), Diplom-Theologe, Diplom-Pädagoge; seit WS 2000/1 Professor für Medienpädagogik und Kommunikationswissenschaft im Fachbereich Soziale Arbeit an der Katholischen Hochschule Mainz und seit 2012 Leiter der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz an der KH Mainz; von 2006–2016 u. a. Berater der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz; Mitautor von „Virtualität und Inszenierung. Unterwegs in der digitalen Mediengesellschaft (2011) und „Medienbildung und Teilhabegerechtigkeit. Impulse der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz zu den Herausforderungen der Digitalisierung“ (2016); von 2013–2016 Mitherausgeber der *Communicatio Socialis*; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Medienkompetenz-Vermittlung und Medienbildung, Mediensozialisation von Kindern und Jugendlichen, Jugendmedienschutz Kirche und (mediale) Kommunikation, Mediengestützte Beratung.

- Im Mittelpunkt aller Überlegungen muss der Mensch stehen. Denn es geht nicht primär um Ökonomie und Employability für die IT-Wirtschaft oder Industrie 4.0, sondern um die Partizipation aller an der Gesellschaft – unter den Bedingungen der Digitalisierung.
- Bezogen auf Schule bedarf es nicht primär der Ausstattung, sondern vor allem der Freiheit, kreativ und innovativ mit Medien zu arbeiten. Die Geräte sind nicht die Lösung, sondern wir brauchen das Bewusstsein der Lehrenden (i. S. einer kritisch-kreativen Haltung und eines entsprechenden Nutzungsinteresses).
- Auch wenn hinsichtlich der Lehrerbildung noch viel zu tun ist, um Medienbildung verbindlich darin zu verankern, kann es für den

schulischen Kontext nicht um eine Frontstellung Lehrer – Schüler, z. B. in Form des unsinnigen Dualismus von Digital Natives und Immigrants gehen (vgl. Büsch 2017a, S. 62–64). Die Frage, wer von wem lernt, ist letztlich obsolet; gefragt sind partizipative Formen des miteinander Lernens.

- Denn digitale Bildung erschöpft sich nicht in utilitaristischen Überlegungen, sondern es geht um die Partizipation aller an den Entwicklungen, die unser Zusammenleben und unsere Gesellschaft fundamental betreffen. Und das ist nicht mehr und nicht weniger als die Frage nach der Gestaltung unseres Gemeinwesens und wie wir zukünftig miteinander leben, lernen und arbeiten wollen.



Digitalisierung menschlich gestalten

Unternehmerische Verantwortung in Zeiten von Big Data



Die Digitalisierung bringt viele Vor- und Nachteile mit sich. Sie ist aber keine Naturgewalt, die wir erdulden müssen, wenn wir nicht abgehängt werden wollen. Stattdessen gilt es, sie lebensdienlich zu gestalten. Dies betrifft viele gesellschaftliche Bereiche, die von der Digitalisierung beeinflusst werden, etwa Bildung, Gesundheit oder Arbeit. Aus unternehmerischer Perspektive untersucht dieser Artikel einige Kritikpunkte und gibt Empfehlungen zum kritischen und lebensdienlichen Umgang mit Digitalisierung.



Thorsten Busch



Tobias Karcher

Silicon Valley hat seine Unschuld verloren

Es war einmal, vor gar nicht allzu langer Zeit, da war Silicon Valley *everybody's darling*: Konsumenten rissen den großen Internet-Konzernen die Produkte aus den Händen, Politiker aller Couleur umgarnten die *Big Four* (Amazon, Apple, Facebook und Google), und andere Branchen versuchten mit aller Kraft, die Strategien der zukunftssträchtigen Internet-Firmen zu imitieren – von den vielen *start-ups*, die das neue Google werden wollen, ganz zu schweigen. Im letzten Jahr hat sich die öffentliche Meinung jedoch massiv gewandelt. Zwar ist das Stichwort „Digitalisierung“ nach wie vor in aller Munde, doch die Schlagzeilen sind mittlerweile überwiegend negativ. So erklärte etwa der britische Guardian Ende 2016, dass Facebook zum „bad guy“ geworden sei (Solon 2016), und die New York Times titelte kürzlich wenig schmeichelhaft „Silicon Valley is not your friend“ (Cohen 2017), um dann sogleich noch moralisierend zu fragen: „How evil is tech?“ (Brooks 2017). Was also ist im letzten Jahr passiert?

Um diesen Stimmungsumschwung nachvollziehen zu können, hilft ein kleiner Blick in die Internet-Geschichte

der letzten 20 Jahre: In den 90er Jahren dominierten die Cyber-Utopisten den Internet-Diskurs. John Perry Barlows berühmte „Declaration of the Independence of Cyberspace“ proklamierte beispielsweise, dass mit dem Internet eine ganz neue Zeit angebrochen sei, in der die konservativen, einengenden Konventionen unserer Gesellschaft der Vergangenheit angehören (Barlow 1996). Ähnlich dachten viele Business-Utopisten der späten 90er Jahre, die ganz neue Geschäftsmodelle etablierten und den traditionellen Branchen damit einen gehörigen Schrecken einjagten. Amazon, eBay, Google und Napster sind Beispiele für diese frühen Internet-Firmen, die sich zum Teil selbst einen moralischen Anstrich gaben und ihr revolutionäres Geschäftsgebaren mit moralischen Werten aufluden. Googles Motto „Don't be evil“ sticht in diesem Kontext sicher besonders hervor.

Die Tatsache, dass es sich dabei mittlerweile um Googles Ex-Motto handelt, kommt allerdings nicht von ungefähr, denn die disruptiven *start-ups* der späten 90er und frühen 2000er Jahre sind mittlerweile zu börsennotierten Monopol-Unternehmen ge-

wachsen und gehören mithin zum *establishment*. Die Positiv-Schlagzeilen, die Facebook und Twitter noch vor weniger als zehn Jahren bescheinigten, in Ländern wie Ägypten zur Demokratisierung beizutragen, sind mittlerweile der Ernüchterung darüber gewichen, dass die Kultur des Silicon Valley viele hartnäckige Probleme mit sich gebracht hat, die einfach nicht verschwinden wollen. Dazu gehören Diversität und Minderheitenschutz, Sexismus, permanente Überwachung von Internet-Nutzern und Mitarbeitenden in vielen Firmen, fragwürdige Arbeits- und Werbepraktiken, Online-Hetze samt *filter bubbles* und *fake news*, die zunehmende Einschränkung von Grundrechten sowie Komplizenschaft mit menschenrechtsverachtenden Regimen und dergleichen mehr. Technologie-Unternehmen können sich daher heute nicht mehr glaubhaft auf die „Californian Ideology“ (Barbrook/Cameron 1996) berufen, die stets damit kokettierte, dass sich Hippie- und Yuppie-Ideale problemlos zu einer Business-Strategie verschmelzen lassen, an deren Ende automatisch eine bessere Welt steht. Stattdessen werden

sie mittlerweile nach Washington zielt, um sich in politischen Anhörungen dafür zu rechtfertigen, dass sie zu wenig gegen die vermeintliche Einmischung Russlands in die US-Präsidentenwahl 2016 getan hätten.



Die Öffentlichkeit begegnet den Internetkonzernen heute eher mit Ernüchterung und Unzufriedenheit

An dieser Entwicklung lässt sich ablesen, dass Silicon Valley seine vermeintliche Unschuld verloren hat und in einer hoch komplexen, politischen

und emotionalen Realität angekommen ist. Zunehmender Widerstand in Politik und Öffentlichkeit mag sich im letzten Jahr an russischer Wahl-Einmischung entzündet haben, aber er ist auch Ausdruck jahrelanger Unzufriedenheit mit den großen Internet-Firmen, deren willkürlichen Entscheidungen sich Konsumenten, Bürger und Politik seit Langem täglich ausgesetzt sehen, ohne irgendeine Form von Mitspracherecht zu haben. Diese Unzufriedenheit hat viel zu tun mit grundlegenden ethischen Fragen, die von der Digitalisierung aufgeworfen werden, und einige davon werden wir in diesem kurzen Artikel vorstellen.

Ethische Herausforderungen durch die Digitalisierung

Wenn in den Medien von Digitalisierung die Rede ist, klingt es meist so, als käme eine Naturgewalt über uns, der wir uns möglichst rasch anpassen müssten, um nicht in irgendeiner Form ins Hintertreffen zu geraten. Unternehmen, Bürger und Politik fühlen sich daher unter Druck gesetzt, rechtzeitig für die vermeintlich unausweichliche Zukunft zu werden, wenn sie nicht gravierende Nachteile in Kauf nehmen wollen, sei es in puncto Wettbewerbsfähigkeit, Bildung oder Standortpolitik. Dabei ist Digitalisierung, ganz im Gegensatz zu dieser landläufigen Auffassung, eine gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe, und zu gestalten gilt es allerlei: von Diversität über Hetze bis hin zu Überwachung und der Zukunft der Arbeit.

Online-Hetze, Rassismus und Sexismus
So hat die Technologie-Industrie beispielsweise nach wie vor ein Diversitäts-Defizit, denn Software-Produkte werden größtenteils immer noch von wohlhabenden weißen Männern für wohlhabende weiße Männer produziert, und finanziert wird das Ganze zumeist von *venture capitalists*, die – wenig überraschend – ebenfalls größtenteils weiße Männer sind. Das hat

Konsequenzen für die Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft in Technologie-Firmen, in denen Frauen und Minderheiten immer noch deutlich unterrepräsentiert sind, obwohl beispielsweise Intel 300 Millionen US-Dollar in eine große Diversitäts-Kampagne investiert. Es hat aber auch Konsequenzen für das Produkt-Design. So brauchen die großen sozialen Netzwerke beispielsweise viele Jahre, um sich Problemen wie Online-Hetze, Rassismus und Sexismus zu stellen, indem sie erst nach langem Zögern bessere Filtermöglichkeiten für ihre Nutzer einführen, damit diese sich vor Online-



Wohlhabende weiße Männer kennen die Drohungen und Online-Hetze nicht, denen Frauen und Minderheiten häufig ausgesetzt sind

Mobs schützen können. Dieses Zögern liegt unter anderem daran, dass Software-Designer meist unbewusst davon ausgehen, dass ihre Produkte von Menschen genutzt werden, die ihnen selbst ähneln. Wenn man als wohlhabender weißer Mann noch nie den Drohungen einer Online-Hass-Kampagne ausge-

setzt war, wie es viele Frauen und Minderheiten leider täglich sind, dann fehlt es unter Umständen an Empathie dafür, wie gravierend die psychischen Schäden sind, die dadurch entstehen können. Mittlerweile haben Facebook und Twitter zumindest teilweise Abhilfe geschaffen, indem sie ihren Nutzern bessere Filter anbieten und Inhalte stärker kontrollieren und moderieren – was wiederum ganz eigene ethische Herausforderungen mit sich bringt, da von manchen Nutzer-Gruppen häufig Kritik an Werte-Imperialismus und vermeintlicher Zensur laut wird. Es ist daher für Technologie-Unternehmen nicht einfach, sich in diesen Wertekonflikten in reflektierter Weise zu positionieren. Unstrittig ist aber, dass sie zunehmend Position beziehen müssen, denn wer ethisch fragwürdiges Verhalten auf seiner Internet-Plattform ignoriert, unterstützt schweigend die Täter.

Kundenprofile und Diskriminierung

Ähnliche Probleme werden zunehmend aufgeworfen durch künstliche Intelligenz (KI) und *machine learning*. Auch hier stellt sich die Frage, ob verdeckte Diskriminierung stattfindet, die manche Gruppen benachteiligt. Es lassen sich in Zukunft immer mehr Datensätze über Individuen zu einem Gesamtbild verknüpfen, sodass beispielsweise Versicherungen aus verschiedensten Datenquellen Profile über potenzielle Kunden bilden und von Algorithmen daraufhin überprüfen lassen können, ob jemand eine Versicherung bekommen sollte oder nicht. Einerseits kann man nun argumentieren, dass dies möglicherweise gerechter sein könnte als die bisherigen Risikomodelle von Versicherern, die mit Erfahrungswerten und historischen Durchschnittswerten arbeiten. Demgegenüber wäre ein System, das auf vermeintlich harten Fakten über das Verhalten einzelner Menschen basiert, sicher realistischer. Allerdings ginge dies einher mit massiven Eingriffen in die Privatsphäre von Kunden. Darüber hinaus sind die da-



tenbasierten Modelle, mit denen Algorithmen voraussagen sollen, ob jemand versicherungswürdig ist, oftmals *black boxes* (Pasquale 2015): Das heißt, Kunden wird aufgrund einer algorithmischen Entscheidung möglicherweise eine Versicherung verwehrt, aber wie genau die Risiko-Abschätzung zustande kommt, aufgrund derer sie abgelehnt werden, ist völlig intransparent. In der EU sollen solche Fälle zukünftig verboten sein. In den USA tragen dagegen intransparente Algorithmen bereits heute zu vielen Entscheidungen bei, sei es bei Rekrutierungsentscheidungen von Firmen, beim *predictive policing*, also der Entscheidung, auf welche Stadtteile die Polizei sich bei ihren Kontrollen konzentrieren soll, oder gar bei richterlichen Entscheidungen zur vorzeitigen Haftentlassung aufgrund von Prognosen, welche Häftlinge die höchste Rückfallquote haben werden. In all diesen Fällen treffen Menschen Entscheidungen im Vertrauen darauf, von vermeintlich objektiven Algorithmen bestmöglich beraten zu werden. Aber trotzdem findet weiterhin unter anderem rassistische Diskriminierung statt (Pro Publica 2016).

Gläserne Mitarbeiter und Überwachung

Als drittes und letztes Beispiel für ethische Herausforderungen ist die Zukunft unserer Arbeitswelt besonders interessant. So stellt sich einerseits die ganz grundsätzliche Frage nach der Zukunft von Lohnarbeit in einer Zeit umfassenden technologischen Wandels. Wenn zukünftig immer mehr Arbeit besser von Maschinen als von Menschen erledigt werden kann, gleichzeitig aber alle unsere sozialen Sicherungssysteme auf Lohnarbeit basieren, braucht es dann neue Formen der Existenz-Sicherung, wie etwa ein bedingungsloses Grundeinkommen? Oder wird sich unsere Arbeitswelt zum Positiven wandeln, und minderwertige Jobs werden durch bessere ersetzt? In Unternehmen wiederum stellen sich andere ethische Fragen. So wird zum Beispiel der glä-

serne Mitarbeiter nach und nach Realität. In London beklagten sich etwa kürzlich Barkley's-Mitarbeiter darüber, dass sie in ihren Büros ausspioniert würden, da man ihnen Geräte unter die Schreibtische montiert hatte, die überprüften, wieviele Mitarbeiter im Büro anwesend waren. Während Barkley's argumentierte, dass Büro-Mieten in der City of London exorbitant hoch seien und man somit alle Sparpotenziale nützen müsse, wenn Büros leer stünden, sorgten sich die Banker um ihre Privatsphäre. An eine derartige Überwachung dürften sich die Mitarbeitenden von Call-Centern, die Fahrer von Logistik-Dienstleistern sowie die Lager-Arbeiter in Amazons Warenhäusern bereits widerwillig gewöhnt haben. Während diese Art von Überwachung bisher nur im Falle relativ unqualifizierter Arbeit genutzt und kaum öffentlich diskutiert wurde, trifft sie mittlerweile auch hochqualifizierte Jobs – und somit schafft es das Thema auch vermehrt in die Mainstream-Medien.

Noch einen Schritt weiter geht ein schwedisches *start-up*, das einen Chip entwickelt hat, den Mitarbeiter in ih-

ren Daumen implantieren lassen können. Dieser Chip ersetzt gleichzeitig den Büroschlüssel, die Kopierkarte und die Cafeteria-Karte. Einerseits ist dies sicher ausgesprochen *convenient*; andererseits erlaubt es potenziell die Überwachung von Mitarbeitern bis ins kleinste Detail. Kürzlich stellte eine Firma in Wisconsin (USA) ihre Mitarbeitenden vor die Wahl, ob sie sich diesen Chip implantieren lassen wollten, und etwa die Hälfte der Belegschaft willigte ein (Astor 2017). Angenommen, die Akzeptanz bei Mitarbeitenden in Deutschland sei wider Erwarten ähnlich hoch, so darf man doch gespannt sein, wie sicher solche Systeme langfristig sind, denn die stetige Zunahme von Computer-Angriffen auf Firmen-Netzwerke dürfte auch vor solchen Anwendungen nicht Halt machen. Neben Fragen nach der Privatsphäre, Autonomie und Würde von Mitarbeitenden stellt sich damit auch die Frage nach Sicherheit in einer Zeit, in der sich nicht nur legitime Unternehmen gute Geschäfte von Daten versprechen, sondern auch technisch versierte Kriminelle aller Couleur.

Technologie ist weder wertneutral noch unpolitisch

Anhand dieser kurzen Beispiele wird deutlich, dass Technologie nicht moralisch neutral ist. Stattdessen wird jede Technologie geprägt von den Werten ihrer Macher und Financiers. Ebenso wenig ist Technologie unpolitisch. Im Gegenteil, sie zwingt uns auf drei Ebenen in politische Diskussionen:

- Auf der Mikro-Ebene der Bürger müssen wir aushandeln, wie wir im zwischenmenschlichen Bereich miteinander umgehen wollen. Netzwerk-Effekte haben hier eine starke Wirkung: Je mehr Menschen beispielsweise Facebook verwenden, desto größer ist der Nutzen für den Einzelnen, ebenso Facebook zu nutzen – allerdings geht dies auch einher mit Gruppenzwang, dem man

sich immer schwerer entziehen kann.

- Ähnlich ist es auf der Meso-Ebene, also in Unternehmen und Organisationen: Je mehr Mitarbeitende sich einen Chip in den Daumen implantieren lassen, desto höher der Druck auf den Einzelnen, diesem Beispiel zu folgen.
- Und schließlich gilt dies auch für die Makro-Ebene der Politik: Welches Land will schon gern technologische Trends verschlafen und vom globalen Fortschritt abgehängt werden?

Digitale Daten sind also ambivalent: Sie bergen einerseits viel Potenzial für zukunftsfähige Lösungen; es tun sich andererseits aber auch neue *digital di-*



vides auf: Wer hat zukünftig Zugriff auf welche Daten, und wer nicht?

- So argumentieren beispielsweise Advokaten von *open data*, dass sich in der Gesundheitspolitik bessere Entscheidungen durch breiter abgestützte Daten treffen ließen.
- Andererseits birgt der Umgang mit sensiblen Daten aber auch viele politische Risiken und ethische Konflikte. So liefern viele IT-Firmen aus westlichen Demokratien beispielsweise Überwachungs-Technologien in Staaten mit fragwürdigen Menschenrechts-Praktiken. Und nicht erst seit den Enthüllungen von Edward Snowden ist klar, dass auch demokratische Staaten ihre Bürger massiv überwachen.

Zunehmend werden große IT-Unternehmen wie etwa Google selbst zu politischen Akteuren, und es ist noch nicht abzusehen, wohin deren *surveillance capitalism* (Zuboff 2015) führen und was das stets zunehmende Sammeln von Daten durch private Unternehmen für die informationelle Selbstbestimmung der Bürger bedeuten wird.

Wenn Technologie also politisch ist, so scheint es zumindest in demokratischen Staaten naheliegend, sich darauf zu verlassen, dass die Politik adäquate Lösungen finden wird. Die bald in Kraft tretende Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (General Data Protection Regulation,



Das Recht eilt technologischen Entwicklungen häufig hinterher, kann sie aber kaum vorausschauend regulieren

kurz: GDPR) beispielsweise bietet eine weitreichende Regelfülle, um die Privatsphäre der Bürger Europas besser zu schützen. Nur: Zwar deckt die GDPR allerlei problematische Praktiken ab, aber sie kann natürlich nicht jede ethische Herausforderungen präventiv regeln. Dies liegt unter anderem daran, dass das Recht grundsätzlich eher reaktiv ist – das heißt, es eilt technologischen Entwicklungen häufig hinterher, anstatt sie vorhersehen und regulieren zu können. Aus diesem Grund ist es sicher notwendig, über politische Regulierung vieler Technik-Bereiche zu diskutieren, denn wenn Technologie politisch ist, sollte sie auch demokratisch kontrolliert werden. Gleichzeitig ist dies jedoch nicht hinreichend, denn große Internet-Firmen sind bekannt dafür, internationale Regulierungslücken zu ihrem Vorteil zu nutzen – etwa in der Steuerpolitik, wie der Fall von Apple in Irland zeigt. Neben der Politik tragen daher gerade auch IT-Unternehmen in ihrer Rolle als *corporate citizens* sowie Konsumenten in ihrer Rolle als mündige Bürger eine wichtige Verantwortung für den fairen Umgang mit digitalen Daten.

An welchen Maßstäben sollen sich Internet-Firmen orientieren?

Die oben dargestellte öffentliche Verärgerung über IT-Firmen aus dem Silicon Valley zeigt, dass Unternehmen ihre Geschäfte nicht in einem moralischen Vakuum machen. Zusammen mit der zunehmenden Politisierung von Daten ergibt sich daraus, dass IT-Unternehmen in Zukunft stärker auf ihre Anspruchsgruppen zugehen und mit diesen in Dialog treten sollten. Woher sollen IT-Firmen nun wissen, wie sie verantwortungsbewusst mit der Digita-

lisierung umgehen können? Ein kurzer Überblick zeigt im Folgenden, dass es bereits eine große Menge an Deklarationen, Richtlinien und internationalen Normen gibt, an denen sich Unternehmen orientieren können.

- So gibt es zunächst einmal bereits zahlreiche nationale und internationale Industrie-Standards, die verantwortungsvolles Unternehmertum in unterschiedlicher Weise kodifizieren. Dazu gehören in-

ternationale Menschenrechts- und Arbeitsnormen, Richtlinien und Standards wie etwa die ISO-Norm 26000, sowie freiwillige Initiativen wie der *United Nations Global Compact*, der einen Katalog von zehn fairen Geschäftspraktiken definiert, zu denen sich die Mitglieder dieses Unternehmens-Netzwerks öffentlich bekennen.

- Auch von kirchlicher Seite gibt es Orientierung, so etwa die Botschaft „Zum Unternehmer berufen“ des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden (2011). Darin werden Unternehmer unter anderem dazu aufgerufen, nicht Eigeninteresse und finanziellem Erfolg zu fröhnen, sondern beispielhaft zu handeln mit Blick auf Ökologie und ethische Überzeugungen. In ähnlicher Weise argumentiert die päpstliche Enzyklika „Laudato Si“ (2015). Sie kritisiert Technokratie und Gewinnmaximierung und ruft Unternehmer stattdessen dazu auf, sinnvolle Ziele zu verfolgen, die unter anderem dabei helfen sollen, komplexe sozio-ökologische Krisen zu überwinden.

Allen diesen Ansätzen ist gemein, dass sie die Förderung von Grundrechten und Grundfreiheiten wie Menschenwürde und Selbstbestimmung als elementar ansehen und Werte wie Gerechtigkeit, Fairness, Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität zu fördern suchen.

- Neben diesen Empfehlungen ist es notwendig, dass IT-Unternehmen den intensiven Dialog mit ihren Anspruchsgruppen suchen und ihre Strategien davon abhängig machen, ob sie sich im Stakeholder-Dialog als legitim erweisen (Ulrich 2016). Multi-Stakeholder-Initiativen sind dafür ein probates Mittel, das in der Praxis bereits weit verbreitet ist. So widmet sich beispielsweise die Global Network Initiative (GNI) als Netzwerk von Unternehmen, Investoren, Akademikern und

Nichtregierungsorganisationen der Frage, wie Internet-Firmen die Meinungsfreiheit und Privatsphäre ihrer Kunden schützen können.

- Auch zu Zukunfts-Themen wie künstlicher Intelligenz gibt es bereits Konsultationen zwischen verschiedensten Anspruchsgruppen, so etwa die „Montréal Declaration for a Responsible Development of Artificial Intelligence“ (2018).

Die guten Seiten der Digitalisierung

Der österreichische Datenforscher Viktor Mayer-Schönberger (2017) beschreibt „Big Data“ grundsätzlich als eine positive Revolution, denn große Datenmengen könnten uns Menschen helfen, viele gesellschaftliche Prozesse besser zu organisieren und zu entscheiden. Menschen müssen jeden Tag zahlreiche Entscheidungen treffen, und die Frage lautet: Können große Datenmengen in bestimmten Bereichen zu besseren Entscheidungen führen? So hat IBM beispielsweise ein System entwickelt, welches Hautkrebs anhand von Fotos besser erkennen kann als der durchschnittliche Dermatologe. Google ist grundsätzlich in der Lage, die Verbreitung der Grippe in Echtzeit aus Suchanfragen zu ermitteln, obwohl dies in der Vergangenheit nicht immer problemlos funktioniert hat. Damit ist der Konzern aber immer noch schneller als die US-Gesundheitsbehörde, die das nur für 14 Tage rückwirkend kann. Selbstfahrende Autos werden nur ein Siebtel der Unfälle verursachen, die von Menschen verursacht werden. Und auch im Bereich der Vorhersage von Inflationsraten gibt es solche Entwicklungen. Dies hilft den politischen Entscheidungsträgern, schneller korrigierend einzugreifen.

Führende Mediengesellschaften und IT-Unternehmen haben sich im November 2017 zum „Trust Project“ zusammengeschlossen – einem internationalen Konsortium mit dem Ziel, verlässlichere und glaubwürdigere In-

Alle diese Initiativen verweisen damit auf die Notwendigkeit, Informationstechnologien als gesellschaftlich eingebettet zu verstehen, und im Dialog mit allen Anspruchsgruppen auf eine digitale Nachhaltigkeit hinzuarbeiten. In diesem Kontext gibt es bereits einige positive Entwicklungen, wie der nächste Abschnitt zeigt.

formationen im Internet anzubieten (Markkula Center for Applied Ethics 2017). Dadurch wollen sie dem Vertrauensverlust entgegenwirken, der im letzten Jahr durch die Fake-News-Debatte entstanden ist. Daher wurde ein Set von Transparenz-Standards defi-



Mit Transparenz-Standards versuchen Medien- und IT-Unternehmen, Vertrauensverlust entgegenzuwirken

niert, das den Nutzern helfen soll, die Qualität und Verlässlichkeit von journalistischen Beiträgen zu überprüfen und besser einzuschätzen. Diese „trust indicators“ beinhalten unter anderem Informationen zur Agentur, zum Autor,

Fazit: Digitalisierung menschlich gestalten

Dass die Digitalisierung aus unternehmensethischer Sicht sowohl Vor- als auch Nachteile mit sich bringt, haben wir in aller Kürze zu zeigen versucht. Trotz der im vorigen Abschnitt dargestellten positiven Entwicklungen bleiben zahlreiche Herausforderungen auf absehbare Zeit bestehen.

Ausweitung des Datenzugangs durch Datensteuer

Im neuen „Datenkapitalismus“, der laut Mayer-Schönberger dem Finanzkapitalismus folgen wird, liegt die größ-

zur Art des Beitrages (Meinung, Analyse, Werbung), zu Quellenangaben, Methoden und Herkunft. Solche Indikatoren werden auf Webseiten dargestellt und haben auch einen Einfluss darauf, welche Informationen von Empfehlungs-Algorithmen an erster Stelle gelistet werden. Bing und Twitter haben bereits zugestimmt, diese Indikatoren zukünftig zu verwenden.

Eine neue „Partnership on AI to Benefit People and Society“ bringt die großen IT-Unternehmen wie Amazon, Facebook, Google und Apple zusammen mit akademischen und Forschungseinrichtungen, um ethische Fragestellungen zu bearbeiten, die sich durch die Anwendung von künstlicher Intelligenz (KI) in den Bereichen Gesundheit, Transport, Bildung und Wissenschaft ergeben. Folgende Aspekte stehen zu Beginn im Vordergrund: Sicherheit, Fairness, Transparenz und Verantwortlichkeit; Zusammenarbeit zwischen Menschen und KI-Systemen; KI im Kontext von Arbeit und Wirtschaft; soziale und gesellschaftliche Einflüsse von KI; KI und Gemeinwohl. Im Oktober 2017 fand in Berlin ein erstes Treffen der Partnerorganisationen statt, um eine Zusammenarbeit zu den oben definierten Aufgaben zu beginnen, und man darf gespannt sein auf die langfristigen Ergebnisse.

te Herausforderung darin, wie wir Daten frei zugänglich und für alle nutzbar machen. In datenreichen Märkten werden die großen „Datenkraken“ wie Amazon, Apple, Facebook und Google immer reicher und grösser, wie sich an den explodierenden Gewinnen der letzten Jahre ablesen lässt. Dies ist möglich, weil diese Konzerne von ihren massiven Datenmengen ständig lernen und ihre Erkenntnisse privatisieren. Innovation bedeutet daher schon heute nicht mehr, lediglich gute Ideen zu haben, sondern aus Daten zu ler-

nen. Weil nur wenige Firmen auf große Daten-Schätze zugreifen können, führt dies aber leider oftmals zu einer hohen Marktkonzentration. Aus diesem Grund fordert Mayer-Schönberger eine progressive Datensteuer. Eine Steuer also, die in Daten gezahlt wird, damit nicht nur die ganz großen Digitalunternehmen, sondern auch kleine Unternehmen davon lernen können. Dies hat auch für die großen Unternehmen Vorteile: Sie können die Daten trotzdem weiterhin nutzen, auch wenn sie anderen teilweise Zugang gewähren müssen.

Digitalisierung demokratisch und inklusiv gestalten

Auch wenn es also so aussieht, als käme die Digitalisierung wie eine Naturgewalt über uns: Es gibt nur eine Welt,

ob nun digital vermittelt oder nicht, und die muss gestaltet werden – am besten möglichst demokratisch und legitim. Dabei spielen verschiedene Ebenen eine jeweils wichtige Rolle: der Schutz legitimer Ansprüche von Internet-Nutzern (Mikro-Ebene), intensiver Stakeholder-Dialog durch IT-Unternehmen (Meso-Ebene), sowie verstärkte politische Teilhaberechte aller Bürger, sowohl national als auch international (Makro-Ebene). Soll die Digitalisierung tatsächlich allen Menschen nützen, wird in den nächsten Jahren auf diesen drei Ebenen intensiv über Integrität und Inklusion zu diskutieren sein – international, intergenerationell, interkulturell sowie mit Respekt für soziale Klasse, Geschlecht, ethnische Herkunft, Glauben sowie die moralischen Werte aller Beteiligten.

Digitale Daten kritisch hinterfragen

Dafür braucht es zunächst einmal sicher mehr *critical data literacy* auf allen Ebenen. Das heißt, Programmierer, Konsumenten, Politiker und alle anderen Stakeholder müssen in die Lage versetzt werden, Daten und Software im Allgemeinen kritisch zu hinterfragen. Wird eine App beispielsweise von einem multikulturellen Team gestaltet, wodurch sich blinde Flecken beim Thema Diversität vermeiden lassen, die einige Nutzer gefährden könnten? Sind die Algorithmen, die wir dazu trainieren, wichtige gesellschaftliche und unternehmerische Aufgaben zu übernehmen, transparent in ihrer Entscheidungsfindung? Haben wir die Möglichkeit, in irgendeiner Form Widerspruch einzulegen gegen algorithmische Entscheidungen, und wie ge-

LITERATUR

- Astor, M. (2017): Microchip implants for employees? One company says yes. The New York Times, 25. Juli. <https://www.nytimes.com/2017/07/25/technology/microchips-wisconsin-company-employees.html>
- Barbrook, R. & Cameron, A. (1996): The Californian ideology. *Science as Culture*, 6(1): 44–72. <http://www.imaginaryfutures.net/2007/04/17/the-californian-ideology-2/>
- Barlow, J. P. (1996): A declaration of the independence of cyberspace. <https://www.eff.org/cyberspace-independence>
- Boyd, D. & Crawford, K. (2012): Critical questions for Big Data. *Information, Communication and Society*, 15(5): 662–679.
- Brooks, D. (2017): How evil is tech? The New York Times, 20. November. <https://www.nytimes.com/2017/11/20/opinion/how-evil-is-tech.html>
- Cohen, N. (2017): Silicon Valley is not your friend. The New York Times, 13. Oktober. <https://www.nytimes.com/interactive/2017/10/13/opinion/sunday/Silicon-Valley-Is-Not-Your-Friend.html>
- Google (2017): Machine learning and human bias. 25. August, <https://www.youtube.com/watch?v=59bMh59JQDo>
- Markkula Center for Applied Ethics (2017): Trust Project launches indicators. <https://www.scu.edu/ethics/focus-areas/journalism-ethics/programs/the-trust-project/trust-project-launches-indicators/>
- Mayer-Schönberger, V. & Ramge, Th. (2017): Das Digital. Markt, Wertschöpfung und Gerechtigkeit im Datenkapitalismus, Berlin.
- Montréal Declaration (2018): Montréal Declaration for a Responsible Development of Artificial Intelligence. <https://www.montraldeclaration-responsibleai.com>
- O'Neil, C. (2016): Weapons of math destruction. How Big Data increases inequality and threatens democracy, New York.
- Papst Franziskus (2015): Enzyklika „Laudato si“. http://w2.vatican.va/content/dam/francesco/pdf/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_encyclica-laudato-si_ge.pdf
- Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden (2011): Zum Unternehmer berufen. http://www.justitia-et-pax.de/jp/presse-meldungen/archiv/daten/20120918_zum_unternehmer_berufen_schrift.pdf
- Pasquale, F. (2015): The Black Box Society, Cambridge, MA.
- Pro Publica (2016): Machine learning. <https://www.propublica.org/article/machine-bias-risk-assessments-in-criminal-sentencing>
- Solon, O. (2016): 2016: The year Facebook became the bad guy. The Guardian, 12. Dezember. <https://www.theguardian.com/technology/2016/dec/12/facebook-2016-problems-fake-news-censorship>
- Ulrich, P. (2016): Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie. 5. Aufl., Bern/Stuttgart/Wien.
- Zuboff, S. (2015): Big Other: Surveillance capitalism and the prospects of an information civilization. *Journal of Information Technology*, 30(1): 75–89.



nau sollen solche Widerspruchsmöglichkeiten ausgestaltet sein?

Alle Anspruchsgruppen bei der Gestaltung einbinden

Neben dem kritischen Umgang mit Daten braucht es aber, wie wir gezeigt haben, auch eine kritische (Selbst-) Reflexion unternehmerischer Verantwortung im Kontext der Digitalisierung. Grenzenloses Datensammeln ohne aufgeklärtes Einverständnis von Konsumenten und Bürgern ist illegitim und wird auf Dauer nicht auf Akzeptanz stoßen, wie man anhand der zunehmenden Kritik an Silicon Valley bereits jetzt sehen kann. In Zukunft werden die Missbrauchsmöglichkeiten durch technologische Überwachung weiter zunehmen – in der Öffentlichkeit, am

Arbeitsplatz sowie im privaten Umfeld. Daher stellt sich die Frage, ob die Menschen sich den Technologien und Geschäftsmodellen des *surveillance capitalism* (Zuboff 2015) werden unterordnen müssen, oder ob wir neue Technologien lebensdienlich gestalten wollen (Ulrich 2016). Die technischen und gestalterischen Möglichkeiten zu Letzterem haben wir bereits. So gibt es längst Praxis-Ansätze, die versuchen, alle Anspruchsgruppen in den Design-Prozess technischer Lösungen einzubinden, etwa *value-sensitive design*, *participatory design* oder *human-centered design*. Wir können also die Digitalisierung in vielerlei Hinsicht schon heute menschlich gestalten – wir müssen es nur wollen.

KURZBIOGRAPHIE

Dr. Thorsten Busch lehrt und forscht zum Thema digitale Ethik an der Universität St. Gallen (Schweiz) und der Concordia University Montréal (Kanada).

Website: www.iwe.unisg.ch

Twitter: [@DigitalEthics](https://twitter.com/DigitalEthics)

KURZBIOGRAPHIE

Tobias Karcher leitet das Lassalle-Haus sowie das Lassalle-Institut in Bad Schönbrunn (Schweiz). Websites:

www.lassalle-haus.org/

www.lassalle-institut.info/





Digitalisierung als sozialetisches Thema

Seit einem Jahr reflektiert das Zentrum für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft aktuelle Medienentwicklungen aus ethischer Perspektive

zem::dg
zentrum für ethik der medien
und der digitalen gesellschaft

„Hier vernetzen sich drei potente akademische Einrichtungen, mit denen wir in der Hochschul-landschaft ein Zeichen setzen können“, mit diesen Worten formulierte Reinhard Kardinal Marx bei der Eröffnung des Zentrums für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft (zem::dg) im November 2016 die Erwartungen an die Einrichtung. Bereits die Gründung des Zentrums sendete ein Signal an die Gesellschaft, die Wissenslandschaft aber auch an die beteiligten Hochschulen selbst: Mit der Digitalisierung gehen drängende anthropologische, gesellschaftliche und sozialetische Herausforderungen einher. Diese sollen im zem::dg aus einer integralen kommunikationswissenschaftlich-philosophisch-ethischen Perspektive heraus akademisch und praktisch reflektiert und bearbeitet werden. Das Zentrum will so eine Alternative zu einer rein ökonomischen und naturwissenschaftlich-technischen bzw. informatischen Sichtweise der Digitalisierung anbieten, wie sie in Politik, Verwaltung und auch Wissenschaft weit verbreitet ist.

Unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Dieter Altmeppen von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und Prof. Dr. Alexander Filipović von der Hochschule für Philosophie Mün-



chen werden hierzu bestehende Einzelinitiativen gebündelt, bestehende Vernetzungen ausgebaut und neue Forschungsprojekte initiiert und durchgeführt. Als Teil einer umfassenden Zusammenarbeit zwischen der Hochschule für Philosophie München, der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt sowie der Katholischen Stif-tungshochschule München zu den Themenfeldern „Ethik – Kultur – Bildung“ engagiert sich das zem::dg neben seinen Tätigkeiten in der akademischen Forschung vor allem auch in den Bereichen „Öffentliche Debatte“ und „Bildung“. Die Eckpfeiler, auf denen sich seine Handlungsfelder stützen lauten somit: „Forschung“, „Öffentliche Debatte“ und „Bildung“.

Die Vielzahl an Vorträgen, Publikationen sowie fortdauernden und anlaufenden Forschungsprojekten seit Bestehen des Zentrums zeigt sowohl die Bandbreite als auch die Relevanz der

Themenfelder auf, mit denen sich die Kooperationseinrichtung beschäftigt. Hierbei wird die besondere Stärke des zem::dg deutlich: die unterschiedlichen Kompetenzen der Kooperationspartner zusammenzuführen, um so die verschiedenen Fragestellungen und Perspektiven auf eine zeitgemäße Medien- und Digitalisierungsethik aufzugreifen und diskutieren zu können.

Die Bandbreite an Themen, mit denen sich die Vorträge des Zentrums beschäftigen, ist dabei vielseitig: So sprachen die Referentinnen und Referenten im vergangenen Jahr u. a. über Fake News, Social Bots, Künstliche Intelligenz, Algorithmenethik, Bildethik, die Herausforderungen von Echtzeit-Kommunikation, Medienbildung und zur Konstitution moralischer Betriebssysteme für selbstfahrende Autos.

Thema „Hate Speech“

Genauso aktuell und vielseitig wie die Vortragsthemen gestalten sich auch die Forschungsprojekte des Zentrums. So begleitet das zem::dg etwa die neu gegründete zivilgesellschaftliche Vernetzungsstelle gegen Hate Speech „Das Netz“ auf wissenschaftlicher Ebene. „Das Netz“, das operativ und organi-



satorisch durch das betterplace lab in Berlin getragen wird, fördert digitale Zivilcourage und tritt für eine positive Debatten- und Meinungskultur im Internet ein. Um den fachlichen Austausch der Einrichtung zu unterstützen recherchiert das zem::dg aktuelle Forschungsliteratur zum Thema, bereitet diese auf und klärt relevante Begrifflichkeiten und Definitionen.

Neben der wissenschaftlichen Begleitung zum Thema Hate Speech analysierte das zem::dg u. a. die Kommunikationsstrategien der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), erarbeitete medienethische Handreichungen für News-Seiten gemeinsam mit Microsoft und unterstützt die Digital Analytics Association (Germany) bei der Ausarbeitung einer ethischen Selbstverpflichtungserklärung für deren Mitglieder. Zudem begleitet und berät das zem::dg aktuell das Forschungsprojekt „Flucht als Krise“ aus medienethischer Perspektive. Ziel des Projektes ist es, unterschiedliche Strategien von 10- bis 16-Jährigen zur Bewältigung des Themas Flucht in ihren medialen und sozialen Zusammenhängen zu eruieren

Einmischung in gesellschaftliche Debatten

Neben seinen Aktivitäten im Bereich der Forschung versucht das Zentrum jedoch auch – ganz im Sinne seines Auftrags – Fragestellungen der Medien-, Kommunikations- und Digitalisierungsethik weiter in die Öffentlichkeit zu bringen. Regelmäßige Blogposts, ein Newsletter, sowie Aktivitäten auf verschiedenen Social-Media-Kanälen informieren Interessierte über aktuelle Ereignisse und Veranstaltungen. Die Möglichkeit einer vertieften Auseinandersetzung mit aktuellen Themen aus der Digitalisierungs- und Medienethik im kleinen Kreis bieten die Abendveranstaltungen aus der zem::dg-Reihe „Medienethik in der Bibliothek“, die ein bis zweimal im Jahr in der Bibliothek der Hochschule für Philosophie stattfinden. Die Auf-

und Ansatzpunkte für die Stärkung individueller wie gesellschaftlicher Ressourcen zur Bewältigung herauszuarbeiten.

Wichtiges Publikationsorgan des zem::dg ist die medienethische Zeitschrift „Communicatio Socialis“, die seit 2017 vom Nomos-Verlag heraus-

Communicatio Socialis

gegeben wird. Die Reihe, die bereits im 50. Jahrgang erscheint, möchte der Mediatisierung und Digitalisierung gesellschaftlicher Kommunikation und der Rolle des Internets eine ethische Reflexion entgegensetzen und der wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung von Kommunikations- und Medienethik gerecht werden. Dazu gibt sie den steigenden wissenschaftlichen Bemühungen in diesem Feld (Tagungen, Gründungen von Netzwerken und Fachgruppen sowie Einrichtung von Professuren) einen kommunikativen Raum.

taktveranstaltung zur Reihe fand am 12.12.2017 gemeinsam mit der Nahostkorrespondentin des ZDF Dr. Nicola Albrecht sowie der Leiterin der Deutschen Journalistenschule Henriette Löwisch unter dem Titel „Journalismus und Frieden – Aufgaben der Medien in Krieg und Krisen“ statt.

Ein weiterer wichtiger Eckpfeiler neben dem der Forschung und der öffentlichen Debatte ist der Bereich der Bildung. Das Zentrum erarbeitet aktuell in Zusammenarbeit mit dem Kreisbildungswerk Rosenheim e.V. einen Online-Kurs unter dem Titel „Der Mensch im digitalen Zeitalter. Ein Online-Kurs zur digitalen Ethik“. Der Kurs soll einerseits gerade älteren Menschen den Zugang zu digitalen Medien, auch im ganz praktischen Alltagsumgang, er-

leichtern und zugleich für die damit einhergehenden Chancen und Risiken sensibilisieren. Speziell an Studierende richtet sich dagegen das eLearning-Seminar „Medienethik. Themen & Diskurse“, das im Kontext der digitalen Hochschule Bayern entstanden ist und erstmals zum Wintersemester 2017/2018 online ging. Das Seminar entstand in Zusammenarbeit mit den Lehrstühlen für Christliche Publizistik (Prof. Johanna Haberer) und Medienethik (Prof. Dr. Christian Schicha) von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Die erfolgreiche Zusammenarbeit an diesem Projekt wird im Rahmen der Erstellung eines Folgekurses zum Thema „Digitale Ethik“ sowie bei der Initiierung eines gemeinsamen medienethischen Doktorandenkolloquiums (Graduiertenkolloquiums) fortgesetzt.

Wissenschaftlichen Nachwuchs möchte das Zentrum darüber hinaus auch mit einer eigenen Publikationsreihe fördern: In der Reihe zem::dg-papers, herausgegeben von den beiden Leitern des Zentrums, haben Studierende und Nachwuchsforscher die Möglichkeit, kleine Studien und ausgezeichnete Abschlussarbeiten aus dem Bereich der Digitalisierungs- und Medienethik zu veröffentlichen. Unter dem Titel „Beyond the Bubble“ erschien als erster Band der Reihe im Herbst 2017 die Masterarbeit von Jonas Bedford-Strohm.

Susanna Endres, München

INFOBOX

Weitere Informationen zum zem::dg finden Sie auf der Internetseite des Zentrums: www.zemdg.de
Auf Twitter: @zem_dg
Und auf Facebook:
<https://www.facebook.com/zemdg.de>
Kontakt und E-Mail:
Susanna Endres M.A.,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin:
susanna.endres@zemdg.de



Digitaler Wandel und Journalismus

Ingrid Stapf, Marlies Prinzing, Alexander Filipović (Hg.): *Gesellschaft ohne Diskurs? Digitaler Wandel und Journalismus aus medienethischer Perspektive* (= *Kommunikations- und Medienethik*, Bd. 5), Baden-Baden: Nomos 2017 291 S., ISBN 978-3-8487-3644-7.

Medienethik untersucht die sozialen Kommunikationsmittel im Hinblick auf ihren humanen Wert und formuliert dabei normative Handlungs- und Ordnungsanweisungen für die unterschiedlichen Akteure der Mediengesellschaft. Ihr Grundanliegen ist es, Medienschaffenden und Rezipienten in einem komplexen und unübersichtlichen Mediensystem Orientierung zu bieten und ein verantwortliches Handeln zu ermöglichen. Die medienethische Reflexion bezieht sich auf alle Medienarten und reagiert auf die technischen Entwicklungen, die neue Kommunikationsformen für den gesellschaftlichen Diskurs bereitstellen. Durch die stetige Digitalisierung der Medienwelt sind neue Herausforderungen entstanden, die aus einer ethischen Perspektive bearbeitet werden müssen.

Mit Blick auf den Journalismus zählen dazu insbesondere Entwicklungen, wie beispielsweise die Kommerzialisierung der Medien, das Zeitungssterben, Paywalls, die Entertainingisierung, die Sensationalisierung, die Entprofessionalisierung, der Netzjournalismus, das multimediale Storytelling sowie Newsgames. Vor dem Hintergrund dieser neuen Kommunikationsformen und Problemfelder fragt der Sammelband vor allem danach, wie der Journalismus seine zentrale Aufgabe, nämlich Öffentlichkeit herzustellen, durch den medialen Veränderungsprozess in Zukunft angemessen erfüllen kann. Der Journalismus fördert mit seiner Berichterstattung den gesellschaftlichen



Diskurs, wobei vor allem Unabhängigkeit und Qualität als zentrale Kriterien für einen verantwortlichen Journalismus in der Mediengesellschaft zu gelten haben.

Die Publikation enthält Beiträge der Jahrestagung der DGPK-Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik und des Netzwerks Medienethik, die unter dem Titel „Die Zukunft des Journalismus als Thema der Kommunikations- und Medienethik“ im Februar 2015 an der Hochschule für Philosophie München stattfand. Weitere Beiträge, die die zugrunde liegende Problematik medienethisch vertiefen, ergänzen den Band sinnvoll. In vier großen thematischen Blöcken werden die zentralen Herausforderungen, mit denen sich der Journalismus im digitalen Zeitalter zu beschäftigen hat, behandelt.

Im ersten Kapitel steht der Wandel im Journalismus im Zentrum. Die Beiträge konzentrieren sich auf die Frage, inwiefern aus diesen Veränderungen auch eine ethische Neu-Orientierung zu folgen hat.

Zwar bleiben die grundlegenden normativen Maßstäbe im Medienhandeln bestehen, doch gleichzeitig sind die Verantwortlichkeiten zu erweitern, etwa im Hinblick auf Partizipation, Transparenz, Dialogfähigkeit und vor allem Medienkompetenz. Das zweite Kapitel nimmt das Berufsbild von Journalisten_innen in den Fokus und fragt nach Transformationen im beruflichen Selbstverständnis. Exemplarisch kommen im dritten Kapitel zentrale Anwendungsfelder journalistischer Arbeitsweisen im Rahmen des digitalen Wandels und ihre medienethischen Implikationen zur Sprache (z. B. Narration, Storytelling, Krisen- und Kriegsberichterstattung, Medienskandale). Das vierte Kapitel beschreibt system- und professionsethische Aspekte im Journalismus unter den Bedingungen veränderter Medienstrukturen, wobei hier etwa der ökonomische Druck, die redaktionellen Arbeitsbedingungen vor dem Hintergrund der Berichterstattungsfreiheit in der Schweiz sowie die Bedeutung des Pressekodexes im Hinblick auf die Kriminalberichterstattung thematisiert werden. Schließlich rundet ein Beitrag über die Zukunft der journalistischen Arbeit, bei der insbesondere für den Aufbau einer Innovationskultur im Journalismus geworben wird, den Sammelband ab.

Die 16 Beiträge – geschrieben von verdienten und ausgewiesenen Medienethikern_innen bzw. Medienwissenschaftlern_innen (wie z. B. Bernhard Debatin, Beatrice Dernbach, Michael Haller, Gabriele Hooffacker, Marlies Prinzing, Horst Pöttker, Christian Schicha) und innovativ forschenden Nachwuchswissenschaftlern_innen – ergeben mit der Einleitung der Herausgeberinnen (Ingrid Stapf, Marlies Prinzing) und des Herausgebers (Alexander Filipo-



viç) eine instruktive Bestandsaufnahme der journalistischen Tätigkeit in der digitalen Mediengesellschaft. Die Autoren_innen sind durchweg Kommunikations- und Medienwissenschaftler_innen, die an Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten arbeiten. Dies erklärt auch die theoretische Präzision der Beiträge, die sich überdies um einen sinn-

vollen Praxisbezug bemühen. Dennoch wäre es wünschenswert gewesen, wenn mehr Stimmen aus der journalistischen Alltagspraxis mit Beiträgen zu Wort gekommen wären. Insgesamt ist ein informativer Sammelband entstanden, der in die aktuellen journalistischen Problemfelder des digitalen Wandels einführt, sie reflektiert und präzise benennt und diese

in einem größeren medienethischen Kontext einordnet. Wer sich über die Aufgaben und Herausforderungen des Journalismus in der digitalen Mediengesellschaft kompetent informieren möchte, sollte zu diesem Buch greifen.

Thomas Bohrmann, München

Ethik an den Grenzen der Souveränität

Anna Maria Riedl: Ethik an den Grenzen der Souveränität. Christliche Sozialethik im Dialog mit Judith Butler unter Berücksichtigung des Kindeswohlbegriffs (Gesellschaft – Ethik – Religion. Schriften des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften. Neue Folge. Band 8), Paderborn: Ferdinand Schöningh 2017, 272 S., ISBN 978-3-506-78660-9.

Anna Maria Riedls Beschäftigung mit den anerkennungstheoretischen Reflexionen der US-amerikanischen Philosophin und Philologin Judith Butler folgt einem klaren Ziel: Es geht ihr darum, dass die Christliche Sozialethik an aktuellen moralphilosophischen Debatten Anschluss hält. Riedl fügt den verschiedenen bislang schon vorliegenden Beiträgen zur theoretischen Orientierung der Christlichen Sozialethik eine eigene, intensive und zugleich kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit den anerkennungstheoretischen Überlegungen Butlers hinzu. Außerdem geht es Riedl nicht ausschließlich um eine theoretische Profilierung der Christlichen Sozialethik, sondern sie will auch einen relevanten Beitrag zum Kindeswohlthema leisten.

Wenn Riedl sich mit der Anerkennungstheorie Butlers auseinandersetzt, dann fokussiert sie damit gerade nicht auf deren Ausführungen zu Geschlecht Körper und Leiblichkeit. Butlers vermutlich bekanntestes Buch „Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity“ erschien 1990, wurde breit und kontrovers rezipiert. Diese Abhandlung und auch weitere Veröffentlichungen brach-



ten ihr unter anderem in christlich-konservativen Milieus den Vorwurf ein, eine „Gender-Ideologie“ etablieren zu wollen. Denn es gehe ihr letztlich um eine Neutralisierung des biologischen Geschlechts. Allerdings negiert Butler die Dimension der Körperlichkeit keineswegs, vielmehr hebt sie hervor, dass die Rede vom Geschlecht immer schon mit kulturellen Deutungsmustern verwoben ist, es keinen vorsprachlichen und damit keinen vordiskursiven Rückgriff auf den Körper gibt. Eine Verteidigung Butlers in dieser Angelegenheit hält Riedl offensichtlich für nicht notwendig, vielmehr geht es ihr um eine darüber hinaus gehende Beschäftigung mit den moralphilosophischen Überlegungen Butlers. Hier geht diese auf „den Zusammenhang von Subjektwerdung, Macht, Anerkennung und

asymmetrischer Intersubjektivität ein“ (S. 19) und eben diese thematische Öffnung „lässt sie nicht nur für die moral- und sozialphilosophische Grundlegung Christlicher Sozialethik, sondern auch für die Kindeswohlthematik vielversprechend erscheinen“ (S. 19).

Riedl beurteilt die Möglichkeit eines Transfers der anerkennungstheoretischen Überlegungen Butlers in die Christliche Sozialethik also durchaus positiv. Im dritten Kapitel der Studie, die 2016 an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität als Dissertation angenommen und mit der die Verfasserin zur Doktorin der Theologie promoviert wurde, geht es ihr um eine systematische Rekonstruktion der Anerkennungstheorie Butlers. Diese geht davon aus, dass Anerkennungsverhältnissen ein doppelter Charakter innewohnt: Ermöglichung und Unterwerfung des Subjekts. Es wird deutlich, dass sich Butlers Ansatz unverkennbar von anerkennungstheoretischen Arbeiten unterscheidet – Riedl nennt namentlich die Theorien von Charles Taylor und Axel Honneth (die ebenfalls einige markante Differenzen haben). Butler geht es um eine spezifische Form der Subjektwerdung durch anerkennende Akte. Doch es geht nicht nur um eine Darstellung der Entstehung des Ichs, es geht zugleich immer auch um die Darstellung der begrenzten Souveränität des Subjekts.

Für Riedl liegt der Ertrag für die christliche Sozialethik, der aus der Beschäftigung mit den philosophischen Reflexionen Butlers resultiert, darin, dass



diese sich als „Kulturethik“ verstehen könnte: „Sie wäre (de-)konstruktiv und (vernunft-)kritisch – auch mit ihren eigenen Positionen –, sie wäre soziologisch informiert, sie würde Freiheit als Praxis, als praktische Möglichkeit in der Welt begreifen, sie wäre (als Übersetzerin und in Opposition) Teilnehmerin politischer Diskurse und sie wäre in all dem verwiesen auf die offene Frage nach dem Menschlichen.“ (S. 236) Leider wird der Ertrag der Anerkennungstheorie Butlers für die

Kindeswohlthematik von Riedl nur noch in vier knappen Thesen ausformuliert (S. 237–243). Insbesondere für den erziehungswissenschaftlichen Diskurs finden sich hier interessante Ausführungen, die aber nicht mehr das systematisierende Niveau des umfangreichen Hauptteils der Studie erreichen. Es zeigt sich aber nochmals, dass sich die anerkenntnistheoretischen Überlegungen Butlers von den Ansätzen Taylors und Honneths deutlich unterscheiden. Am Ende der Studie

hat Riedl durch ihre instruktive Vorgehensweise und durch die Einbeziehung einer Fülle an Literatur dann hinlänglich deutlich gemacht, „dass das Gespräch mit Butler weder eine Neuerfindung Christlicher Sozialethik bedeutet noch in den Relativismus führt, sondern dass hier großes Potenzial für eine Ethik verantworteter Zeitgenossenschaft liegt“ (S. 246).

Axel Bohmeyer, Berlin



Identität katholischer Krankenhäuser

Marianne Heimbach-Steins, Thomas Schüller, Judith Wolf (Hg.): *Katholische Krankenhäuser – herausgeforderte Identität*, Paderborn u. a.: Schöningh 2017, 309 S., ISBN 978-3-506-78414-8.

Die Frage nach der Identität bzw. dem sich daraus ableitenden Profil katholischer Krankenhäuser ist aufgrund der sich verändernden gesellschaftlichen, strukturellen, finanziellen und personellen Herausforderungen von Gesundheitseinrichtungen in konfessioneller Trägerschaft (weiterhin) aktuell. Im Rahmen einer interdisziplinären, Theorie- und Praxisperspektiven zusammenführenden Kooperation mit wissenschaftlichen und kirchlichen Partnern liegt aus der Reihe „Schriften des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften“ ein Sammelband mit insgesamt 10 Beiträgen vor, der die Frage nach der Identität katholischer Krankenhäuser multiperspektivisch beleuchtet, aktuelle Problemlagen und Veränderungsbedarfe kritisch benennt sowie gleichzeitig Entwicklungsperspektiven konfessioneller Krankenhäuser aufzeigt. Angesichts gesellschaftlicher sowie innerkirchlicher Debatten über die Bedeutung und Zukunftsfähigkeit von Gesundheitseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft greifen die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes damit ein Thema auf, das viele Menschen entweder als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter solcher Einrichtungen oder als



Patienten bzw. Angehörige in direkter Weise betrifft.

Im ersten Teil werden die komplexen strukturellen Bedingungen des Gesundheitssystems anschaulich dargestellt sowie deren Funktionalitäten, Restriktionen und Herausforderungen für katholische Krankenhäuser detailliert analysiert. Ein solches methodisches Vorgehen ist zu begrüßen. Die Frage nach der Identität konfessioneller Gesundheitseinrichtungen muss im gesellschaftlich-systemischen Gesamtkontext beleuchtet werden, in dem sich diese Organisationen bewegen. Dazu zählen gesetzliche Rahmenvorgaben wie zum Beispiel die Krankenhausfinanzierung oder Vorgaben für

das Qualitätsmanagement. In rechtlicher Hinsicht werden Fragen des grundrechtlichen wie krankenhausrrechtlichen Rahmens, in dem katholische Krankenhäuser heute tätig sind, besprochen. In diesem Bereich können sich mitunter Konfliktzonen bilden, in denen ein Widerspruch zwischen staatlichem Recht und den Forderungen des christlichen Glaubens entstehen. Aufgrund der steigenden Zahl von Zusammenschlüssen katholischer Krankenhäuser gewinnen auch kartellrechtliche Fragestellungen zunehmend an Gewicht. Mit dem kirchlichen Arbeitsrecht wird ein weiteres Themenfeld angesprochen, das die herausgeforderte Identität katholischer Krankenhäuser zwischen Ideal und Wirklichkeit kritisch beleuchtet. Mit dem omnipräsenten Thema der Qualität der Patientenversorgung wird eine ebenfalls zentrale Rahmenbedingung für das Krankenhaus in den Blick genommen. In diesem Zusammenhang stellt sich die spannende Frage nach einem spezifisch christlichen Qualitätsverständnis.

Der zweite Teil des Sammelbandes beleuchtet den Praxiskontext. Dabei werden praktische Lern- und Verständigungsprozesse exemplarisch vorgestellt, die das Besondere (proprium) des katholischen Krankenhauses in den Blick nehmen, wie zum Beispiel das Projekt „Christliches Profil katholischer Krankenhäuser: Medizin, Pflege, Management“ (CPKK), angesiedelt in der Akademie des Bistums Essen (Die WOLFSBURG). Die Beiträge vermitteln ei-

nen Einblick in das ethisch-religiöse Bildungsprojekt, das in der Praxis zu weiteren komplexen Organisationsprozessen in den beteiligten Einrichtungen geführt hat. In den aufgezeigten Beispielen wird deutlich, dass und wie die Mitarbeiter katholischer Krankenhäuser im Rahmen von Kulturdialogen aktiv am organisationalen Profilbildungsprozess beteiligt werden können. In einem weiteren Beitrag werden die Ergebnisse einer Fokusgruppendifferenzdiskussion mit Führungskräften unterschiedlicher Berufsgruppen im Krankenhaus zur Frage des christlichen Profils ausgewertet. In den Statements wird die gegenwärtige Anforderung an die Identität katholischer Krankenhäuser anschaulich auf den Punkt gebracht: Der Habitus der Ordensleute, die früher im Krankenhaus tätig waren, muss heute durch den Habitus und damit die Haltung der Mitarbeiter entsprechend ersetzt werden.

Der abschließende dritte Teil enthält weiterführende theologische Reflexionsbeiträge zu zentralen ethischen und pastoralen Dimensionen des christlichen Profils katholischer Krankenhäuser. So werden – ein weiteres Mal – Identitätsfragen katholischer Krankenhäuser im Kontext des Gesundheitssystems beleuchtet und dabei auf die besondere Sinn-, Wert- und Glaubensressource verwiesen, die kirchliche Krankenhäuser darin verstärkt einbringen könnten. Auf der Ebene theologisch-ethischer Theoriebildung wird die Einsicht aus der Praxis bestätigt, dass die Identität christlicher Krankenhäuser nicht durch Abgrenzung von weltanschaulich anders ausgerichteten Trägern, sondern vielmehr durch Entdeckung der eigenen christlichen Prägung zu erreichen ist. Dafür sind Strukturen und Räume für Diskussion zu eröffnen, die sich durch eine moralische

Sensibilität, wissenschaftsethische Kompetenz sowie eine konstruktive Streitkultur auszeichnen. Abschließend wird der besondere Beitrag der christlichen Krankenhauseelsorge für die Identität katholischer Krankenhäuser reflektiert. Neben einer auf das Individuum zentrierten Perspektive kommt der Krankenhauseelsorge heute eine systemische Perspektive zu, die die gesamte Organisation Krankenhaus in den Blick nimmt.

Mit dem Sammelband legen die Herausgeber eine lesenswerte Publikation vor, die die Frage nach der herausgeforderten Identität katholischer Krankenhäuser interdisziplinär beleuchtet, dazu anschauliche Praxisbeispiele präsentiert und so den Leser zum weiteren Nachdenken kritisch anregt.

Thomas Günther, Paderborn

Handbuch Friedensethik

Ines Jacqueline Werkner, Klaus Ebeling (Hg.): *Handbuch Friedensethik*, Wiesbaden 2017, 979 S., ISBN 978-3-658-14685-6.

Qualität oder Quantität? Diese Frage drängt sich unweigerlich auf, hält man zum ersten Mal und vor jedem Blick in dessen Innenleben das ‚Handbuch Friedensethik‘ mit seinen knapp 1000 Seiten in Händen. Die Herausgeber verfolgen mit diesem „Nachschlagewerk“ den Anspruch, „Stoff zum Nach- und Weiterdenken“ sowie interdisziplinäres „Überblickswissen“ zu bieten und dadurch die Voraussetzungen für „die Partizipation am jeweiligen Fachdiskurs“ (S. 5–7) zu schaffen. Friede wird hierbei als „dynamischer Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit“ begriffen, Friedensethik entsprechend als „Prozessethik“, die nach dem „rechten Handeln und Verhalten des Menschen“ (S. 4) frage.

Ein erster Teilabschnitt widmet sich den *begrifflichen Grundlagen*. Hier wird der Friedensbegriff – als „positiver



und negativer“ (S. 24 ff.), als „innerer“ (S. 35 ff.) oder als „Utopie“ (S. 26/27) – betrachtet. Dies erfolgt im Rekurs auf ‚klassische‘ Referenzgrößen (Galtung, Czempel). Daran schließen einige einordnende Überlegungen an, bevor jene vier zentralen Leitkategorien – Herrschaft, Recht, Gerechtigkeit, Gewalt – im

Fokus stehen, „die friedensethische Diskurse maßgeblich prägen“ (S. 3). Für das spannungsvolle Verhältnis von Ethik und Recht merkt Stefan Oeter an: „Die Regelungen des Friedenssicherungsrechts der UN-Charta wie des humanitären Völkerrechts nehmen dabei Grundimpulse der Friedensethik auf und verarbeiten sie in einem eigenen System positiver Normen.“ (S. 147)

Der zweite Teilbereich beschäftigt sich mit der historischen Vielfalt ‚friedensethischer Diskurse‘. Hierzu stellen die Beiträge die verschiedenen Ausprägungen der traditionellen Lehre vom ‚gerechten Krieg‘ (z. B. bei Cicero, Thomas von Aquin, Francisco de Vitoria, Martin Luther) und deren Entwicklung bis heute (z. B. Michael Walzer, Jeff McMahan) detailliert dar. Gefolgt wird mitunter, dass „die Renaissance der *Just War Doctrine* und ihre Weiterentwicklung einen Beitrag leisten [könnten], um die Regelungslücken des bestehenden internationalen Rechts zu schließen und das in-



ternationale System fortzuentwickeln“ (S. 323), so Michael Haspel.

Daneben werden weitere wichtige ‚Zweige‘ der friedensethischen Theorie- (Kant, Hobbes, Rawls) und Traditionsbildung (Pazifismus) beleuchtet, obgleich ihnen deutlich weniger Raum gegeben wird als dem ‚gerechten Krieg‘. Für die Partizipation an theologisch geprägten friedensethischen Diskursen sind zuletzt die Beiträge zum Leitbild des ‚gerechten Friedens‘ (S. 343–409) und zu dem damit verbundenen Perspektivenwechsel unverzichtbar: „Es geht also nicht mehr allein um die Frage der ethischen Legitimation militärischer Gewaltanwendung (zur Begrenzung von Kriegen), sondern um die Schaffung eines Friedens im Sinne sozialer und politischer Gerechtigkeit“ (S. 356).

Ein weniger umfangreicher dritter Teil stellt ‚religiöse und säkulare Traditionen weltweit‘ vor. Da Fragen von Krieg und Frieden im Islam meist unter dem Oberbegriff ‚Dschihad‘ verhandelt würden, wendet sich Dirk Ansoerge dem Begriffsfeld Dschihad zu und bestimmt diesen im religiösen Sinne grundlegend als „die Anstrengung des Menschen, ein Gott wohlgefälliges Leben zu führen“, wobei er weiterführend anmerkt, dass sich „die ‚Anstrengung‘ des Einzelnen oder der muslimischen Gemeinschaft [...] aber auch gegen äußere Feinde richten“ (S. 588) könne. Des Weiteren gibt Ansoerge zu bedenken: „Allerdings beinhalten die normativen Texte des Islam keine systematische Lehre zu Krieg und Frieden“ (S. 595), weshalb es immer wieder zu alternativen Deutungen einander widerstreitender Auslegungen komme.

Der sehr umfangreiche vierte Teil thematisiert entlang der im ersten Teil erörterten Leitkategorien ‚aktuelle Kontroversen und Entwicklungen‘, bevor eine Fokussierung auf die Kernbereiche ‚Rüstung‘, ‚Asymmetrische Konstellationen‘ und ‚Konflikttransformation‘ erfolgt. Hochaktuelle Themen wie Cyberwar, Terrorismus, Rüstungsexporte oder Transitional Justice werden behandelt. Der ebenfalls virulente Frage nach dem Einsatz automatisierter und autonomer

Waffensysteme geht Jürgen Altmann nach. Auf der Basis begrifflicher Präzisierungen – „Ein Gerät oder eine Komponente operiert *automatisch*, wenn es oder sie ohne mittelbare Steuerung funktioniert. [...] Bei *Autonomie* geht die Automation weiter.“ (S. 795) – und im Zuge einer ethischen Beurteilung kommt er zu dem Fazit, „dass autonome Waffensysteme international verboten werden sollten“ (S. 793). Das Handbuch schließt im fünften Teil mit drei Beiträgen einer ‚ethischen Selbstreflexion‘ der Friedens- und Konfliktforschung.

Mit dem ‚Handbuch Friedensethik‘ ist es den Herausgebern gelungen, eine enorme, wenn auch vornehmlich auf den deutschen Sprachraum begrenzte Zahl an anerkannten Fachleuten zu den genannten Kernthemen zusammenzuführen sowie deren Expertisen – im Zuge eines gewiss hochkomplexen Geneseprozesses – abschließend zu sammeln und in eine handhabbare Form zu gießen.

Ein überaus beachtliches Themenfeld wird in umfassender Weise abgedeckt. Die Teilabschnitte behandeln die gewählten Themenkomplexe in großer Breite – dies zeigen die Fokussierungen im vierten Teil oder die werkübergreifende Bearbeitung der genannten Leitkategorien. Insbesondere wird die Lehre vom ‚gerechten Krieg‘ aus einer oftmals zu beobachtenden traditionsgeschichtlichen Verengung auf einige wenige Autoren herausgeführt. Zu bemängeln mag sein, dass eine ebenso reiche Tradition wie der Pazifismus demgegenüber deutlich weniger ausführlich dargestellt wird.

Insgesamt bieten die einzelnen Beiträge gelungene Übersichten. Dazu trägt deren weitgehend einheitlicher Aufbau bei: Zu Beginn stehen eine kurze inhaltliche Zusammenfassung und zentrale Stichworte; der Umfang ist erkennbar begrenzt; klare begriffliche Präzisierungen und graphische Aufbereitungen erleichtern das Verständnis an vielen Stellen; ein resümierender Ausblick und ein abschließendes Literaturverzeichnis laden zum Weiterlesen ein.

Ein durchgehender ‚roter Faden‘, die eingangs versprochene „Synthese“ (S. 5),

lässt sich bei der schiereren Fülle an AutorInnen und Beiträgen – die zwar klar ersichtlich in einem größeren Gesamt verschiedener Teilebenen stehen, jedoch im Einzelnen eher additiv wirken und kaum aneinander anschließen – nicht ausmachen. Die sehr heterogene AutorInnenenschaft aus u. a. Theologie, Philosophie, Soziologie, Friedens- und Konfliktforschung, Politik-, Religions- und Rechtswissenschaft sowie sogar aus der Pädagogik und der Indologie lässt auf eine beeindruckende interdisziplinäre Breite schließen. Dies ist ohne Zweifel positiv zu honorieren, für die Friedensethik in vielen Fragen unverzichtbar und meist gewinnbringend; es führt jedoch auch dazu, dass Beiträge explizit ethischer Ausrichtung mitunter nicht von ausgewiesenen ‚Fachethikern‘ bearbeitet werden. Die Disziplinengrenzen (z. B. zwischen *Friedensforschung* und *Friedensethik*) verschwimmen; dezidiert ethische Überlegungen treten in den Hintergrund. Wer zudem nach einer *theologischen* Friedensethik sucht, wird diese zwar in Teilen, keineswegs aber im Gesamt des Handbuches wiederfinden.

Ferner: Obgleich das Handbuch hinsichtlich seines Umfangs ausgereizt scheint, müssen doch auch einige thematische Desiderate angemerkt werden, die zwar durchaus anklingen mögen, jedoch eine eigenständigere Betrachtung verdient gehabt hätten: die Kategorie ‚Sicherheit‘ und das weite Feld der Sicherheitsethik; ein Fokus auf die Europäische Union als Friedensprojekt; der Bereich Flucht und Migration. Ein zusätzliches Register im Anhang würde punktuelle Recherchen erleichtern.

Dies wäre für ggf. folgende Auflagen zu berücksichtigen, denn als friedensethisches Nachschlagewerk hat das Handbuch seinen Platz im gegenwärtigen Fachdiskurs sicher. Es bietet sowohl die nötige Quantität als auch die erforderliche Qualität. Aktuelle Werke mit einer vergleichbaren inhaltlichen Breite finden sich in der deutschsprachigen Friedensethik nicht. Schon deshalb ist das Handbuch allen Interessierten aus Politik, Wissenschaft und Kirche zu empfehlen. All

jenen, die nach ersten Zugängen zum ‚Handbuch Friedensethik‘ suchen, seien abschließend die Beiträge von Bern-

hard Koch (S. 843–853), Marco Hofheinz (S. 413–431) sowie Stefan Oeter (S. 139–

149) und Ines-Jacqueline Werkner (S. 19–32) beispielhaft empfohlen.

Alexander Merkl, Hildesheim

Bericht

Neue Impulse für Europa?

Jahrestagung der Französischen Sozialwochen

Mit der Frage „Welches Europa wollen wir?“ befasste sich am 18. und 19. November 2017 in Paris die Jahrestagung der „Semaines sociales de France“. Über 2000 Teilnehmer – darunter Delegationen aus einigen mittel- und osteuropäischen Ländern – haben an den beiden Tagen über die Herausforderungen des Europa von morgen diskutiert. Eine breite Palette von Referaten wurde ergänzt durch kulturelle Elemente und spirituelle Impulse. Mit Gebetszeiten und Meditationen erinnerten Frère Alois und die Brüder von Taizé an die spirituelle Dimension des europäischen Projektes.

Das global herausgeforderte Europa

Wir leben in einer anderen Welt als die Generationen der Nachkriegszeit. Europa steht längst nicht mehr im Zentrum der Welt – weder demographisch, politisch und wirtschaftlich noch kulturell. So bedeutsam und nach wie vor aktuell das Friedensmotiv ist, das Wofür des europäischen Zusammenschlusses muss neu bedacht werden. Heute stellt sich die Frage: Wird sich Europa im Kontext der unaufhaltsam sich beschleunigenden Globalisierung behaupten können?

Wie ein Leitmotiv zog sich dieses Thema durch die Debatten. Enrico Let-

ta, der frühere italienische Ministerpräsident und jetzige Präsident des Instituts Jacques Delors, hat es eingangs auf den Punkt gebracht, indem er auf das Beispiel der G 7, der sieben führenden Industrienationen, hinwies. Heute gehören der Gruppe vier europäische Länder an, im Jahr 2050 wird es kein einziges mehr sein. Europa kann sich von diesem Prozess nicht abkoppeln. Es muss versuchen, ihm den Stempel seiner Werte aufzudrücken. Für Letta ist dies in erster Linie eine pädagogische und kulturelle Herausforderung. Europa muss sich über seine Werte definieren, gleichsam zu einer „Weltmacht der Werte“ werden, was wirtschaftliche und politische Stärke nicht nur nicht ausschließt, sondern voraussetzt.

Chancen für ein sozialeres Europa?

Wie steht es jedoch um die Werte in der Realität der europäischen Politik? Ein Podium mit dem belgischen Europaabgeordneten und Gewerkschaftsvertreter Claude Rollin, dem Präsidenten der Europakommission des französischen Unternehmerverbandes, Loic Armand, und der Präsidentin des Secours catholique (Caritas), Véronique Fayet, befasste sich mit den Erfolgen und Misserfolgen der Europäischen Union vor allem im sozialen Bereich. Man war

sich weitgehend darin einig, dass mit dem Übergewicht des Finanzsektors über die reale Ökonomie das soziale Element in den Hintergrund getreten ist. In den Augen von Claude Rollin hat die Austeritätspolitik der EU geschadet. Das Europa, das vor den negativen Folgen der Globalisierung schützt, bleibe zum großen Teil noch zu verwirklichen. Loic Armand, Vorstandsmitglied bei „L’Oréal“, veranschaulichte am Beispiel der Kosmetikindustrie, dass der Binnenmarkt kein wertfreier Raum ist. Seine Regeln zu Wettbewerb, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz seien weltweit die strengsten. Angesichts der wachsenden, oft sozial motivierten Abkehr von Europa scheint sich ein Zeitfenster für das soziale Europa geöffnet haben.

Vergessene europäische Kultur?

Vielleicht wurde in den vergangenen Jahren nicht nur das soziale, sondern auch das kulturelle Europa vernachlässigt. Die Ausgaben der EU für Kultur belaufen sich auf 0,01 % des Gesamtbudgets. Doch gibt es überhaupt so etwas wie eine gemeinsame europäische Kultur? Kann sie das für den Zusammenhalt in der Union notwendige gemeinsame Bewusstsein fördern? Es war eine glückliche Entscheidung





der Veranstalter, in einem Programmteil mit Gedichten, vorgetragen in verschiedenen Sprachen, Liedern und einer Film-Retrospektive den kulturellen Reichtum Europa zumindest anzudeuten. Der Historiker Antoine Arjakowski vom „Institut des Bernadins“ zeigte, wie im Zeitalter der Digitalisierung und der Post-Faktizität die kulturelle Selbstvergewisserung Europas an Bedeutung gewinnt. Sie kann letztlich nur in der Rückbesinnung auf einen Wahrheitsbegriff gelingen, der die menschliche Person (und nicht abstrakte Konzepte) in den Mittelpunkt stellt. Seit dem Gründungsmythos Europas gehöre die Offenheit für das Andere und den Anderen zur Identität des europäischen Bewusstseins.

Baustellen europäischer Politik

Eine ganze Reihe von Referaten war politischen Einzelthemen gewidmet. Nahezu alle Baustellen der europäischen Politik kamen zur Sprache. Als Hintergrundfolie waren unschwer Emmanuel Macrons Vorschläge für eine „Neugründung eines souveränen, vereinten und demokratischen Europa“ zu erkennen. Nathalie Loiseau, Ministerin für europäischen Angelegenheiten in der französischen Regierung, plädierte für ein einfacheres und transparenteres Europa: mehr sozialpolitische Konvergenz, Aufwertung der Arbeit, europäischer Mindestlohn, gemeinsame Migrationspolitik, Kampf gegen die Armut, Vertiefung der Euro-Zone, gemeinsame Verteidigungspolitik ... – ein immenses Arbeitsfeld. In den Beiträgen von Nicole Gnesotto, Professorin für europäische strategische Fragen (Sicherheit und Verteidigung), und Gael Girard, Chef-Volkswirt der französischen Entwicklungsagentur (ökologischer Wandel), wurden einzelne Aspekte vertieft. Denise Houphouët-Boigny, Ständige Vertreterin der Elfenbeinküste bei der UNESCO, machte auf das enorme wirtschaftliche und kulturelle Potential des afrikanischen

Kontinents aufmerksam, der am Ende dieses Jahrhunderts 42% der Weltbevölkerung beherbergen wird.

Mit dem Appell „An die Arbeit“ schloss Msgr. Grallet, Erzbischof von Straßburg und Vertreter der COMECE, seine Ausführungen über die Europa-Vision des Papstes. Auf all diesen Feldern gehe es um den „neuen europäischen Humanismus“, der dem Papst so sehr am Herzen liege, d. h. um konkrete Menschen.

Finalität, Struktur und Ethos des europäischen Projektes

Weit mehr als in Deutschland entzündet sich die französische Europa-Debatte am Thema „Souveränität“. Der Philosoph Jean-Marc Ferry, Professor für europäische Philosophie an der Universität Nantes, stieß daher mit seinen Ausführungen über Finalität (Telos), staatsrechtliche Struktur (Nomos), und Werte der grenzüberschreitenden Beziehungen (Ethos) auf ein besonderes Interesse. Auch für Ferry ist die Globalisierung die zentrale Herausforderung des gemeinsamen Europa, dessen aktualisierte Finalität. Die EU stehe vor der Alternative: pure ökonomische Anpassung oder Wiedergewinnung des Politischen. Das Konzept der Anpassung führe – je nach positiver oder negativer Bewertung der Globalisierung – zum Rückzug ins Nationale oder zur Herrschaft des weltweiten Marktes; das der Rückeroberung des Politischen – entsprechend – zur Festung Europa oder zu einer transnationalen Union. Für Letztere reklamierte Ferry das Prinzip der Ko-Souveränität oder der „geteilten Souveränität“. Es löscht die Souveränität der Einzelstaaten nicht aus (in einem supranationalen Überstaat), trägt aber der Tatsache Rechnung, dass kein Staat mehr für sich allein in der Lage ist, die globale Entwicklung mitzugestalten.

Welches Ethos, welche Art von Beziehungen erfordert eine transnationale Gemeinschaft? Ferry griff zurück

einerseits auf das Erbe des europäischen Rechtsstaates mit den Prinzipien Zivilität, Legalität und Öffentlichkeit und zum anderen auf die Tradition des „philosophischen Europa“ von Hegel bis Husserl, die in der „Erkenntnis seiner selbst im Anderen“ gipfele. Den heutigen Kronzeugen dieses Ethos sah er in Paul Ricoeur, dem zufolge „Übersetzung“ als Ausdruck von Universalität in der Verschiedenheit, „Austausch der eigenen Erzählungen“ als Öffnung des eigenen Gedächtnisse für den anderen und „Vergebung“ als Antwort auf Schuld und Vergessen den Weg zu einem „neuen europäischen Ethos“ weisen. Allein das gegenseitige Sich-Kennen und Sich-Anerkennen könnten ehemals verfeindete Völker in einer gemeinsamen politischen Kultur zusammenführen.

Europa und die junge Generation

Das Europa der Politiker und Philosophen, auch das der kirchlichen Amtsträger, ist heute vielen Jugendlichen fremd. Man hört die Botschaft, aber versteht die Sprache nicht. Heißt das, dass die Jugendlichen sich nicht mehr für Europa interessieren? Die Veranstalter hatten großen Wert darauf gelegt, Vertreter der Jugend zu Wort kommen zu lassen. Schon im Vorfeld der Tagung gab es verschiedene Aktionen, um die Meinung von Jugendlichen zu europäischen Themen zu erfahren. Die Botschaft ist klar: Die jungen Leute bewegen sich ganz selbstverständlich in dem offenen europäischen Raum. Doch die Unkenntnis über die europäischen Institutionen und die europäische Politik ist groß. Wo Europa in ihren Alltag eingreift, da kann auch das politische Interesse geweckt werden. Ein Musterbeispiel stellte die französische Landjugend vor, die bei einem Kongress in Straßburg zusammen mit ihrem Partner aus Deutschland Vorschläge für das „Europa von morgen“ erarbeitete. Nicht unerwähnt blieb die Erfolgsgeschich-

te des Erasmus-Programms. Aber wie können Berufsschüler und Jugendliche in der Berufsaus- und Weiterbildung stärker davon profitieren? Die gezielte Ausbau von „Erasmus plus“ war einer der zentralen Forderungen, damit Europa nicht eine Sache der Eliten bleibt.

Den politischen Schlusspunkt setzte Michel Barnier, der EU-Chefunterhändler in den Brexit-Verhandlungen, mit seinem Plädoyer für ein Europa, das im Sinne von Jacques Delors „stimulierenden Wettbewerb, schützende Solidarität und einende Zusammenarbeit“ miteinander verbindet. Er warb um Verständnis für die notwendige Komplexität des europäischen

Projektes. Die eine europäische Stimme, wo sie zustande komme, bestehe stets aus 23 Sprachen. Bei aller berechtigter Kritik an den zum Teil schwer zu überschauenden Regelungen dürfe man nicht vergessen: Sie sind Ausdruck eines Gesellschaftsmodells. Die Wahl sei nicht zwischen Frankreich und Europa, sondern zwischen einem souveränen Europa und einem Europa, das sich unterwirft.

Mit einer Vielzahl konkreter Vorschläge – wie z. B. die Aufstellung länderübergreifender Kandidatenlisten bei den Europawahlen oder die Einführung eines gemeinsamen europäischen Feiertags – wollen die Französischen Sozi-

alwochen die Europa-Debatte beleben. Mehr noch als diese Vorschläge hat sich den Teilnehmern das klare und auch emotionale Bekenntnis zu einem europäischen Neuanfang eingeprägt. In der Zivilgesellschaft Frankreichs verkörpern die Französischen Sozialwochen eine starke pro-europäische Kraft. Die analytische Kompetenz und das politische Engagement sind dabei das eine, die Pflege von Freundschaften und Austausch über Grenzen hinweg das andere, nicht weniger wichtige Element.

Wilhelm Rauscher, Freiburg

Positionen und Perspektiven

Trump, Brexit und Populismus: Krise und Chance!

Zur Vision einer europäischen Demokratie und Gemeinwohlorientierung¹

Jörg Alt

Brexit, Donald Trump, Populismus und Nationalismus erschrecken viele. Gleichzeitig wachsen national und global die Spannungen aufgrund von Ungleichheit, Migration, Klimawandel etc., ohne dass nachhaltige und gute Lösungen erkennbar sind. Die These ist, dass diese Krisen als Chance verstanden und durch eine neue Große Erzählung von einem am Gemeinwohl orientierten Europa mit entsprechenden Reformen angegangen werden können – eine Verpflichtung für Christen und Kirchen.

Ungleichheit, die immer noch hohe Zahl von Menschen, die arbeitslos oder im Niedriglohnsektor beschäftigt

sind, Migration, Populismus, Nationalismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit – das alles ist nicht neu. Die heute



© jesuitenweltweit

¹Die ausführliche Fassung dieses Textes mit umfangreichen Quellenangaben finden Sie auf unserer Internetseite (www.amosinternational.de) sowie auf der Seite des Autors (www.joergalt.de).

zur Verfügung stehenden Sozialen Medien sowie die globale Dimension und Dynamik machen die aktuelle Zeit jedoch zu etwas Besonderem: Der nicht vorhergesehene Brexit, der Sieg Donald Trumps, alarmierende Stimmenanteile von Rechtspopulisten und Nationalisten in Europa wirken auf viele erschreckend. Dabei haben sich die zugrundeliegenden Problemursachen seit langem aufgebaut, ohne dass für sie angemessene und nachhaltige Lösungsansätze entwickelt wurden, weil sie aus einem grundsätzlichen Konstruktionsfehler des dominierenden, angelsächsisch geprägten neoliberalen Paradigmas herrühren: der Diskrepanz zwischen globalen „Strömen“ und „Netzwerken“ einerseits, und nationalen Versuchen, diese zu regeln, andererseits. Der Widerspruch zwischen einer hohen (gewollten) Mobilität im Bereich von Wirtschafts-, Finanz- und Warenströmen sowie einer (ungewollten) Mobilität im Bereich Migration (Fachkräfte oder Touristen ausgenommen) hat zu den bisher untauglichen Versuchen der Nationalstaaten geführt, die freigesetzte Dynamik national und international wieder in den Griff zu bekommen. Aus diesen zwei Geschwindigkeiten und den daraus erwachsenden Spannungen erklären sich nach Ansicht des Verfassers viele große Probleme der Gegenwart.

Symptome

Spätestens seit der Arbeit von Wilkinson und Pickett (2009) ist bekannt, dass Ungleichheit dazu führt, Probleme in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Straffälligkeit, Drogenkonsum etc. wachsen zu lassen. Parallel dazu wächst ein unverhältnismäßig großer politischer Einfluss durch die Inhaber großer privater und betrieblicher Vermögen, denen daran gelegen ist, am Istzustand festzuhalten, Besitzstände zu sichern oder zu mehren.

Hinzu kommt die globale Ungleichheit, etwa zwischen arm gemachten af-

rikanischen und reichen europäischen Ländern. Im Gefolge gibt es eine wachsende Migrationsbewegung, gegen die auch Mauern und definierte Aufnahme-Obergrenzen nur wenig werden ausrichten können. Die Illusion, man könne in der global hochvernetzten Gesellschaft „nationalstaatliche Container“ (Beck 2007) für bestimmte Bereiche öffnen (Geld-, Waren-, Dienstleistungsströme), während man sie gegen andere abschottet, ist längst entlarvt. Die Vorstellung staatlicher „Handlungshoheit“ wird von Finanz- und Unternehmensakteuren ebenso unterhöhlt wie von „*Embedded illegal Migration*“. Die Einbettung unerlaub-



Nicht nur Waren- und Geldflüsse, sondern auch menschliche Wanderungsbewegungen folgen den Regeln globaler Märkte

ter Wanderungsbewegungen in legale oder scheinbar legale Waren- und Wanderungsbewegungen zeigt immer deutlicher, dass auch illegale Migration letztlich ein Marktgeschehen ist: Es gelten die Regeln der Preisbildung, je nach Nachfrage und Angebot. Mit einer gewissen Risikobereitschaft und der nötigen Geduld kann ein Migrationsprojekt trotz aller staatlichen Abschottungsmaßnahmen über private, soziale, kommerzielle und kriminelle Netzwerke organisiert und durchgeführt werden.

Hinzu kommt die durch das neoliberale Wirtschaften beschleunigte Klima- und Umweltproblematik. Sie hat, wie Ulrich Beck bereits vor dreißig Jahren bemerkte, eine andere Dimension: „Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch“ (1986, 48). Gegen Arme im Land kann man sich durch *gated communities* oder auf karibischen Inseln abschotten. Die weltweite Übertragung von Krankheiten und Parasiten oder die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen trifft dagegen längerfristig jeden.

Ursachensuche

Zeit- und ideengeschichtlich ist der aktuelle *Mismatch* zwischen hochmobilen globalen Geldflüssen und Migrationsbewegungen einerseits sowie der staatlichen Hilflosigkeit andererseits die Folge einer Übergriffigkeit von Markt- und vor allem „Wettbewerbskapitalismus“ (Friedman 1982, 12) in Bereiche, in denen er nichts zu suchen hat. Papst Johannes Paul II. kritisierte das bereits 2001: „Der Markt ist – als Austauschmechanismus – zum Medium einer neuen Kultur geworden ... Wir erleben das Entstehen von neuen Mustern ethischen Denkens“. (Johannes Paul II. 2001).

Wettbewerb ist gut für Sport und weite Bereiche der Wirtschaft. Doch wäre es die Aufgabe von Staat und Demokratie, dem Markt und seinen Akteuren Regeln zu geben, um die Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit sicherzustellen. Das Markt-Geschehen ist nur gerechtfertigt, wenn es Vielen nützt. Wettbewerb von Marktteilnehmern unter den aktuellen Bedingungen wird jedoch durch genau jene Ungleichheit verzerrt, welche er hervorbringt: Wettbewerb funktioniert dann gut, wenn alle Marktteilnehmer gleiche Bildung und gleiche Chancen sowie das gleiche Maß an Informationen und gleiche finanzielle Mittel beim Marktzugang haben. Ungleichheit verzerrt alle dies, indem jene am unteren Ende immer weniger, jene am oberen Ende immer mehr davon besitzen. Entsprechend nimmt die soziale Mobilität ab, Unten und Oben verfestigen sich, die einen resignieren, die anderen regieren.

Fundamente

Bei Lektüre der Europäischen Verträge wird deutlich, in welchem Ausmaß neoliberales Denken die Dokumente prägt: So ist alles, was mit „(Binnen-) Markt“ zu tun hat, detaillierter und präziser gefasst als andere Vertrags- und Politikbereiche, die oft nur noch



knapp erwähnt sind. Sprengstoff enthält die Zweigleisigkeit zwischen der „Vergemeinschaftung“ in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen einerseits, und andererseits all jenen Bereichen, die de facto auf der Ebene der Nationalstaaten verblieben, etwa Sozial-, Einwanderungs- oder Sicherheitspolitik – siehe erneut die Beschlüsse des EU Sozialgipfels im November 2017. Jegliche Reformen werden bislang durch das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat erschwert, welches in sensiblen und wichtigen Fragen erforderlich ist und so den *status quo* zementiert. Und noch schlimmer: Weil all dies die Handlungsfähigkeit behindert, werden in Krisenzeiten die EU-Verträge durch zwischenstaatliche Abmachungen umgangen. So geschah es jedenfalls, als es um die „Eurorettung“ ging (sprich: die Rettung deutscher und französischer Banken auf Kosten von EU Krisenländern und Eurozonen-Steuerzahlern (Schumann, 2013). Diese und andere Konstruktionsfehler begünstigen intransparenten Lobbyismus und erschweren eine demokratisch kontrollierte Gestaltung. Sie erklären das unentschlossene Vorgehen gegen Drohgebärden Russlands ebenso wie die peinliche Handhabung der Migrationskrise innerhalb der EU (Dublin Übereinkommen, die Last der Grenzregionen) und außerhalb der EU (Türkei, Libanon, Nordafrika ...).

Soll Europa eine gemeinsame Zukunft haben, muss die EU wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Die Bürger müssen sich die Macht der demokratischen Kontrolle aneignen.

Vision

Bei einem solchen Ansatz käme dem Gemeinwohlgedanken große Bedeutung zu, welcher der europäischen Denktradition seit Jahrtausenden innewohnt: Von den Schriften des Aristoteles über Ciceros und Thomas von Aquin bis zur Kirchlichen Soziallehre, vom Gesellschaftsvertrag des Huma-

nismus bis zu den Christ- und Sozialdemokraten der Nachkriegszeit, von der mittelalterlichen Allmende-Wirtschaft bis zur Gemeinwohlökonomie: Überall nimmt dieser Begriff einen zentralen Stellenwert ein. Das Kompendium der Soziallehre versteht darunter in Nr. 164 „die Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ein volleres und leichteres Erreichen der eigenen Vollendung ermöglichen“. Das Gemeinwohl besteht nicht in der einfachen Summe der Einzelgüter eines jeden Subjekts im sozialen Gefüge. Als Wohl aller und jedes Einzelnen ist und bleibt es gemeinsam, weil es unteilbar ist und nur gemeinsam erreicht, gesteigert und ... bewahrt werden kann.

Das weist in eine ganz andere Richtung als die derzeit dominierende Große Erzählung des angelsächsisch geprägten Neoliberalismus, die bislang der neuen Großen Erzählung von einem Europa, das dem Gemeinwohl verpflichtet ist, im Wege steht.

Ändern ließe sich das durch eine europäische Reform in zwei Schritten:

- Beim ersten Schritt geht es um den Umbau und die Aufwertung der existierenden europäischen Institutionen:
 - Der Reformansatz beginnt beim Europäischen Parlament. Aktuell vertritt ein Deutscher Abgeordneter 859.000, ein maltesischer Abgeordneter 80.000 Bürger. Ein wichtiges Element demokratischer Legitimation ist aber, dass Wählerstimmen gleiches Gewicht haben. Zudem muss das Europäische Parlament mehr Rechte erhalten, damit es gegenüber Kommission und Rat mit dem Gewicht auftreten kann, das dem Souverän zusteht. Dazu gehört zunächst das Budgetrecht, d. h. das Recht Steuern zu erheben und deren Ausgaben zu überwachen.
 - Die Kommission sollte sich darauf beschränken, als Regierung

zu fungieren; die bisher von ihr wahrgenommene Überwachung der Einhaltung der Europäischen Verträge würde auf den Europäischen Gerichtshof übergehen.

- Der Europäische Rat könnte entlang dem Modell des deutschen Bundesrats reformiert werden und somit Proportionalitätserwägungen Rechnung tragen: Es hätte nicht mehr jedes Land eine Stimme, sondern die Stimmen wären entsprechend der Bevölkerungszahl gewichtet.
- Um bereits in der ersten Reformstufe die europäische *governance* zu erweitern, ist es entscheidend, das Einstimmigkeitsprinzip aufzugeben und grundsätzlich durch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen zu ersetzen. Dies ist nach dem Brexit immerhin prinzipiell nach Artikel 48 des Lissabon-Vertrags möglich (Barbière 2017).
- Der zweite Reformschritt liegt vor allem im Interesse der kleinen Länder und wurde von Ulrike Guérot (2016a) ausgearbeitet. Es geht um die Abschaffung der Nationalstaaten und deren Ersetzung durch eine Europäische Republik. Sie wird verstanden als ein Verbund von Metropolen und Regionen unter Wiederaufwertung natürlicher geographischer, sprachlicher und kultureller Grenzen. Diese würden je zwei Vertreter in ein Europäisches Oberhaus (Senat) entsenden; es könnte den reformierten Europäischen Rat ersetzen.

Wie antwortet diese Vision auf die oben geschilderten Probleme?

Zunächst existierte wieder ein wirtschaftlich hinreichend großer und lebensfähiger, demokratisch legitimierter Gestaltungsraum, um die aktuell zerstörerischen Wettbewerbsgesetze entlang sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu reformieren (z. B. Hoffmann 2016a).



Sodann ließe sich aus den Erfahrungen der Sozialen Marktwirtschaft lernen: Diese bescherte der „alten Bundesrepublik“ großen und gleichmäßig verteilten Wohlstand, weshalb sie von Kanzlerin Merkel nach der Weltfinanzkrise in Davos 2009 als „dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus angepriesen wurde. Prof. Max Otte, der den 2007er Finanzcrash korrekt vorhersagte, warnt, dass nun das „Endspiel“ naht (Toller 2016): Während die USA Donald Trumps und das Post-Brexit Großbritannien den angelsächsischen Neoliberalismus nochmals befeuern, etwa in der Steuer- und Sozialpolitik, und Chinas Staatskapitalismus ebenfalls keine geeignete Antwort auf die globalen Krisen im Bereich Arbeit, Ungleichheit und Klima ist, wäre es umso wichtiger, dass Kontinentaleuropa einen Gegenentwurf auf den Weg bringt: Einkommens- und Vermögensungleichheit könnten durch eine Neujustierung der Löhne und Gehälter im Rahmen einer wirkungsvollen Sozialpartnerschaft zurückgedrängt werden. Dies würde den Binnenkonsum steigern und mehr Geld für Investitionen generieren. Sollte hingegen die strukturelle Arbeitslosigkeit aufgrund von Digitalisierung und Robotisierung steigen und sich verfestigen, wäre, neben der Einführung einer „Maschinensteuer“, auch über eine Neuverteilung von Arbeit, Freizeit und Ehrenamt nachzudenken.



Steuerrecht und soziale Standards müssen länderübergreifend harmonisiert werden

Zentral wäre eine Harmonisierung des Steuerrechts und der sozialen Standards, etwa beim Schutz menschlicher Arbeit gegen Ausbeutung oder einer angemessenen Sozialversicherung für alle Unionsbürger. Bei einem Wechsel vom derzeitigen europäischen Steuerwettbewerb hin zu einer Steuerkooperation könnte die öffentliche Hand genügend Gelder einnehmen, um die

geographische Mobilität zu ergänzen durch die Wiederherstellung sozialer Mobilität, damit die Versprechen von Chancengleichheit wieder eingelöst werden können.

Insbesondere müssen Wirtschafts-, Produktions- und Eigentumsformen, die die neoliberale Gleichmacherei überlebt haben, unter besonderen Schutz gestellt werden: etwa Genossenschaften, Sparkassen oder kleine und mittelständische Unternehmen. Schief lagen, die Europa in Abhängigkeit von den USA brachten, müssen korrigiert werden – etwa in den Bereichen von IT, Software oder Rüstung. Als richtig und nötig erkannte Innovationen, etwa bei Green Technology, müssen vorangetrieben werden, auch um den Preis erheblicher öffentlicher Subventionen und Investitionen. Nachfolgende Generationen werden es uns danken.

Durch das Vorstehende würden die direkte (über Wahlen) und die indirekte (über zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse) Partizipationsfähigkeit der Bürger wieder belebt werden. Im Gefolge der skizzierten Reform der europäischen Institutionen könnten Entscheidungen wieder dort getroffen werden, wo sie hingehören: im Parlament. Spüren die Menschen erst einmal, dass in ihrem Sinne, in ihrem Interesse regiert wird, bringen sie sich auch wieder ein.

Noch ist dies alles eine „Realutopie“, doch das Udenkbare wurde schon einmal gewagt und es ist nicht schlecht gelungen: Nach Jahrhunderten der Selbsterfleischung gaben sich die Völker Europas eine Friedensordnung, die bereits überraschend lange währt. Nun gilt es, aus den bisherigen Schwachstellen zu lernen und eine verbesserte Version anzustreben. Ein am Gemeinwohl aller orientiertes Europa wäre eine Projektionsfläche für viele, die noch zu begeistern sind. Das zeigt sich etwa in der Resonanz auf Stéphane Hessel's Schrift „Empört euch!“ (2011) oder in der Bewegung „Pulse of Europe“. Unter anderem könnte ein ver-



Ein am Gemeinwohl aller orientiertes Europa würde viele Menschen von neuem begeistern

stärktes Engagement der katholischen Kirche dieser Begeisterung in Europa inhaltlich-institutionelle Festigkeit verleihen. In Ländern, die bislang einer stärkeren Europäischen Integration eher skeptisch gegenüber stehen (nicht nur in Osteuropa, sondern etwa auch Irland), könnte sie für ein solches Zusammenwachsen werben und die Chance erhöhen, dass gute, begeisterte Initiativen nicht ausgesessen werden und verpuffen. So könnten viele BürgerInnen, die sich aus begründeter Abneigung gegenüber dem Jetzt-Zustand und mangels Alternative den Populisten und Nationalisten zuwenden, von diesen wieder zurückgewonnen werden.

Eine Reform, die weg führt von einer Überdominanz des Wettbewerbs und hin zu mehr Kooperation hat letztlich die Evolution als befürwortendes Argument: Evolutionär und anthropologisch hat sich Kooperation immer als erfolgreicher erwiesen als übertriebene Konkurrenz.

Verantwortlichkeiten

Wie beim ersten Anlauf zur Europäischen Integration kommt Christen auch jetzt eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Die katholische Kirche steht in der Pflicht, Papst Franziskus weithin Gehör zu verschaffen, der Europa bereits verschiedentlich ins Gewissen geredet hat und immer wieder appelliert, sich auf die eigenen Wurzeln und Traditionen zu besinnen und entsprechend umzukehren. Bei der Entgegennahme des Karlspreises sagte er: „Die Pläne der Gründerväter, jener Herolde des Friedens und Propheten der Zukunft, sind nicht überholt: [...] Sie scheinen einen eindringlichen Aufruf auszusprechen, sich nicht mit kosmetischen Überarbeitungen oder gewun-

denen Kompromissen zur Verbesserung mancher Verträge zufrieden zu geben, sondern mutig neue, tief verwurzelte Fundamente zu legen.“ (Papst Franziskus 2016) Vor dem Europäischen Parlament betonte er, „dass es überaus wichtig ist, heute eine Kultur der Menschenrechte zu vertiefen, die weise die individuelle, oder besser die persönliche Dimension mit der des *Gemeinwohls* [...] zu verbinden versteht.“ Dazu bot er die Hilfe der Kirche an (Papst Franziskus 2014). Dies ist auch Ergebnis der Konferenz „(Re)Thinking Europe“, die im Oktober 2017 im Vatikan stattfand, an dessen Ende Kardinal Marx, Vorsitzender der Europäischen Bischofskonferenz, die Einberufung eines neuen Europäischen Konvents forderte und dazu aufrief, „die Frohe Botschaft in die konkreten politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeiten zu transportieren. Bauen wir an diesem Europa mit, übernehmen wir diese Verantwortung.“ (Deutsche Bischofskonferenz 2017)

Selbstverständlich richtet sich dieser Appell auch an andere christliche Gemeinschaften die sich einer christlichen Sozialethik verpflichtet fühlen. Der Vorteil der katholischen Kirche ist aber, dass sie in Ländern präsent ist, die so verschieden sind wie (z. B.) Irland und die Slowakei, dass sie zugleich aber von einer inhaltlich-institutionelle Einheit geprägt ist, die anderen Kirchen fehlt. Deshalb ist sie am besten aufgestellt bei der Suche nach verbindenden Grundlagen und dem Bemühen, mit einer Stimme zu sprechen.

Die Christen und ihre Kirchen sollten nicht mehr (nur) für Kreuze in Klassenzimmern oder den ausdrücklichen Gottesbezug in Verfassungen eintreten, sondern für ein Europa der Vielfalt, vereint im Geist christlicher Werte. Gelingt den Christen mit einer neuen, attraktiven Vision von einem Europa des Gemeinwohls das „Agenda Setting“, wird die dann aufkommende gesellschaftspolitische Diskussion automatisch für Beachtung, Auseinandersetzung und Unterstützung sorgen – auch

in anderen weltanschaulichen Segmenten der europäischen Gesellschaft. Sicher wird diese Vision nicht alle gleichermaßen begeistern: Das Potenzial für eine neue gruppenübergreifende Große Erzählung ist aber gegeben, gerade weil der Gemeinwohlgedanke derart tief in der europäischen Kultur verankert ist. Deshalb kann er ein Bindeglied sein zwischen vielen Gruppen, die diesen Gedanken tradiert oder entfaltet haben: Kirchen, Gewerkschaften, Menschenrechts- und Umweltgruppen, Humanisten, Sozialisten und viele andere.



Eine neue Große Erzählung vom Gemeinwohl kann Kirchen und Gewerkschaften, Sozialisten und Humanisten, Menschenrechtsgruppen und Umweltaktivisten miteinander verbinden

Schließlich sei auf die Erkenntnisse der Glücksforschung verwiesen, die den Gemeinwohlgedanken befruchtet und ihrerseits die Notwendigkeit begründet, die bisher dominierende Verknüpfung von Wohlstand mit wirtschaftlichem und materiellem Wachstum aufzubrechen und stärker die nicht-materiellen Einflüsse auf das „Wohlergehen“ der Menschen zu beachten. Empirische Belege gibt es genügend, angefangen bei den Publikationen des Ökonomen Richard Layard, über diverse Kommissionsberichte, die nach der Weltfinanzkrise Strategien des Umlenkens und Reformierens diskutierten, bis zu den fortlaufenden Publikationen zum OECD *Better-Life-Index*. All dies hatte und hat aber bislang kaum spürbare Folgen für die konkrete Politikgestaltung.

Viele gute Ansätze sind also bereits vorhanden und nichts rechtfertigt es, Neoliberalismus und Populismus alternativlos gewähren zu lassen. Es braucht jedoch ein einigendes, ausrichtendes Moment für die gesellschaftliche Mitte: Wie ein Magnet Eisenspäne anzieht und ausrichtet, könnte eine neue Gro-

ße Erzählung von einem Europa des Gemeinwohls ein neues soziales Band stiften.

Fazit und Ausblick

Ein dermaßen reformiertes Europa hätte viele Vorteile:

- Wohlstand würde weniger an materiellem Wachstum und stattdessen mehr an Wohlergehen und Lebensqualität gemessen.
- Aufgrund der Größe Europas und seines Marktes gäbe es einen hinreichend großen, demokratisch regulierten Markt, der eine solche Reform auch seitens Investoren, Produktion und Konsum attraktiv und sozial-ökologisch nachhaltig tragfähig machen würde.
- Im Gegensatz zur aktuellen Situation wäre die eingangs geschilderte Spannung zwischen grenzübergreifenden „Flüssen“ und unzureichenden „Nationalstaatscontainern“ in einem großen regionalen Binnenraum aufgehoben.

Das alles darf jedoch nicht zu einem gemeinsamen europäischen Egoismus auf Kosten anderer werden. Das Gegenteil muss sich vor allem mit Blick auf die afrikanischen Länder bewähren:

- Die Beziehung zwischen Europa und Afrika, die nicht nur mit Blick auf die geschichtliche Verpflichtung eine besondere ist, könnte in vielerlei Hinsicht eine symbiotische werden: Das betrifft sowohl die unterschiedlichen demographische Entwicklungen als auch den Austausch von Technologie und Rohstoffen. Es gibt für diese Überlegungen bereits anschlussfähige sozialetische Ansätze.
- Auch in Afrika wäre, analog zur Entwicklung der asiatischen Tigerstaaten, eine geschützte Regionalisierung zum Aufbau eigener Industrie wichtig. Zudem leiden auch dort viele Länder unter intransparentem Lobbyismus, nationalistischen



und fremdenfeindlichen Strömungen. Entsprechend könnten viele Transformationsprozesse gemeinsam vorangetrieben werden.

- Aufgrund seiner historischen Verantwortung ist Europa gegenüber Afrika in einer Bringschuld. Entsprechend muss das reformierte

Europa gerade hier beweisen, dass seine entwicklungs- und handelspolitischen Angebote eine auf der Achtung der bürgerlichen und sozialen Menschenrechte basierende Partnerschaft verfolgen – auch in der Migrationspolitik.

KURZBIOGRAPHIE

Jörg Alt SJ (*1961), Dr. phil., seit 1981 Mitglied des Jesuitenordens, abgeschlossene Studien der Philosophie, Theologie und Soziologie; bekannt vor allem durch Veröffentlichungen zur Migrationsforschung sowie durch den Aufbau und die Leitung der Kampagne „Steuer gegen Armut – Finanztransaktionssteuer“; zahlreiche Vorträge und Veröffentlichungen zu diesen und weiteren Themen; weiteres zu den Engagements und Publikationen von Pater Jörg Alt unter: www.joergalt.de.

LITERATUR

- Alt, J. & Drempetic, S. (2012). *Wohlstand anders denken – Lehren aus den aktuellen Weltkrisen*. Würzburg: Echter.
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Beck, U. (27. April 2007). „Recht auf Migration“. Abgerufen am 14. Februar 2017 von Die Zeit: <http://www.zeit.de/online/2007/18/migration-beck>
- Beckert, N. (23. Januar 2017). *Fluchtursachen: Deutschlands neue Afrikapolitik*. Abgerufen am 14. Februar 2017 von Heise: https://www.heise.de/tp/features/Fluchtursachen-Deutschlands-neue-Afrikapolitik-3594692.html?wt_mc=nl.tp-aktuell.taeglich
- Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ (2013). *Schlussbericht*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Felber, C. (2014). *Gemeinwohlökonomie*. Deuticke: Wien.
- Guérot, U. (2016a). *Warum Europa eine Republik werden muss*. Bonn: Dietz.
- Hessel, S. (2011). *Empört euch!* Berlin: Ullstein.
- Kohn, A. (September 1987). *The Case Against Competition*. Von Alfiekohn.org: <http://www.alfiekohn.org/article/case-competition/> abgerufen
- Koudissa, J. (2016). Keiner für sich allein – alle füreinander. Anregungen aus der Kosmogonie der Bakongo. In J. Alt, & P. Zoll, *Wer hat, dem wird gegeben?* (pp. 77-86). Würzburg: Echter.
- Layard, R. (2005). *Die glückliche Gesellschaft – Kurswechsel für Politik und Wirtschaft*. Frankfurt: Campus.
- Merkel, A. (31. Januar 2009). *Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum*. Abgerufen am 14. Februar 2017 von Bundesregierung.de: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/01/14-3-bk-davos.html>
- Nowak, M. (2011). *Super-Cooperators. Evolution, Altruism and Human Behavior*. London: Cannongate.
- Papst Franziskus (25. November 2014). *Ansprache des Heiligen Vaters an das Europaparlament*. Von Vatikan: https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2014/november/documents/papa-francesco_20141125_strasburgo-parlamento-europeo.html abgerufen
- Papst Franziskus (6. Mai 2016). *Ansprache von Papst Franziskus anlässlich der Verleihung des Karlspreises*. Von Vatikan: http://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2016/may/documents/papa-francesco_20160506_premio-carlo-magno.html#_ftnref4 abgerufen
- Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden (2006). *Kompendium der Soziallehre der Kirche* (2. Ausg.). Freiburg: Herder.
- Schumann, H. (26. Februar 2013). *Staatsgeheimnis Bankenrettung*. Abgerufen am 14. Februar 2017 von YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=HrptpTts3oM>
- Stiglitz, J., Sen, A. & Fitoussi, J. P. (2009). *Mismeasuring Our Lives*. New York: The New Press.
- Wilkinson, R. & Pickett, K. (2009). *The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone*. London: Bloomsbury Press.
- Ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis am Schluss der Langfassung unter www.amosinternational.de oder www.joergalt.de



Summaries

Günter Wilhelms: How Digitalization Changes Man's Attitude towards his Work. A Critique

The process of digitalization puts the working environment under pressure for change. By the help of two categories the relationship between Man and his work is being social-ethically analyzed and criticised: "abstraction" and "immediacy". Both categories remind us of the discourse of alienation and owe to cultural-anthropological insights into the "essence" of technology and work. The analysis is guided by the challenges that loom ahead in the working environment. The central social-ethical interest lies in the fate of the individual and his abilities to self-development. Despite frequent lip service and promises, they are massively under pressure.

Matthias Möhring-Hesse: In the Company of Data. Democratic Participation and Digitalization

Equal participation is not in the nature of the internet. It does not develop automatically and not "from an invisible hand". It rather has to be imposed on the internet and the "digital world" politically – also through governmental intervention. Thus, democratic participation is not a result of digitalization but a political organizational task for the digital society.

Michael Nagenborg: The Digital Town. Living together in a fairer and better way?

Inhabitants of a town are in a special relationship because of the jointly used urban space. Local decisions have effects on everyone living in town and using the urban space. Successful urban coexistence assumes a minimum of solidarity. Here, it is important to observe the constitutive rôle of technology. Sozio-technological systems shape urban everyday life. (Digital) technology can therefore serve to make living together in town fairer, but can produce inequality as

well. The present debate about the *digital town* sets off at the improvement of partial aspects. This implies the risk that the fundamental question of the good town is being left unanswered. This paper makes a case for regarding (digital) technology as an instrument for the removal or mitigation of inequality in the dialogue between inhabitants and other users of the urban space.

Andreas Büsch: Non scholae sed vitae! Digital Education and School

If school wants to fulfil its educational mission, it cannot function as a parallel or counter world to the surrounding society. Rather, it must qualify pupils for successful participation. To this end, it must meet the challenges of digitalisation at several levels and under the primacy of education. In the final analysis, schools and education policy are faced with the decision as to which culture of learning is compatible with altered, "digitalised" living and working conditions: is it ultimately a matter of economically dominated thinking, in which the walled gardens of large data groups also determine school education – or is the goal the exchange, which shares and networks knowledge in order to reduce exclusion as far as possible and enable participation?

Thorsten Busch, Tobias Karcher: Making Digitalization Human. Corporate Responsibility in Times of Big Data

Digitalization involves many advantages and disadvantages. It is, however, not a force of nature we have to endure if we don't want to be lagging behind. Rather, it is necessary to make it more life-subservient. This applies to many social areas which are influenced by digitalization, such as education, health or employment. From a corporate perspective this paper analyses some critical points and suggests recommendations for a critical and life-subservient attitude towards digitalization.

Jörg Alt: Trump, Brexit and Populism: Crisis and Opportunity! On a Vision of a European Democracy and Commonweal-Oriented

Brexit, Donald Trump, populism and nationalism frighten many. At the same time national and global frictions grow because of inequality, migration, climate change etc., without sustainable and good solutions being discernible right now. The arguments of this paper: these crises can be viewed as an opportunity to initiate with relevant reforms a new *great narrative* of a Europe that is geared towards the common weal. For Christians and the Churches it is an obligation.



Günter Wilhelms : Comment le numérique modifie le rapport de l'homme à son travail. Essai d'une analyse critique

Le développement du numérique met le monde du travail sous pression. Du point de vue de l'éthique sociale, l'article se propose d'analyser de façon critique le rapport de l'homme à son travail en recourant à deux catégories : l'abstraction et l'immédiatité. Ces deux catégories rappellent les discussions sur l'aliénation et reflètent des acquis de l'anthropologie de la culture relatifs à la nature de la technique et du travail. L'analyse prend pour point de départ les défis qui, dans le monde du travail, souvent ne commencent à se dessiner que dans les grandes lignes. En l'occurrence, l'anthropologie de la culture s'intéresse surtout au sort de l'individu et aux possibilités d'épanouissement de soi-même. Contrairement à nombre de promesses, celles-ci diminuent massivement en partie avec le développement du numérique.

Matthias Möhring : En compagnie des données. Le numérique et la participation démocratique

La justice participative ne réside pas dans la nature d'Internet. Elle ne naît ni de façon automatique, ni par la « main invisible ». Elle doit plutôt être imposée à Internet et au monde numérique par la politique – et par des interventions de l'État. La participation démocratique n'est donc pas une conséquence du numérique, mais une responsabilité politique qui s'impose à la société numérique.

Michael Nagenborg : La ville numérique

A cause de l'espace municipal utilisé en commun, les habitants d'une ville ont entre eux un rapport particulier. Des décisions locales ont des répercussions sur tous ceux qui vivent dans la ville et utilisent l'espace municipal. Pour que la coexistence urbaine réussisse, un minimum de solidarité est requis. Cela implique la nécessité de tenir compte du

rôle de la technique. Le quotidien urbain est marqué par des systèmes socio-techniques. La technique numérique peut donc servir à rendre plus juste le vivre-ensemble dans la ville : elle peut en même temps produire des inégalités. Le débat actuel sur la ville numérique part de l'amélioration d'aspects partiels. Cela implique le risque de laisser sans réponse la question de la ville humaine. Cet article plaide pour un dialogue avec les habitants et d'autres usagers de l'espace urbain. L'objectif est de juger la technique (numérique) sur sa capacité de supprimer ou d'atténuer les inégalités.

Andreas Büsch : Non scolae sed vitae !? L'éducation numérique et l'école

Si l'école veut remplir sa mission éducative, elle ne peut pas fonctionner comme un monde parallèle ou opposé à la société environnante. Elle doit plutôt permettre aux élèves de participer avec succès à la société. À cette fin, elle doit relever les défis de la numérisation à plusieurs niveaux et sous la primauté de la pédagogie. Au final, les écoles et la politique éducative sont confrontées à la décision de savoir quelle culture de l'apprentissage est compatible avec des conditions de vie et de travail modifiées, « numérisées » : s'agit-il en fin de compte d'une pensée dominée par l'économie, dans laquelle les jardins clos (walled gardens) de grands groupes de données déterminent également l'éducation scolaire – ou s'agit-il d'échanger, de partager et de mettre en réseau les connaissances afin de réduire autant que possible l'exclusion et de permettre la participation ?

Thorsten Busch, Tobias Karcher : Humaniser le numérique. Responsabilité entrepreneuriale à l'époque de Big Data

La numérisation entraîne beaucoup d'avantages et, en même temps, beaucoup de désavantages. Ce n'est pas une puissance naturelle, qu'il faut subir, si nous ne voulons pas être dépassés. Par

contre, il faut l'humaniser afin qu'elle serve la vie. Cela concerne beaucoup de domaines de la société influencés par le numérique, à savoir l'éducation, la santé et le travail. D'un point de vue entrepreneurial, cet article examine quelques points faibles et fait des suggestions concernant un usage critique et humain du numérique.

Jörg Alt : Trump, Brexit et le populisme : Crise et chance! A propos de la vision d'une démocratie et d'un bien commun européens

Brexit, Donald Trump, populisme et nationalisme : voilà des sujets qui font peur à beaucoup. Aux plans national et global, s'accroissent en même temps les tensions dues à l'inégalité, la migration, le changement climatique etc., sans que n'apparaissent des solutions bonnes et durables. La thèse de cette contribution est la suivante : les crises en question peuvent aussi être comprises comme une chance d'initier, par des réformes correspondantes, un nouveau *Grand Récit* d'une Europe qui s'oriente vers le bien commun. Pour les chrétiens et les Églises, c'est un devoir.